Informationen zu Politik und Gesellschaft

Nr. 10, Juli 2015

Nachrichten, Berichte und Analysen aus dem Europäischen Parlament
Herausgegeben von Sabine Lösing, MEP

Expansion - Assoziation - Konfrontation:

EUropas Nachbarschaftspolitik, die Ukraine und der Neue Kalte Krieg gegen Russland

von Jürgen Wagner

GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort 3
Einleitung 4

1. Die Ukraine und der Kalte Krieg 2.0 6
1.1 Hegemonialpolitik und NATO-Expansion 6
1.2 Russlands Roll Back 7
1.3 Europäische Union vs. Eurasische Union 8
1.4 Ukraine: Geopolitisches Filetstück 10
1.5 Geopolitik per Assoziationsabkommen: Brüssel oder Moskau? 11

2. Die Ukraine im Fokus EUropäischer Weltmachtambitionen und Expansionsstrategien 13
2.1 Weltmacht EUropa 13
2.2 Europas imperialer Großraum und seine militärische Absicherung 14
2.3 Expansionsphase I: EU-Osterweiterung 16
2.4 Expansionsphase II: EUropas imperiale Nachbarschaftspolitik 17
2.5 Neoliberales Assoziationsabkommen: Fallbeispiel Ukraine 18

3. Die Ukraine als Testfall für die neuen deutschen Großmachtambitionen 21
3.1 Neue Macht – Neue Verantwortung 22
3.2 Subversion und „Regime Change“ aus Deutschland 23
3.3 Innerwestliche Spannungen und deutsche Interessen 26

4. Die Ukraine im Mehrfrontenkrieg 29
4.1 Vom Protest zum Putsch 29
4.2 Westintegrationskonsens trotz Machtgerangel 30
4.3 Eskalationsspirale und die Rolle externer Großmächte 31
4.4 Oligarchenwechsel, Ausbeutung und Repression 33
4.5 Die Geister, die ich rief: Der drohende Zerfall des „pro-westlichen“ Lagers 35

5. Kalter Krieg als Self-Fullfilling Prophecy? 37
5.1 Der Westen muss bis Russland reichen? 37
5.2 Spiel mit dem Feuer: NATO-Mobilmobilmachung 39
5.3 „Würfelspiel mit der Katastrophe“ 40
5.4 Swing State Deutschland? 42
5.5 Staatskapitalismus vs. Neoliberalismus 45
5.6 Sino-russische Allianz? 48

6. Eiszeit als Dauerzustand? 49

Kästen:
• Russland ist an allem schuld?
• Übles Vorbild: Die Grand Area der USA
• Partner - Herausforderer - Störer
• Gauckismus – Nationalismus – Weltmacht
• Krieg gegen den Willen der Bevölkerung
• Maidan: Umstrittene Todesschüsse
• Braune Revolution
• EU-Polizeimission
• Generalmobilmachung: NATO-Manöver
• MH-17: Gipfel der Propaganda!
• Russland als Rüstungslegitimation

Tabellen:
• Stimmgewichtung im EU-Rat
• G7 und BRICS: Neuverteilung der Macht

Titelbild: Ukrainische Armee bei Slawansk. Quelle: Sasha Maksymenko/Flickr

Expansion - Assoziation - Konfrontation:
EUropas Nachbarschaftspolitik, die Ukraine und der Neue Kalte Krieg gegen Russland

Herausgeber der Broschüre sind Sabine Lösing, MdEP und die Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament.
Redaktionelle Berabeitung erfolgte durch:
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. ,
Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen
www.imi-online.de
Druck: 1. Auflage Juli 2015

Büro Brüssel
Europäisches Parlament
Rue Wiertz WIB 03M023
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 7894
Fax: 0032-2-284 9894
Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu
Mitarbeiter/in: Ota Jaksch/Lev Lhommeau

Lokalbüro Hannover
Goseriede 8
30159 Hannover
Tel.: 0511-45008852
Fax: 0511-89703837
Mail: hannover@sabine-loesing.de
Mitarbeiter: Daniel Josten

Europabüro Göttingen
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
Tel.: 0551-50766823
Fax: 0551-50766838
Mail: europabuero-loesing@web.de
Mitarbeiter: Dr. Fritz Hellmer

www.sabine-loesing.de

Vorwort

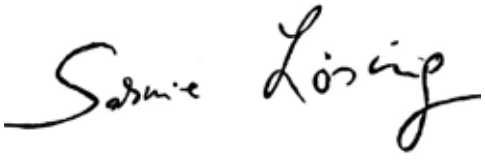
Angesichts der Hysterie, mit der derzeit über das Verhältnis zu Russland hier im Westen diskutiert wird, fällt es manchmal schwer, das richtige Maß zu finden. Auf der einen Seite kann tatsächlich niemand die russische Politik ernsthaft vorbehaltlos gut heißen. Dies betrifft zuerst natürlich Teile der Innenpolitik, doch auch außenpolitisch bedient sich Russland einer Machtpolitik, die vonseiten der Friedensbewegung im Falle der westlichen Staaten immer völlig zu Recht scharf kritisiert wurde. Dennoch halte ich es andererseits für richtig und wichtig, hier Ursache und Wirkung nicht zu verwechseln – schließlich war es der Westen und nicht Russland, der mit seiner NATO-Expansionspolitik die Chance auf eine dauerhafte Annäherung in den Wind schlug. Doch von der Tatsache, dass der aktuellen Krise in der Ukraine eine jahrelange anti-russische Einkreisungspolitik vorausging, die den eigentlichen Nährboden der jüngsten Eskalation darstellt, will hierzulande kaum jemand etwas wissen.

Auch genügt es bei weitem nicht, mit dem Finger allein auf die „böse“ USA zu zeigen. Sicher hat Washington einen großen Anteil an der Verschlechterung der Beziehungen zu Russland. Allerdings trug hierzu auch die vor allem von Deutschland forcierte EU-Expansionspolitik und das mit ihr zusammenhängende Assoziationsabkommen mit der Ukraine maßgeblich bei. Ferner müssen die Auseinandersetzungen in der Ukraine in einem breiteren Zusammenhang einer sich erneut anbahnenden Blockkonfrontation gesehen werden, die brandgefährlich ist. Rückt der Westen hier nicht von seinem Vormachtanspruch ab, indem er beginnt, zentrale russische Interessen zu respektieren, droht tatsächlich eine Neuauflage des Kalten Krieges. Wie gefährlich die Lage ist, zeigt etwa der Aufruf „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ vom 5. Dezember 2014, in dem 60 Prominente mit deutlichen Worten warnten: „Niemand will Krieg. Aber Nordamerika, die Europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten.“

Einen Krieg will vielleicht tatsächlich kaum jemand, obwohl ich mir da angesichts des Säbelrasselns einflussreicher Hardliner manchmal nicht so sicher bin. Manchmal hat es gerade im Europaparlament den Anschein, als könnte es vielen meiner Kolleginnen und Kollegen gar nicht schnell genug gehen, einen Neuen Kalten Krieg mit Russland vom Zaun zu brechen. Ein breiter Konsens existiert aber in jedem Fall darin, allein Russland für die Situation verantwortlich zu machen. So heißt es etwa in einem Entschließungsantrag, den die Mehrheit der EU-Parlamentarier im Januar 2015 verabschiedete: „Das Europäische Parlament [...] verurteilt Russlands aggressive Expansionspolitik auf das Schärfste, die die Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine bedroht und auch für die EU eine potenzielle Bedrohung ist und zu der die rechtswidrige Annexion der Krim und der nicht erklärte hybride Krieg gegen die Ukraine sowie der Nachrichtenkrieg zählen.“ An keiner Stelle des Antrags werden selbstkritische Töne angeschlagen – und sei es auch noch so leise.

Stattdessen erleben wir seit einiger Zeit gerade in den Medien eine Propagandaoffensive, die einem buchstäblich den Atem verschlägt. Eine der wenigen Ausnahmen ist das Handelsblatt, in dem Chefredakteur Gabor Steingart als einer der wenigen Vertreter der Massenmedien zu Besonnenheit mahnte: „Jetzt wieder Nato-Einheiten an die polnische Grenze zu verlegen und über eine Bewaffnung der Ukraine nachzudenken ist eine Fortsetzung der diplomatischen Ideenlosigkeit mit militärischen Mitteln. Diese Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand-Politik – und zwar immer an der Stelle, wo die Wand am dicksten ist – bringt Kopfschmerzen und sonst nicht viel. Dabei gibt es im Verhältnis Europas zu Russland in der Wand eine große Tür. Und der Schlüssel zu dieser Tür heißt Interessenausgleich.“

So richtig Schritte in diese Richtung wären, sie würden eine ehrliche Debatte über die tatsächlichen strategischen und ökonomischen Interessen hinter dem Konflikt und im Verhältnis zu Russland erfordern - doch davon ist weit und breit nichts zu sehen. Etwas positiver stimmt hier die Stimmung in der Bevölkerung, die sich ganz und gar nicht hinter die Hardliner in der Russland-Politik stellen will, wie diverse Umfragen belegen. Doch gerade weil die Propagandafront von Politik und Medien dennoch nahezu lückenlos ihre Version der Realität verbreitet, ist es dringend erforderlich, hiergegen mit alternativen Informationen anzuarbeiten. Die vorliegende Broschüre soll hierzu einen bescheidenen Beitrag leisten.



Einleitung

Im Februar 2015 hielt der britische Vize-Kommandeur der Nato für Europa, Adrian Bradshaw, eine Besorgnis erregende Rede. In ihr bezeichnete er Russland nicht nur als eine „offensichtliche und existentielle Bedrohung", sondern er prognostizierte darin auch eine neue „Ära andauernder Konfrontation mit Russland."[1] Tatsächlich stellen die Auseinandersetzungen in und um die Ukraine die mit Abstand schwerste Krise der westlich-russischen Beziehungen seit dem Ende der Blockkonfrontation dar. Zu Recht befürchten nicht wenige Beobachter, dass sich die aktuellen Konflikte sogar als Katalysator für einen Neuen Kalten Krieg erweisen könnten – die zentrale Frage hierbei ist, weshalb dies der Fall ist. Was die Antwort anbelangt, so ist man sich auf beiden Seiten des Atlantiks – trotz so mancher Differenzen im Detail – über eine Sache vollkommen einig: „Russland ist an allem Schuld!"

Zweifellos agiert Russland in der Ukraine mit harten Bandagen, um dort seine Interessen durchzusetzen. Allerdings wird im Westen die eigene Verantwortung für die aktuelle Situation geflissentlich übersehen (oder besser: ausgeblendet). Dabei liegt eine der wesentlichen Konfliktursachen in der unmittelbar nach dem Kalten Krieg ausgearbeiteten US-Vormachtstrategie, die seither darauf abzielt, die Dominanz des Westens (unter Führung der Vereinigten Staaten) unter allen Umständen zu erhalten. Auf die hieraus unter anderem abgeleitete gezielte Schwächung Russlands wurde fortan dann auch die NATO-Politik ausgerichtet, indem versucht wurde, möglichst viele Länder des ehemaligen Ostblocks in die westliche Einflusssphäre zu integrieren. Dass die sich über Jahre hinweg verschärfenden Konflikte dann im Falle der Ukraine besonders drastisch eskalierten, liegt nicht zuletzt an der geopolitischen Bedeutung des Landes. Im Westen gilt es als geopolitischer Schlüsselstaat, dessen Kontrolle eine gravierende Schwächung Russlands zur Folge hätte. Die ursprünglich für November 2013 vorgesehene Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union hätte dabei den Beitritt der Ukraine zum westlichen Block faktisch besiegelt. Und genau aus diesem Grund hatte sich der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch mit seiner Entscheidung, das Dokument nicht zu unterschreiben, mächtige Feinde in Washington, aber auch in Brüssel und insbesondere auch in Berlin gemacht (Kapitel 1).

Doch nicht nur die NATO, auch die Interessenspolitik der Europäischen Union[2] ist maßgeblich für die aktuelle Krise verantwortlich. Sie betreibt ebenfalls seit Jahren eine Expansionspolitik, die vor allem mittels der sogenannten „Europäischen Nachbarschaftspolitik" (ENP) darauf abzielt, einen imperialen Großraum als Machtbasis einer künftigen „Weltmacht EUropa" zu schaffen und militärisch abzusichern. Im Kern dieser Expansionsstrategie stehen wiederum die bereits erwähnten Assoziationsabkommen, die auf den neoliberalen Umbau der Nachbarländer und ihre periphere Eingliederung in den EU-Großraum abzielen, wie eine Analyse des Abkommens zwischen der EU und der Ukraine deutlich vor Augen führt (Kapitel 2).

Deutschland hat diese EU-Expansionspolitik ganz wesentlich geprägt und vorangetrieben, auch und gerade was den Abschluss eines Assoziationsabkommens mit der Ukraine anbelangt. Diese seit Jahren betriebene Politik wird seit einiger Zeit wieder ganz offen in eine Debatte eingebettet, in der als Kern der Abschied Deutschlands von seiner – angeblichen – „Kultur der Zurückhaltung" zugunsten einer militärisch unterfütterten Weltmachtpolitik eingefordert wird. Grundlage dieser Debatte ist das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung", das über 50 Mitglieder des außen- und sicherheitspolitischen Establishments versammelte und dessen Kernelemente in die spätere Rede von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 einflossen. Für Süd- und Osteuropa wird dabei ganz offen das Ziel ausgegeben, die EU dort als alleinige Ordnungsmacht zu etablieren und die Ukraine gilt für die Umsetzung der „Gauck-Doktrin" als erster wesentlicher Meilenstein. Und tatsächlich kristallisierte sich Deutschland neben den USA schnell als der wichtigste westliche Akteur in der Ukraine-Krise heraus – sowohl in der Vorbereitung des Umsturzes als auch beim nachfolgenden „Krisenmanagement". Auch wenn dabei eine große Schnittmenge zwischen deutschen und US-amerikanischen Interessen existiert, sind diese bei genauerer Betrachtung allerdings alles andere als deckungsgleich. Dies wird daran ersichtlich, dass es immer wieder zu teils heftigen innerwestlichen Spannungen kommt, die sich vor allem um zwei Aspekte drehen: Wem gelingt es, seinen Potentaten als Machthaber in Kiew zu

Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko. Quelle: Europäische Union

etablieren? Und wie weit ist man bereit, die Eskalationsschraube gegenüber Russland weiterzudrehen? (Kapitel 3)

In der Ukraine selbst folgte auf die vom Westen massiv unterstützten Proteste ein illegaler und unter Gewaltandrohung vollzogener Putsch, bei dem der in freien Wahlen an die Macht gelangte Janukowitsch buchstäblich aus dem Land gejagt wurde. Obwohl sich in der rasch zusammengesetzten „Übergangsregierung" zahlreiche rechtsradikale Kräfte befanden, wurde sie vom Westen umgehend anerkannt. Dabei lassen sich einzelne zäh um Einfluss ringende Akteure klar entweder Deutschland (Klitschko) oder den USA (Jazenjuk) zuordnen. Ungeachtet dieser Auseinandersetzungen stehen all diese Akteure hinter dem radikal-pro-westlichen Kurs, der sofort nach der Machtübernahme eingeschlagen wurde. Schnell setzte daraufhin eine Eskalation ein, die zu schweren Kämpfen mit separatistischen Kräften in der Ost-Ukraine und der völkerrechtswidrigen Aufnahme der Krim durch Russland führte. Gleichzeitig wurde die Oligarchenherrschaft, deren Beendigung ursprünglich eigentlich das zentrale Ziel der Maidan-Proteste gewesen war, sogar noch gestärkt und dem Land auf Verlangen des „Internationalen Währungsfonds" (IWF) rigorose Sparmaßnahmen aufgedrückt, die vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten hart treffen. Und schließlich drohen dem Land nun auch noch bewaffnete Auseinandersetzungen innerhalb des „siegreichen" Regierungslagers. Dabei stehen sich der Oligarch Igor Kolomoiski sowie die von ihm finanzierten faschistischen Freiwilligenbataillone und die Regierung in Kiew zunehmend feindselig gegenüber (Kapitel 4).

Die ohnehin schon extrem heikle Lage, in der sich die Ukraine befindet, wird durch die internationalen Rahmenbedingungen zusätzlich erheblich verkompliziert. Dazu gehören die teils in aller Öffentlichkeit erhobenen Forderungen, die Krise in der Ukraine zu nutzen, um einen Machtwechsel in Russland selbst auszulösen. Hinzu kommt eine regelrechte Mobilmachung der NATO, die die Wahrscheinlichkeit schwerer Konflikte erheblich erhöht hat. Selbst direkte bewaffnete Zusammenstöße werden wieder für möglich gehalten – mit nur schwer absehbaren Konsequenzen. Obwohl Deutschland hier auf einen etwas moderateren Kurs setzt als die USA, mit denen es zu mancherlei Konflikten kam, trägt es dennoch die generell antirussische Stoßrichtung der aktuellen Politik weitgehend mit, teils sogar an vorderster Front. Somit ist auch nicht mit einem Bruch im transatlantischen Verhältnis zu rechnen – im Gegenteil. Die Anzeichen verdichten sich, dass sich eine Entwicklung weiter verschärft, bei der sich ein neoliberaler westlicher Block und ein staatskapitalistischer Block zunehmend feindlich gegenüberstehen (Kapitel 5).

Vor diesem Hintergrund droht die aktuelle Eiszeit also zum Dauerzustand zu werden. So schilderte der Militärexperte Thomas Wiegold seine wesentlichen Eindrücke von der Münchner Sicherheitskonferenz 2015 folgendermaßen: „Meine sehr subjektive Wahrnehmung (mit der ich offensichtlich bei Weitem nicht alleine stehe) nach drei Tagen Sicherheitskonferenz: Die Konfrontation West gegen Ost (oder umgekehrt) ist nicht nur wieder da, sie wird so bald nicht verschwinden. Und die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den USA und einem Teil ihrer europäischen Verbündeten auftraten, wenn es zum Beispiel um Waffenlieferungen an die Ukraine geht, sind ein Streit um den richtigen Weg – aber noch keine grundlegende Spaltung des Westens. Dafür wird der Graben zwischen Europa und den USA einerseits und Russland andererseits immer tiefer."[3] Um diese Gräben wieder zuzuschütten, müsste der Westen von seinem Dominanzanspruch abrücken; er müsste anerkennen, dass auch er eine wesentliche, wenn nicht sogar die Hauptschuld an der Eskalation trägt; und er müsste vor allem endlich eine ernsthafte Bereitschaft an den Tag legen, Russland in wesentlichen Sicherheitsfragen ein Mitspracherecht einzuräumen (Kapitel 6).

Wird dagegen der aktuelle Kurs fortgesetzt, wird der Konflikt wohl tatsächlich noch weiter an Schärfe zunehmen. Dass dies – eigentlich – in niemandes Interesse sein sollte und alles daran gesetzt werden müsste, diese brandgefährliche Situation zu entschärfen, verdeutlicht allein schon, dass der „Bulletin of the Atomic Scientists" seine berühmt berüchtigte „Doomsday Clock", die anzeigt, wie kurz die Welt vor einem Atomkrieg steht, Anfang 2015 auf drei Minuten vor zwölf nach vorne stellte. Nach Auffassung der Wissenschaftler war die Welt nur einmal, 1953, näher an einem solchen Abgrund.[4]

1. Die Ukraine und der Kalte Krieg 2.0

Für Russland ist die Sachlage eindeutig: Anfang der 1990er gab es eine unmissverständliche Zusage, im Austausch für die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands keine Ausweitung des Bündnisgebietes nach Osten vorzunehmen – und dieses Versprechen ist durch die dezidiert anti-russische NATO-Expansionspolitik auf eklatante Weise verletzt worden. Westlicherseits wird diese Sichtweise ebenso eindeutig zurückgewiesen und Russland die Verantwortung für die Verschlechterung der Beziehungen zugeschanzt. Symptomatisch hierfür war die Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in Wales im September 2014, in der eine regelrechte Mobilmachung des Bündnisses gegen Russland beschlossen wurde. Begründet wurde dies damit, Moskau habe die in Freundschaft ausgestreckte Hand des Westens rüde beiseite geschlagen und müsse nun eben die Konsequenzen tragen: „Mehr als zwei Jahrzehnte lang hat die NATO sich darum bemüht, eine Partnerschaft mit Russland aufzubauen. [...] Russland hat seine internationalen Verpflichtungen ebenso wie internationales Recht verletzt und so das gegenseitige Vertrauen, das den Kern unserer Zusammenarbeit bildet, zerstört."[5]

Eine nähere Betrachtung der westlichen Russland-Politik macht allerdings deutlich, dass die Sichtweise Moskaus durchaus nachvollziehbar ist. Hierdurch wurde die einmalige Chance, das konfrontative Verhältnis zu beenden, fahrlässig in den Wind geschlagen (Kapitel 1.1). Dies veranlasste Russland – mit beträchtlicher zeitlicher Verzögerung – wiederum dazu, seinerseits dem Westen immer feindlicher gegenüberzustehen und seine Politiken dementsprechend anzupassen (Kapitel 1.2). Im Ergebnis verschlechtert sich das gegenseitige Verhältnis schon seit vielen Jahren immer weiter, sodass heute wieder ganz offen vor einer – womöglich nie zu Ende gegangenen, aber nun wieder offener zu Tage tretenden – Blockkonfrontation, einem Neuen Kalten Krieg, gewarnt wird (Kapitel 1.3). Dass diese Konflikte rund um die Ukraine-Krise besonders drastisch eskalierten, ist dabei beileibe kein Zufall, gilt das Land doch als eine Art geopolitisches Filetstück im Ringen zwischen Russland und dem Westen (Kapitel 1.4). Und auch dass sich die Auseinandersetzungen an der Ablehnung des Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine entzündeten, ist in gewisser Weise logisch: Schließlich bedeutet die Unterzeichnung dieses Dokumentes, dass das Land faktisch in die westliche Einflusszone einverleibt und ein Beitritt zur russisch-geführten „Eurasischen Wirtschaftsunion" dauerhaft unmöglich gemacht wird (Kapitel 1.5).

1.1 Hegemonialpolitik und NATO-Expansion

Unmittelbar nach dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges wurden in den USA intensive Überlegungen angestellt, wie auf die neue Situation zu reagieren sei. Vor diesem Hintergrund gab der damalige US-Verteidigungsminister Dick Cheney ein Papier in Auftrag, das die Ausarbeitung einer künftigen US-Globalstrategie zum Inhalt haben sollte. Unter Aufsicht seines Unterstaatssekretärs für Verteidigung, Paul Wolfowitz, wurde das Dokument dann von Lewis Libby und Zalmay Khalilzad verfasst, alles Personen, die vor allem in der späteren Bush-Administration noch einmal führende Rollen einnehmen sollten.[6]

Heraus kam mit der „Defence Planning Guidance" (auch: „No-Rivals-Plan") eine Aufforderung, dass und ein Katalog wie die US-Vorherrschaft in der Welt dauerhaft zu zementieren sei: „Unser erstes Ziel ist, den (Wieder-) Aufstieg eines neuen Rivalen zu verhüten, sei es auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion oder anderswo, der eine Bedrohung der Größenordnung darstellt, wie früher die Sowjetunion. Das ist die beherrschende Überlegung, die der neuen Verteidigungsstrategie für die Region zugrundeliegt. Wir müssen versuchen zu verhüten, dass irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen – unter gefestigter Kontrolle – ausreichen würden, eine Weltmachtposition zu schaffen. [Dies bedeutet] die hochentwickelten Industrieländer von jedem Versuch abzuhalten, unsere Führungsrolle in Frage zu stellen oder die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung umzustürzen [und] die Mechanismen aufrecht zu erhalten, um möglichen Konkurrenten alle Hoffnung auf eine größere regionale oder globale Rolle zu nehmen."[7]

Cheney stellte sich anschließend voll und ganz hinter die Thesen von Wolfowitz und Co. und bügelte einen deutlich moderateren Alternativentwurf des damaligen Generalstabschefs Colin Powell nieder. Seither gilt es als nahezu unbestritten, dass die Kernthesen des No-Rivals-Plans fortan die US-amerikanische Politik bestimmten.[8] Folgerichtig wurde hieraus unter anderem eine Politik zur gezielten Einkreisung und Schwächung Russlands abgeleitet, wie der private Nachrichtendienst „Strategic Forecast" (Stratfor), dem beste Kontakte zur CIA nachgesagt werden, nüchtern konstatiert: „Nach dem Fall der Sowjetunion startete der Westen eine geopolitische Offensive in Russlands Hinterhof und war dabei überaus erfolgreich."[9]

Als wesentliches Instrument dieser geopolitischen Offensive wurde die NATO auserkoren, was aber zwingend erforderte, die – als faktische Gegenleistung für die Beendigung des Kalten Krieges – dem damaligen sowjetischen Generalsekretär Michael Gorbatschow gegebene Zusage zu brechen, keine Erweiterung des Bündnisgebietes nach Osten vorzunehmen. Da es sich hierbei um einen der wichtigsten russischen Kritikpunkte handelt, sind die damaligen Vorgänge heute wieder Gegenstand intensiver Auseinandersetzungen.[10] Dabei wird teils mit allerlei spitzfindigen Argumentationsketten versucht, diesen eklatanten Vertrauensbruch vom Tisch zu wischen. Ausgangspunkt ist zunächst einmal folgendes, eigentlich nur schwer fälschlich zu interpretierendes Gespräch: „Als US-Außenminister James Baker bei KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow am 8. Februar 1990 um dessen Zustimmung für den Verbleib des wiedervereinigten Deutschlands in der Nato warb, versicherte Baker, es werde ‚keine Ausweitung der gegenwärtigen Nato-Jurisdiktion nach Osten geben'. Gorbatschow setzte nach: ‚Jede Erweiterung der Zone der Nato ist unakzeptabel.' Bakers Antwort: ‚Ich stimme zu.'"[11]

Später argumentierte Baker, seine Sätze hätten sich lediglich auf das Gebiet der damaligen DDR bezogen, weshalb sie keine generelle Absage an eine Erweiterung der NATO dargestellt hätten.[12] Das ist allerdings alles andere als glaubhaft, trat doch der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher am 2. Februar 1990 zusammen mit James Baker vor die Presse und beschrieb das Ergebnis ihres Gespräches wie folgt: „Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt übrigens nicht nur in Bezug auf die DDR [...], sondern das gilt ganz generell.“[13] Aus einem lange Zeit geheimen Aktenvermerk geht zudem hervor, dass dies auch genau die Aussage war, die in Gesprächen später im Februar 1990 der sowjetischen Seite übermittelt worden war: „Demnach sagte Genscher im Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse, der Bundesregierung sei ‘bewusst, dass die Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zur Nato komplizierte Fragen aufwerfe’. Für sie stehe aber fest: Die Nato werde sich nicht nach Osten ausdehnen.“[14]

Auf dem NATO-Gipfeltreffen in Prag 2002 wurde die zweite Osterweiterung beschlossen. Quelle: NATO

Allerdings wurde das Thema dann in den weiteren Verhandlungen nicht mehr angesprochen und es gab wohl tatsächlich danach keine formale Zusage mehr, das Bündnisgebiet nicht zu erweitern. Westlicherseits wird nun argumentiert, hierdurch seien auch die Aussagen aus dem Februar 1990 gegenstandslos geworden: „Niemals wird laut den Quellen in jener entscheidenden Verhandlungsphase aber die Nichterweiterung der Nato nach Osten erwähnt. Wenn Gorbatschow sich wirklich auf die Gespräche hierzu vom Februar verlassen hätte, dann hätte er das Thema in dieser Zeit noch einmal vorbringen müssen. Er tat es nicht. Im Juli 1990 willigte er in die Vollmitgliedschaft eines vereinten Deutschland in der Nato ein.“[15] Zweifellos kann dieses Versäumnis Gorbatschows als geopolitische Dummheit allerersten Ranges bezeichnet werden und über die Gründe hierfür lässt sich nur spekulieren. Allerdings belegen Aussagen Gorbatschows, dass er augenscheinlich von der Gültigkeit der Zusagen ausging und die später einsetzende NATO-Realpolitik eindeutig als Bruch der damaligen Übereinkünfte bewertet: „Die Entscheidung der USA und ihrer Verbündeten, die NATO nach Osten auszudehnen, wurde im Jahr 1993 gefällt. Ich habe dies von Anfang an als einen großen Fehler bezeichnet. Es war definitiv eine Verletzung des Geistes der Stellungnahmen und Versicherungen, die uns gegenüber 1990 gemacht wurden.“[16]

Tatsächlich wurde die Idee, die NATO in Richtung des ehemaligen Ostblocks zu erweitern, schon 1993 vom damaligen deutschen Verteidigungsminister Volker Rühe in die Debatte eingespeist. Ein Jahr darauf wurde das Programm „Partnerschaft für den Frieden” aufgelegt, mit dem vor allem Länder des ehemaligen Warschauer Paktes schrittweise an das Bündnis herangeführt werden sollten. Daraufhin wurden Polen, Ungarn und die Tschechische Republik im Jahr 1997 formell zum NATO-Beitritt eingeladen, der am 12. März 1999 offiziell erfolgte. Fast zeitgleich begann die NATO mit ihrem Angriffskrieg gegen Jugoslawien – ein drastischer Völkerrechtsbruch, da er ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates und damit am russischen Vetorecht vorbei durchgeführt wurde. Auch danach ging es Schlag auf Schlag weiter: Im November 2002 fiel die zwei Jahre später umgesetzte Entscheidung, weitere sieben Staaten, darunter mit Estland, Lettland und Litauen auch ehemalige Gliedstaaten der Sowjetunion, ins Bündnis aufzunehmen – und zwar obwohl Moskau dies stets als „rote Linie” bezeichnet hatte, die keinesfalls überschritten werden dürfe.[17]

Mit großer Sorge beobachtet Moskau zudem seit Langem die NATO-Raketenabwehrpläne, in denen es – nicht ohne Grund – einen gezielten Versuch sieht, das russische Zweitschlagpotenzial zu neutralisieren.[18] Ab 2003 setzten dann noch die sogenannten „bunten Revolutionen” ein, bei denen in Moskaus unmittelbarer Nachbarschaft pro-russische durch pro-westliche Machthaber ersetzt wurden. Dazu gehörten insbesondere die vom Westen teils maßgeblich unterstützten Umstürze in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005). Zusammengenommen bildeten diese Maßnahmen eine kritische Masse, die zur Folge hatte, dass in Russland ein grundlegender Kurswechsel eingeleitet wurde, um der als feindlich empfundenen NATO-Expansionspolitik eigene machtpolitische Schritte entgegenzusetzen: „Die große Veränderung des Jahres 2005 ist, dass in diesem Jahr die russische Außenpolitik von einer Position der Schwäche zu einer der Stärke wechselte. [...] Postsowjetische Einmischung ist ein Ding der Vergangenheit und den russischen Führern gefällt das Spiel mit harten Bandagen.“[19]

1.2 Russlands Roll Back

Während er recht bald die anfangs durchaus gehegte Hoffnung begrub, mit Washington in ein kooperatives Verhältnis treten zu können[20], versuchte Wladimir Putin noch einige Zeit, der EU und hier besonders Deutschland ein enges Bündnis anzubieten, das sich mehr oder weniger offen gegen die USA richten sollte.[21] Doch spätestens mit der EU-Unterstützung der „bunten Revolutionen“ ab 2003 hatte sich auch dies erledigt – von da ab wurden auch die EU-Staaten als Gegner betrachtet und eine Gegenoffen-

sive gestartet: „Gegenüber der Ukraine und Georgien, aber auch Moldawien instrumentalisiert Moskau zunehmend wirtschaftliche Macht, um politischen Druck auszuüben und missliebigen innenpolitischen Entwicklungen in diesen Staaten entgegenzuwirken – vor allem aber, um eine Ausdehnung der ‚farbigen Revolutionen' zu verhindern. Die EU wird nicht mehr ausschließlich als Partnerin, sondern als wichtigste Konkurrentin um Einfluss im postsowjetischen Raum wahrgenommen."[22]

Dass in Moskau ein neuer Wind wehte, wurde für viele allerdings erst mit Wladimir Putins Auftritt bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2007 deutlich. Zwar richtete sich seine damalige Kritik zuerst an die USA, danach aber auch an deren Verbündete: "Heute beobachten wir eine kaum kontrollierte übertriebene Gewaltanwendung in den internationalen Angelegenheiten, die zu immer neuen Konflikten führt. […] Einseitige, oft nicht legitime Handlungen haben nicht ein einziges Problem gelöst. Vielmehr waren sie Ausgangspunkt neuer menschlicher Tragödien und Spannungsherde. Urteilen Sie selbst: Die Kriege, die lokalen und regionalen Konflikte sind nicht weniger geworden." Das globale Gewaltmonopol liege allein in den Händen der UNO, die derzeitigen Versuche der Westmächte es an sich zu reißen, wurden von Putin aufs heftigste kritisiert: "Die Anwendung von Gewalt kann nur als legitim betrachtet werden, wenn sie vom UN-Sicherheitsrat genehmigt wird. Und wir dürfen die UNO nicht durch die NATO noch die EU ersetzen."[23] Solch scharfe Worte hatte man nicht erwartet: "Sekundenlang schwieg die Internationale Sicherheitskonferenz erschrocken. Das waren neue Töne, die an eine längst überwunden geglaubte Vergangenheit gemahnten: der mächtigste Mann Russlands in vollem Harnisch", kommentierte die „Deutsche Presseagentur".[24]

Einen ersten Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen im Sommer 2008, als Russland auf den georgischen Angriffskrieg gegen Süd-Ossetien mit einem harten militärischen Gegenschlag reagierte. Damit signalisierte Moskau unmissverständlich die Bereitschaft, weiteren westlichen Positionsgewinnen notfalls auch gewaltsam einen Riegel vorzuschieben: „Erstmals seit Ende des (alten) Kalten Krieges hat Russland damit einem westlichen Expansionsversuch militärisch Einhalt geboten – allein hieran sieht man die Tragweite der jüngsten Ereignisse im Kaukasus. Gleichzeitig ist der Einmarsch in Georgien ein deutliches Signal an den Westen, dass mit Russland künftig wieder im internationalen Machtpoker zu rechnen sein wird. In einer Analyse des auch als 'Schatten-CIA' bezeichneten Think Tanks Strategic Forecast heißt es: 'Mit seiner Operation in Südossetien hat Russland drei Dinge bewiesen. 1. Seine Armee kann erfolgreiche Operationen ausführen, woran ausländische Beobachter gezweifelt haben. 2. Die Russen können die von den US-Militärinstrukteuren getrimmten Kräfte besiegen. 3. Russland hat bewiesen, dass sich die USA und die NATO nicht in der Situation befinden, die für sie ein militärisches Eingreifen in diesen Konflikt ermöglichen könnte.'"[25]

1.3 Europäische Union vs. Eurasische Union

Die Reaktionen auf den Georgien-Krieg fielen im Westen äußerst scharf aus und folgerichtig war schon damals wieder die Rede davon, ein „Neuer Kalter Krieg" braue sich zwischen dem Westen und Russland zusammen.[26] Auch wenn sie den Kern der Auseinandersetzung verfehlt (siehe Kapitel 5.5) wurde diese Prognose besonders in der leicht abgewandelten und in einen größeren Zusammenhang eingebetteten Vorhersage „populär", es entwickle sich eine Blockkonfrontation zwischen „Demokratien" (USA und EU) und „Autokratien" (China und Russland), für die sich der Westen wappnen müsse. In den USA war es besonders der einflussreiche Politikwissenschaftler Robert Kagan, Chefberater der republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain und Mitt Romney, mit seinem 2008 erschienen Buch „Die Demokratie und ihre Feinde", der sich in diese Richtung äußerte: „Die alte Rivalität zwischen Liberalismus und Autokratie ist neu entflammt, und die Großmächte der Welt beziehen entsprechend ihrer Regierungsform Position. [...] Die Geschichte ist zurückgekehrt, und die Demokratien müssen sich zusammentun, um sie zu gestalten – sonst werden andere dies für sie tun."[27]

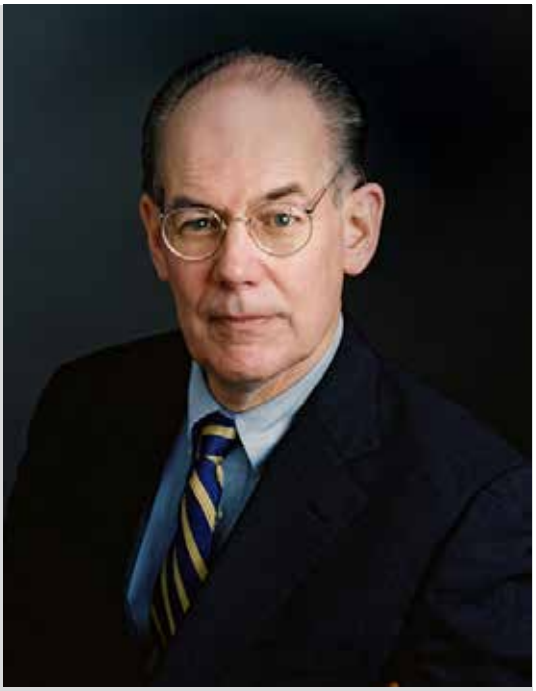
Allerdings handelt es sich hierbei keineswegs um eine Sichtweise, die exklusiv in republikanischen Kreisen gepflegt würde. In dieselbe Kerbe schlug etwa auch Anne-Marie Slaughter, die in der Obama-Administration einige Jahre als Direktorin der wichtigen Politikplanungsabteilung im Außenministerium fungierte: „Die Vorherrschaft der liberalen Demokratien ist erforderlich, um eine Rückkehr zu Sicherheitskonflikten zwischen den Großmächten zu verhindern, zwischen den Vereinigten Staaten und unseren Verbündeten auf der einen Seite und einer Autokratie oder einem Zusammenschluss von Autokratien auf der anderen – eine Art der Auseinandersetzung, die zu zwei Weltkriegen und dem Kalten Krieg führte."[28]

Und auch auf der anderen Seite des Atlantiks haben sich mittlerweile zahlreiche namhafte Vertreter des Politikestablishments diese Position zu eigen gemacht.[29] So konstatierte der Brüsseler FAZ-Korrespondent Nikolaus Busse im Jahr 2009: „Auf immer mehr Feldern werden wir leidenschaftliche Konkurrenz und harte Interessengegensätze mit den aufsteigenden Großmächten erleben. Das erfordert eine beherzte globale Präsenz des Westens, und zwar nicht nur der USA. [...] Diese Lasten werden sie aber immer weniger alleine tragen können. [...] Europa kann in einer Welt harter geopolitischer Rivalität nicht als große Friedensbewegung bestehen, sondern muss zu einer anspruchsvollen Diplomatie und einem selbstbewussten Auftritt finden. Dieses Problem löst man nicht mit der Schaffung neuer Posten und Strukturen in Brüssel, sondern indem die Eliten in den großen Mitgliedsstaaten einen größeren Willen entwickeln, sich harten machtpolitischen Fragen gemeinsam zu stellen."[30]

Um Auswege aus der 2008 kulminierten Krise mit dem Westen zu präsentieren, sich aber gleichzeitig für eine mögliche Verschärfung zu wappnen, fuhr Russland in der Folge zweigleisig. Als kooperative Deeskalationsoption verkündete der damalige russische Präsident Dimitri Medwedew im Juni 2008, er strebe den Abschluss eines „Euroatlantischen Sicherheitsvertrags" an. Zwar wurden kurz darauf bereits erste Inhalte bekannt, im Detail wurde der Vertrag jedoch erst Ende November 2009 veröffentlicht.[31] Vertragsparteien des legal bindenden Dokuments sollen alle Staaten von „Vancouver bis Wladiwostok" (also auch die USA und Kanada) und die dortigen internationalen Strukturen sein (NATO, OSZE, GUS) sein. Kern des Vertrages ist die „unteilbare Sicherheit", dass

Russland ist an allem schuld?

Der landläufigen Meinung, Russland sei für die Eskalation in der Ukraine und im Verhältnis zum Westen verantwortlich zu machen, widerspricht u.a. John J. Mearsheimer, einer der bekanntesten US-Politikwissenschaftler: „Im Westen gilt es als gesicherte Erkenntnis, dass an der Ukraine-Krise maßgeblich die aggressive Haltung der Russen schuld ist. […] Doch diese Darstellung ist falsch: Die Hauptschuld an der Krise tragen die USA und ihre europäischen Verbündeten. An der Wurzel des Konflikts liegt die NATO-Osterweiterung, Kernpunkt einer umfassenden Strategie, die Ukraine aus der russischen Einflusssphäre zu holen und in den Westen einzubinden. Dazu kamen die EU-Osterweiterung und die Unterstützung der Demokratiebewegung in der Ukraine durch den Westen, beginnend mit der Orangenen Revolution 2004. Seit Mitte der 1990er Jahre lehnen russische Staatschefs eine NATO-Osterweiterung entschieden ab, und in den vergangenen Jahren haben sie unmissverständlich klargemacht, dass sie einer Umwandlung ihres strategisch wichtigen Nachbarn in eine Bastion des Westens nicht untätig zusehen würden. Das Fass zum Überlaufen brachte der unrechtmäßige Sturz des demokratisch gewählten pro-russischen Präsidenten der Ukraine; Putin sprach zu Recht von einem »Staatsstreich«.“ (Mearsheimer, John J.: Putin reagiert. Warum der Westen an der Ukraine-Krise schuld ist, Internationale Politik und Gesellschaft, 01.09.2014)



John Mearsheimer. Quelle: CC BY-SA 3.0 über Wikimedia Commons

also keine Vertragspartei Handlungen ergreifen darf, die sich negativ auf die Sicherheit einer anderen auswirken. Sollte ein Land dies so sehen, kann es einen schwammig formulierten Konsultationsprozess in Gang setzen, ein Verfahren, dessen Ziel auf der Hand liegt: „Diese Unklarheit scheint auch ganz bewusst gewählt zu sein. Denn ohne eine Präzisierung würde das Prinzip der ‘unteilbaren Sicherheit’ letztlich Russland ein indirektes Vetorecht gegen fast jede Entscheidung der NATO geben – von der Osterweiterung über die Stationierung von amerikanischen oder NATO-Truppen in anderen Ländern bis hin zu Einsätzen im euro-atlantischen Raum.”[32]

Allerdings wurde schnell deutlich, dass die NATO-Staaten keinerlei Absicht hegen, Russland ein wirkliches Mitspracherecht in europäischen Sicherheitsfragen einzuräumen.[33] Dementsprechend forcierte Moskau die Gründung eines Gegenblocks mit der im Juli 2009 erfolgten Ankündigung von Wladimir Putin, Russland, Weißrussland und Kasachstan würden eine Zollunion gründen. Es folgte im Jahr 2010 die Vereinheitlichung der Zölle und 2012 wurden zwischen den drei Ländern die Grenzkontrollen abgeschafft und ein einheitlicher Wirtschaftsraum etabliert, der den freien Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften unter den Mitgliedstaaten garantiert.[34] Im September 2013 kündigte zudem Armenien an, das ausbuchstabierte Assoziationsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen und stattdessen der Zollunion beizutreten. Am 29. Mai 2014 unterzeichneten dann Kasachstan, Russland und Weißrussland ein Abkommen, mit dem die Zollunion zum 1. Januar 2015 in eine „Eurasische Wirtschaftsunion“ umbenannt wurde – kurz darauf traten Armenien und Kirgisien dem Bündnis bei, als weitere Kandidaten werden Tadschikistan, Usbekistan und die Mongolei gehandelt.

Auch wenn die „Schlagkraft“ der Eurasischen Wirtschaftsunion im Westen teils als gering eingestuft wird, etwa in einer Analyse der wichtigsten EU-Denkfabrik[35], wurden die russischen Versuche, der westlichen Expansionspolitik etwas entgegenzusetzen, offensichtlich mit großem Argwohn beobachtet. Immer häufiger wurden sie – schon deutlich vor der Eskalation in der Ukraine – mehr oder weniger offen im Zusammenhang mit einer sich anbahnenden neuen Blockkonfrontation gesehen. So hieß es etwa in einem aus dem Jahr 2012 stammenden Papier der Expertengruppe „Östliche Partnerschaft“ der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“, an dem u.a. der ehemalige Verteidigungsstaatssekretär Friedbert Pflüger und Karsten D. Voigt, der ehemalige Amerika-Koordinator der Bundesregierung, beteiligt waren: „Der außenpolitische Diskurs in Deutschland meidet die Thematisierung geostrategischer Überlegungen. Doch sollten die Realitäten anerkannt werden: Wenn Russland von Stabilität redet, wird dort in Kräfteverhältnissen und Einflusssphären gedacht. Genauso legitim ist es, die Östliche Partnerschaft auch unter geostrategischen Überlegungen zu betrachten. Die Europäische Union zielt mit diesem Konzept auf die Verbreitung ihrer politischen, rechtlichen sowie ökonomischen ‚Spielregeln’ und damit auf eine schrittweise Anbindung der Region. Dabei versucht die EU mit Kooperationsangeboten zu vermeiden, dass die wirtschaftliche Zwangslage der östlichen Partner diese zur Annahme anderer Integrationsmodelle führt, die den europäischen Interessen widersprechen.“[36]

Angesichts dieser Entwicklungen muss man überhaupt nicht mit jeder einzelnen der russischen Einschätzungen übereinstimmen und noch weniger muss man die harten Bandagen begrüßen, mit denen Moskau in der Ukraine agiert. Dass aber die Wahrnehmung, der Westen habe die russische Schwäche genutzt, um seine Einflusssphäre aggressiv auf Kosten Moskaus auszudehnen, alles andere als an den Haaren herbeigezogen ist, sollte anhand der oben beschriebenen NATO-Expansionspolitik hinreichend deutlich geworden sein (siehe Kasten „Russland ist an allem schuld?“).

1.4 Ukraine: Geopolitisches Filetstück

Unter den verschiedenen „blockfreien" Ländern zwischen der Europäischen Union und Russland stellt die Ukraine aufgrund ihres Bevölkerungs- und Rohstoffreichtums, besonders aber auch wegen ihrer geografischen Lage eine Art geopolitisches Filetstück dar. Aus westlicher Sicht wurde die Bedeutung des Landes etwa unmissverständlich von Zbigniew Brzezinski, dem wohl wichtigsten Geopolitiker der USA, bereits 1997 folgendermaßen beschrieben: „Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. [...] Da die EU und die NATO sich nach Osten ausdehnen, wird die Ukraine schließlich vor der Wahl stehen, ob sie Teil einer dieser Organisationen werden möchte. [...] Obwohl dies Zeit brauchen wird, kann der Westen [...] schon jetzt das Jahrzehnt zwischen 2005 und 2015 als Zeitrahmen für eine sukzessive Eingliederung der Ukraine ins Auge fassen."[37]

Tatschlich ist die Ukraine für Russland allein schon aus militärstrategischer Sicht von immenser Bedeutung, wie der Chef des privaten Nachrichtendienstes Strategic Forecast, George Friedman, hervorhebt: „Sollte Russland Weißrussland oder die Ukraine verlieren, verliert es seine strategische Tiefe, die wesentlich mit seiner Fähigkeit zusammenhängt, das russische Kernland verteidigen zu können."[38] Doch die Bedeutung des Landes reicht noch deutlich weiter: „Die Ukraine ist das Kernstück für Russlands Verteidigung und für sein Überleben als irgendeine Form von mächtigem Staat. Die frühere Sowjetrepublik beherbergt die größte russische Gemeinschaft außerhalb Russlands und ist eng mit Russlands industriellem und landwirtschaftlichem Kernland verwoben. Die Ukraine ist Transitland für 80 Prozent des Gases, das von Russland nach Europa geliefert wird und es ist der Knotenpunkt für den größten Teil der Infrastruktur – ob Pipelines, Straßen oder Bahnstrecken –, die zwischen Russland und dem Westen verläuft."[39]

Insofern überrascht es nicht, dass auch Moskau augenscheinlich bestrebt war, das Land fest in seine Einflusssphäre zu integrieren. Diese Absicht wird jedenfalls in einem semi-offiziellen Regierungspapier aus dem Jahr 2013, das Berichten zufolge vom engen Putin-Berater Sergej Glasjew mitverfasst worden sein soll, geäußert: „Das Ziel ist laut dem Dokument, die Ukraine bis zu den Wahlen 2015 in den Schoß der russischen Zollunion zu holen. Dazu soll durch die Unterstützung russlandfreundlicher Meinungsmacher der pro-europäische Einfluss in den ukrainischen Medien 'neutralisiert' werden. Außerdem sollen gen Westen orientierte Oligarchen 'sanktioniert' werden. Nach den ukrainischen Wahlen sollen zudem die pro-europäischen Staatsdiener – insbesondere im Außen- und Verteidigungsministerium – 'diskreditiert' und aus ihren Ämtern gejagt werden. Bei ihnen handle es sich nämlich um 'De-facto-Agenten des euro-atlantischen Einflusses.'"[40]

Vor diesem Hintergrund dürfte es wenig überraschen, dass das Ringen um die Ukraine nicht erst kürzlich begann. Überdeutlich wurde dies anhand der sogenannten „Orangenen Revolution" im Jahr 2004. Damals wurde Wiktor Janukowitsch nach umstrittenen Wahlen zum Sieger erklärt, musste aber nach umfangreichen – und vom Westen massiv unterstützten – Protesten einem erneuten Urnengang zustimmen, aus dem der pro-westliche Wiktor Juschtschenko als Gewinner hervorhing. Glaubt man einem Bericht von Strategic Forecast, lösten die damaligen Ereignisse in der Ukraine regelrechte Schockwellen in Moskau aus. Dies führte dann zu dem bereits oben beschriebenen grundlegenden Kurswechsel, der generell für das Verhältnis zum Westen, aber auch ganz speziell für die russische Ukraine-Politik galt: „Die orangene Revolution in der Ukraine stellte einen Knackpunkt in den russisch-amerikanischen Beziehungen dar. Von da an erkannte Moskau, dass die Vereinigten Staaten versuchen, Russland dauerhaft zu zerstören. Nachdem die Ukraine orange wurde, begann Russland eine Reaktion zu organisieren."[41]

Kaum im Amt wurde Juschtschenko nicht müde, sein Interesse an einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu bekunden, die ihm vom Bündnis zwischenzeitlich auch in Aussicht gestellt, dann aber wieder zurückgezogen wurde. Außerdem kündigte er an, den 2017 auslaufenden Vertrag zur Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim-Halbinsel nicht verlängern zu wollen – teils drohte er sogar eine vorzeitige Kündigung an. Die daraufhin einsetzende drastische Verschlechterung der russisch-ukrainischen Beziehungen kulminierte in den sogenannten Gaskriegen 2006 und 2009. Vordergründig drehten sich diese Konflikte um ausstehende ukrainische Zahlungen für russische Energielieferungen. Tatsächlich wollte Moskau aber hierbei das ukrainische Leitungsnetz übernehmen und so seinen Einfluss auf das Land vergrößern.[42]

Die russischen Lieferstopps führten in der Ukraine (aber auch in einigen EU-Ländern) zu einer drastischen Energieknappheit und dürften auch als Mittel gedacht gewesen sein, Juschtschenko zu schwächen. Ohnehin fiel aber die Bilanz der Amtszeit des pro-westlichen Präsidenten ernüchternd aus: „Nach fünf Jahren ‚orangener' Regierung geht es der Mehrheit der Bevölkerung schlechter als vorher, während die Clans der Oligarchen und die Politiker genauso korrupt und kriminell wie eh und je operieren."[43] So besehen verwundert es nicht, dass Juschtschenko bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 mit lediglich 5,45% abgestraft wurde. Bei den anschließenden Stichwahlen einen Monat später setzte sich dann Wiktor Janukowitsch in einem Prozess durch, der unter internationaler Beobachtung stattfand und dem attestiert wurde, frei und fair abgelaufen zu sein.[44] Dass es sich hier bis zu einem gewissen Grade schon damals um eine westlich-russische Auseinandersetzung gehandelt hatte, zeigt eine damalige Überschrift bei Spiegel Online: „Präsidentschaftswahl in der Ukraine. Der Sieger heißt Moskau."[45]

Und tatsächlich veränderte sich die ukrainische Position daraufhin in kürzester Zeit grundsätzlich. Im Austausch für Preisnachlässe auf russische Energielieferungen verlängerte Janukowitsch den Pachtvertrag für den wichtigen Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol von 2017 auf 2042 (faktisch bis 2047). Zu einer möglichen Mitgliedschaft im westlichen Militärbündnis gab Janukowitsch bereits im Februar 2010 zu Protokoll, „ein ukrainischer NATO-Beitritt steht nicht zur Debatte."[46] Mehr noch: Im Juni 2010 verabschiedete das ukrainische Parlament sogar ein von Janukowitsch eigenhändig ver-

fasstes Gesetz, das faktisch die Blockfreiheit des Landes vorschrieb und damit einen NATO-Beitritt verbot.[47]

Worauf allerdings nichts hindeutet, ist, dass Janukowitsch zu irgendeinem Zeitpunkt ernsthaft einen Beitritt zur Zollunion erwogen hätte. Tatsächlich gab es hierfür – ebenso wenig für eine „Westorientierung" – in der Bevölkerung auch keine klare Mehrheit, wie Umfragen aus dem Jahr 2013 belegen: „Ukrainische Soziologen verweisen darauf, dass sich die Bevölkerung des Landes tatsächlich noch nicht zwischen der EU und Russland entschieden hat. Laut einer Studie des Internationalen Instituts für Soziologie in Kiew befürworten 39,8 Prozent der Ukrainer einen Beitritt zur Zollunion, während 36 Prozent eine EU-Integration begrüßen würden. 22 Prozent gaben keine klare Antwort. Eine Umfrage der Rating Group ergab dagegen, dass 41 Prozent der Ukrainer für eine Annäherung an die EU und 38 Prozent für die Zollunion sind."[48]

Fakt ist, am Vorabend der Eskalation war das Land tief in einen eher pro-russischen und einen eher pro-westlichen Teil gespalten. Unter diesen Umständen war es regelrecht aberwitzig, eine Richtungsentscheidung für den einen oder den anderen Block erzwingen zu wollen – doch genau dies tat die Europäische Union mit ihrem Assoziierungsabkommen.

1.5 Geopolitik per Assoziationsabkommen: Brüssel oder Moskau?

Wie beschrieben, stand das Bestreben, die Ukraine in die eigene Einflusssphäre zu integrieren, sowohl im Westen als auch in Russland weit oben auf der Agenda. Und genau aus dieser Tatsache speist sich die immense geopolitische Bedeutung des „Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits".[49] Die Arbeiten daran wurden bereits unmittelbar nach der „Orangenen Revolution" aufgenommen, als die Europäische Kommission erste Studien in Auftrag gab, die sich mit den Auswirkungen eines solchen Abkommens beschäftigen sollten. Die offiziellen Verhandlungen wurden dann im Jahr 2007 aufgenommen, wobei die Gespräche auch fortgesetzt wurden, nachdem 2010 der eher pro-russische Janukowitsch an die Macht gelangte. Im März 2012 lag dann ein unterschriftsreifes Dokument vor, das aus einem etwa 180seitigen Hauptteil sowie weiteren ungefähr 2000 Seiten Anhängen und Protokollen besteht.[50]

Neben den wirtschaftspolitisch problematischen Passagen, auf die im nächsten Kapitel ausführlicher eingegangen wird, ist das Dokument von enormer geopolitischer

Der damalige EU-Kommissionschef José Manuel Barroso, EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bei der Unterzeichnung der Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine sowie mit Moldawien und Georgien. Quelle: Europäischer Auswärtiger Dienst

Brisanz. Der Grund dafür liegt darin, dass die Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union gleichbedeutend mit dem Beitritt zum westlichen Block ist, da sie eine Aufnahme in die russisch geführte Zollunion bzw. in die Eurasische Wirtschaftsunion unmöglich macht (und umgekehrt). Unmissverständlich räumte dies etwa Stefan Füle ein, der als EU-Erweiterungskommissar während der Zeit der Verhandlungen um das Abkommen in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle spielte: „Es trifft zu, dass die Mitgliedschaft in der Zollunion nicht kompatibel mit den Tiefen und umfassenden Freihandelsabkommen ist, die wir mit der Ukraine, Moldawien, Georgien und Armenien ausgehandelt haben. [...] Das ist rechtlichen Unvereinbarkeiten geschuldet: beispielsweise kann man nicht gleichzeitig seine Zölle als Ergebnis des DCFTA senken und sie als Resultat einer Mitgliedschaft in der Zollunion erhöhen."[51] Ebenso deutlich sprach es der damalige EU-Kommissionschef Manuel Barroso aus: „Man kann nicht gleichzeitig in einer Freihandelsunion mit der EU und in einer Zollunion mit Russland sein."[52] Der Spiegel kommentierte diese Worte folgendermaßen: „Kiew müsse sich entscheiden, welchen Weg es einschlagen wolle. Es ist eine klare Ansage: entweder – oder."[53]

Bei der Unterzeichnung eines solchen Abkommens handelt es sich demzufolge um eine nahezu irreversible geopolitische Richtungsentscheidung von erheblicher Tragweite, mit der Moskau zuvorgekommen und ihm ein schwerer Schlag versetzt werden sollte. Dies wird noch weiter dadurch akzentuiert, dass das Abkommen auch eine weitreichende Integration des Landes in die europäischen Militärstrukturen vorsieht. Hierdurch wird der russische Verdacht, es handele sich hierbei letztlich um den faktischen Beitritt zum westlichen Bündnis, weiter erhärtet: „Die Vertragsparteien intensivieren ihren Dialog und ihre Zusammenarbeit und fördern die schrittweise Annäherung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)."[54] Natürlich ist die Ukraine schon länger in NATO- und EU-Militärstrukturen eingebunden, etwa über das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden", die Teilnahme am EU-Einsatz Atalanta am Horn von Afrika und sie beteiligte sich im ersten Halbjahr 2014 sogar an einem EU-Gefechtsverband (Batttlegroup).[55] Dennoch ist es offensichtlich, dass diese Integration mit dem Assoziationsabkommen noch deutlich weiter ausgebaut werden soll, wenn es etwa heißt: „Die Vertragsparteien intensivieren die praktische Zusammenarbeit bei Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, insbesondere im Hinblick auf eine Verstärkung der Beteiligung der Ukraine an von der EU geleiteten zivilen und militärischen Krisenbewältigungsoperationen sowie an entsprechenden Übungen und Ausbildungsmaßnahmen, einschließlich derer, die im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) durchgeführt werden."[56]

Aufgrund dieser „Vorteile" drängte die EU massiv darauf, so rasch wie möglich Nägel mit Köpfen zu machen, wie aus einem 2012 erschienenen Artikel hervorgeht: „Trotz aller scheinbaren Gegensätze und scharfer Rhetorik gegenüber Kiew weiß die Europäische Union um die wichtige Rolle der Ukraine, nicht nur für die Östliche Partnerschaft, sondern für das geostrategische Verhältnis zwischen der EU und Russland. Wenn es der EU nicht gelingt, die Ukraine stärker politisch und wirtschaftlich an sich zu binden, wird sie sich unweigerlich mehr auf Moskau zubewegen, lautet eines der schwerwiegendsten Argumente für eine schnelle Assoziierung."[57]

Der geopolitische Sprengstoff des Assoziationsabkommens und damit auch der Entscheidung der damaligen Janukowitsch-Regierung, es im November 2013 faktisch zu versenken, liegt somit auf der Hand und er erklärt zu einem guten Teil, weshalb in der Folge eine derart dramatische Eskalation der Lage einsetzte. Die Schuld hieran allein Russland in die Schuhe zu schieben, wie es derzeit üblich ist, geht dabei meilenweit an der Realität vorbei: "Der geopolitische Konflikt um die Ukraine hat sich nicht am Assoziierungsabkommen entzündet, sondern an dessen Nichtunterzeichnung. Die EU hat diesem Rückzug jede innenpolitische Rationalität abgesprochen und durch den langen Arm Moskaus erklärt. […] Zwar zeigen in dieser Frage alle Finger auf Moskau. Die geopolitische Zuspitzung des Konflikts wurde jedoch von der Europäischen Union vorgezeichnet. Sie hatte die ukrainische Regierung vor die trügerische Alternative einer Assoziierung mit der EU oder eines Beitritts zum Projekt einer Eurasischen Wirtschaftsunion gestellt. Ein bloßer Blick auf die Zusammensetzung der ukrainischen Exporte macht klar, dass ein exklusives Handelsabkommen mit der EU der ukrainischen Wirtschaft wenig Perspektiven bietet."[58]

Ebenso prägnant wie knapp beschrieb auch Michael Stürmer in der Zeitung Die Welt die machtpolitischen Hintergründe und die Tragweite des Konfliktes folgendermaßen: „Putin will die Eurasische Zollunion, die EU will Kiew mit einem Assoziierungsabkommen Richtung Westen bewegen. […] Sichtbar geht es um Visa, Handel und Fördergeld aus Brüssel, unsichtbar um Geopolitik. [Beim] Assoziationsabkommen EU-Ukraine [steht] mehr auf dem Spiel [...] als Handel und Wandel. Es geht um die Seele der Ukraine und die Machtgeometrie Europas."[59]

2. Die Ukraine im Fokus EUropäischer Weltmachtambitionen und Expansionsstrategien

Wie bereits angedeutet, wäre es verkürzt, die Verschlechterung der russisch-westlichen Beziehungen und die Eskalation in der Ukraine allein der NATO (und damit mehr oder minder explizit den USA) anzulasten. Sie ist auch und nicht zuletzt ein Produkt der aggressiven EUropäischen Expansionspolitik, die wiederum aus dem Anspruch resultiert, EUropa als Weltmacht auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Großmächten auf der Weltbühne etablieren zu wollen (Kapitel 2.1). Die Schaffung einer großeuropäischen Wirtschafts- und Einflusszone als einer Art „imperialer Operationsbasis" wird hierfür als notwendige Bedingung erachtet, wobei die unmittelbare Priorität auf der „Eroberung" und militärischen Absicherung des Nachbarschaftsraums liegt (Kapitel 2.2).

Hierfür wird seit Jahren auf den neoliberalen Umbau der Nachbarländer hingearbeitet, um so auch gleichzeitig westeuropäischen Konzernen Rohstoffe, vor allem aber neue Investitions- und Absatzmärkte sowie verlängerte Werkbänke zu erschließen. Dies wurde in einer ersten Expansionsphase mittels der EU-Osterweiterung realisiert (Kapitel 2.3). Allerdings wurde nach ihrem „erfolgreichen" Abschluss im Jahr 2004 aus Gründen, über die weiter unten noch ausführlicher zu sprechen sein wird, eine neue Strategie erforderlich. Das Ergebnis dieser Überlegungen war die im selben Jahr ins Leben gerufene „Europäische Nachbarschaftspolitik" (ENP), die der Maxime einer europäischen „Expansion ohne Erweiterung" (Georg Vobruba) folgt. Wie schon bei der Osterweiterung sollen die Länder des Nachbarschaftsraumes hierüber dauerhaft in eine großeuropäische Wirtschafts- und Einflusszone integriert werden, allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, ihnen dabei keine realistische Beitrittsperspektive einzuräumen (Kapitel 2.4).

Das wichtigste Instrument, um dies zu bewerkstelligen, stellt der Abschluss eines Assoziationsabkommens dar. Auch mit der Ukraine wurde eine solche Vereinbarung ausgehandelt, wobei eine detaillierte Betrachtung den Schluss nahelegt, dass es sich hier um ein Vertragswerk handelt, das potenziell katastrophale wirtschaftliche Folgen für das Land haben wird. Da hierdurch gleichzeitig westeuropäische Konzerne in ganz erheblichem Ausmaß begünstigt werden, vor allem, weil es sich hier aber um ein Kernstück der EUropäischen Expansionsstrategie handelt, wurde die Ablehnung des Abkommens durch die Janukowitsch-Regierung aus Sicht der Europäischen Union regelrecht als Kriegserklärung aufgefasst und umgehend massiv alle Versuche unterstützt, sie zu stürzen (Kapitel 2.5).

Etwaige Konflikte mit anderen Ländern, die gegebenenfalls nicht gewillt sind, diesen Expansionsbestrebungen tatenlos zuzusehen, werden dabei billigend in Kauf genommen, wie etwa der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer betont: „Die EU wird begreifen müssen, dass sie in ihrer östlichen und südlichen Nachbarschaft nicht in einem interessefreien Raum handelt, sondern dass sie dort mit widerstreitenden Interessen anderer Mächte, ja mit Rivalen konfrontiert wird [...] Die Erweiterungspolitik der EU [...] ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheit der Europäischen Union, ja ihre entscheidende Machtprojektion nach außen in ihre geopolitische Nachbarschaft."[60]

2.1 Weltmacht EUropa

Bis heute hält sich der Mythos, bei der Europäischen Union handele es sich um eine Art „geopolitischen Abstinenzler", dessen außenpolitische Strategie, so es überhaupt eine gebe, allenfalls mehr schlecht als recht ad-hoc zusammengezimmert werde. Richtig ist daran zwar, dass eine gezielte EU-Expansionspolitik unter der spezifischen Konstellation des Kalten Krieges faktisch unmöglich war: „Unter den Bedingungen der US-Hegemonie und der Systemkonkurrenz konnte in den Nachkriegsjahrzehnten von einer eigenständigen europäischen Strategie keine Rede sein. Dies galt insbesondere für die Außen- und Sicherheitspolitik."[61] Mit dem Untergang der Sowjetunion, dem – schrittweisen – Machtverlust der Vereinigten Staaten sowie der Wiedervereinigung und der unmittelbar daran anschließenden offensiven Ausrichtung der deutschen Militärpolitik veränderten sich jedoch alle bisherigen Rahmenbedingungen ab Anfang der 1990er Jahre grundlegend. Ähnlich wie in den USA wurden zu dieser Zeit auch in der EU Überlegungen angestellt, wie auf die neue Situation reagiert, sprich: wie aus ihr am besten Kapitel geschlagen werden konnte. Im Ergebnis herrschte schnell Einigkeit, dass die sich hier bietende Gelegenheit für einen

Vorkämpfer der „Weltmacht EUropa": Martin Schulz. Quelle: Europäische Union

machtpolitischen Aufstieg zum Global Player nun zielstrebig genutzt werden müsse.

Seither artikulieren einflussreiche Exponenten der europäischen Politik immer unverhohlener den Anspruch, im globalen Gerangel um Macht und Einfluss an vorderster Front mitspielen zu wollen. So schreibt etwa das sozialdemokratische EU-Aushängeschild Martin Schulz, der Präsident des EU-Parlaments: „Europa ist, ob es will oder nicht, ein 'global player'. Die EU ist der größte und reichste Binnenmarkt der Welt, unsere Wirtschaftskraft macht ein Viertel des globalen Bruttosozialproduktes aus. Die EU ist der weltweit größte Handelsblock, der weltweit größte Geber von Entwicklungshilfe – die EU ist ein Wirtschaftsriese. Globale wirtschaftliche Macht geht Hand in Hand mit weltpolitischer Verantwortung – diesem Auftrag kann sich Europa nicht entziehen. Europas Partner erwarten – zu Recht – dass Europa sich dieser Verantwortung stellt und aus der Wirtschaftssupermacht auch eine weltpolitische Supermacht wird."[62]

Automatisch drängt sich hier natürlich die Frage auf, wie dies abseits von Absichtsbekundungen denn praktisch bewerkstelligt werden soll. Das diesbezüglich „überzeugendste" Konzept stammt aus der Feder von James Rogers, dem Co-Direktoren der „Group on Grand Strategy" (GoGS), einem zunehmend einflussreichen Zusammenschluss von EU-Geopolitikern.[63]

2.2 EUropas imperialer Großraum und seine militärische Absicherung

Seit vielen Jahren beklagen sich verschiedene Mitglieder der Group on Grand Strategy über den rapiden Einflussverlust des Westens und insbesondere über den der EU-Länder. Mit drastischen Worten fordern die beiden GoGS-Direktoren James Rogers und Luis Simón deshalb eine drastische machtpolitische Kehrtwende ein: „Heute, im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, stehen die EU, ihre Mitgliedsstaaten und die europäische Bevölkerung an einem Scheideweg. Während eine neue Generation an die Macht gelangt und neue geopolitische Kräfte damit begonnen haben, die Welt um uns herum neu zu formen, hat die politische Vision, die einstmals die europäische Integration anleitete, die Orientierung verloren. [...] Wir sollten uns hier keinerlei Illusionen hingeben, [wir leben] in einer Welt, in der große und potenziell räuberische Autokratien mehr und mehr Einfluss und Macht erlangen. Wir sind der Meinung, dass zunehmend nur eine effektive Globalstrategie und schiere Macht in der Lage sein werden, die europäischen Werte zu schützen. [...] Die Europäer stehen vor zwei möglichen zukünftigen Entwicklungen: Einer Zukunft der Macht oder einer Zukunft des Ruins. Es existiert keine Alternative: Wir können entweder die Herrscher bleiben oder beherrscht werden."[64]

Um hierfür optimal „gewappnet" zu sein, sei es nun erforderlich, dass sich die Europäische Union einer systematisch zu verfolgenden Geostrategie verschreibe, die auf die Expansion ihrer Einflusssphäre und die Etablierung eines imperialen Großraums abzielt. So schrieb GoGS-Co-Direktor James Rogers im Jahr 2011: „Das ultimative Ziel einer Geostrategie ist es, Geografie und Politik miteinander zu verknüpfen, um die Macht und die Einflusssphäre des heimischen Territoriums zu maximieren. [...] Ein solches Konzept muss von einem subtilen, aber hervorragend aufgestellten Militär unterstützt werden, das darauf abzielt, das Auftauchen möglicher Rivalen zu vereiteln."[65]

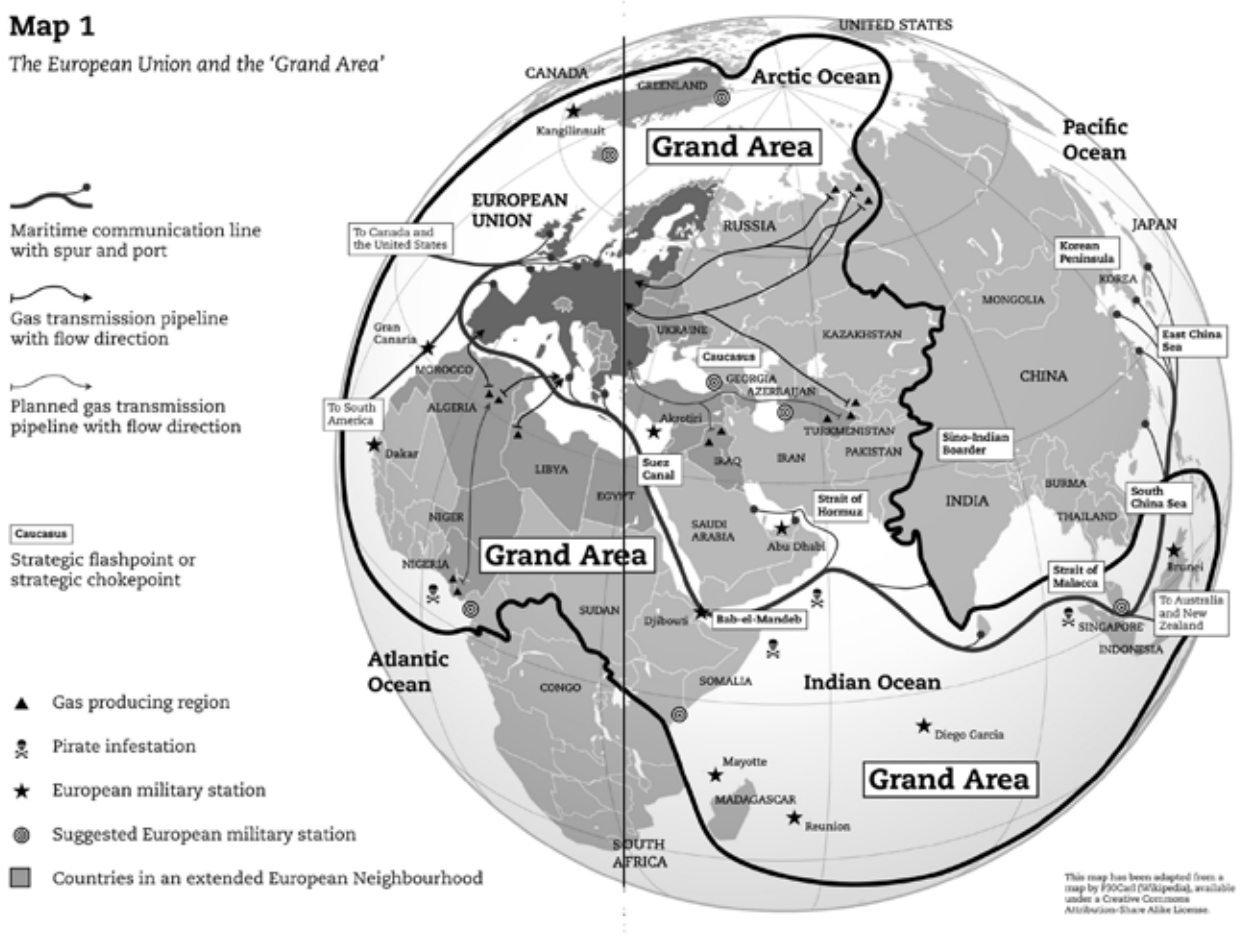
Auf dieser Basis entwickelte Rogers Kriterien, mit denen er die Grenzen eines solchen Großraums – von ihm als „Grand Area" bezeichnet – absteckt und damit gleichsam eine Art Kartographie eines EU-Imperiums vorlegt. Es umfasst große Teile Afrikas, die ölreiche kaspische und zentralasiatische Region und den Mittleren Osten, reicht aber auch bis weit nach Ostasien, wo es gilt, die Schifffahrtsrouten zu kontrollieren (siehe Grafik). Konkret sollen Länder und Regionen in die „Grand Area" integriert werden, die folgendes „Anforderungsprofil" erfüllen:

"Angesichts der Tatsache, dass bestimmte Mächte versucht haben, sich in bestimmten Schlüsselregionen Vorteile zu verschaffen und sich dort einzunisten – häufig zum Nachteil anderer – sollte die Europäische Union mehr tun, um die minimale geographische Zone abzusichern, die für die kontinuierliche Expansion ihrer Wirtschaft benötigt wird. Aus einem geopolitischen Blickwinkel muss diese Zone fünf Kriterien genügen: Sie muss

1. über alle grundlegenden Ressourcen verfügen, die notwendig sind, um die europäische industrielle Produktion und künftige industrielle Bedürfnisse zu decken;
2. alle wesentlichen Handelsrouten, insbesondere Energie-Pipelines und maritime Schifffahrtsrouten aus anderen Regionen ins europäische Heimatland, einschließen;
3. so wenig wie möglich geopolitische Problemfälle enthalten, die zu einer Desintegration der Region führen und damit die künftige wirtschaftliche Entwicklung Europas schädigen könnten;
4. die geringste Wahrscheinlichkeit einer relevanten Beanspruchung durch andere mächtige ausländische Akteure im Vergleich zu ihrer Bedeutung für die europäische Wirtschaft und ihre geopolitischen Interessen aufweisen;
5. eine Region sein, die die Europäische Union am kosteneffektivsten durch eine Ausweitung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verteidigen kann."[66]

Ferner soll die „Grand Area" mit einem dichtmaschigen Netz aus europäischen Militärbasen überzogen und so unter Kontrolle gebracht werden: „Das Konzept der 'Grand Area' würde versuchen, diese Länder in ein dauerhaftes EU-geführtes System zu integrieren, das durch Militärbasen, bessere Kommunikationslinien und engere Partnerschaften abgesichert wird – eine europäische Vorwärtspräsenz, um die Notwendigkeit sporadischer Interventionen zu reduzieren."[67] Mit diesem Militärbasennetz soll vor allem folgenden beiden Zielen Nachdruck verliehen werden: „Erstens, ausländische Mächte davon abzuhalten, sich in Länder in der größeren europäischen Nachbarschaft einzumischen; und zweitens Halsstarrigkeit und Fehlverhalten auf Seiten der lokalen Machthaber vorzubeugen."[68] Konkret wird darauf hin die Errichtung einer ganzen Reihe neuer Basen vorgeschlagen: „Neue europäische Militäranlagen könnten im Kaukasus und Zentralasien, der arktischen Region und entlang der Küstenlinie des indischen Ozeans benötigt werden. Das Ziel dieser Einrichtungen wäre es, [...] eine latente aber permanente Macht innerhalb der 'Grand Area' auszuüben."[69]

Tatsächlich wird innerhalb der politischen Eliten seit einiger Zeit über einen Ausbau der Militärpräsenz bis nach Ostasien debattiert[70], es liegt aber auf der Hand, dass der



Quelle: Rogers, James: A New Geography of European Power?, Egmont Paper, No. 42, January 2011

Übles Vorbild: Die Grand Area

Der von James Rogers als ‚Grand Area' bezeichnete Großraum ist ein aus der amerikanischen Geopolitik entlehnter Begriff. Er steht für ein Konzept, dessen explizites Ziel darin bestand, Armut und Ungleichheit in der Welt aufrecht zu erhalten. Es wurde detailliert von George F. Kennan beschrieben, der mit seinem „Langen Telegramm" als Initiator der Eindämmungspolitik gegen die Sowjetunion und der aggressiven US-Politik während des Kalten Krieges galt (von der er sich später distanzierte).

Seine Affinität hierzu untermauert James Rogers nicht nur damit, dass die erste Grundsatzerklärung der „Group on Grand Strategy" mit „The new long telegram" betitelt wurde, sondern auch dadurch, dass er sein imperiales Raumkonzept begrifflich in die Tradition der amerikanischen „Grand Area" stellt: „Eine Beschreibung [der ‚Grand Area'] findet vom führenden Mitarbeiter des Planungsstabes (Policy Planning Staff) im State Departement, George F. Kennan statt. Die streng geheime Schrift Policy Planning Study 23 (PPS/23) vom 28. Februar 1948 besagt, dass die besiegten und besetzten Mächte Deutschland und Japan als Aktivposten einer kapitalistischen Weltordnung wieder aufgebaut werden müssen, was mithilfe der Ressourcen der sog. Dritten Welt geschehen soll. In dieser Weltordnung soll allein der Freihandel und die Dominanz der westlichen Zivilisation vorherrschen."

Konkret heißt es dann in der PPS/23: „Wir müssen sehr vorsichtig sein, von unserer ‚Führungsrolle' in Asien zu sprechen. Wir betrügen uns und andere, wenn wir vorgeben, eine Lösung für jene Probleme zu besitzen, die die meisten dieser asiatischen Menschen bewegen. Wir besitzen etwa 50 % des Reichtums dieser Welt, stellen aber nur 6,3 % seiner Bevölkerung. Dieser Unterschied ist im Verhältnis zwischen uns und den Völkern Asiens besonders groß. In einer solchen Situation kommen wir nicht umhin, Neid und Missgunst auf uns zu lenken. Unsere eigentliche Aufgabe in der nächsten Zeit besteht darin, eine Form von Beziehungen zu finden, die es uns erlaubt, diese Wohlstandsunterschiede ohne ernsthafte Abstriche an unserer nationalen Sicherheit beizubehalten. Um das zu erreichen, werden wir auf alle Sentimentalitäten und Tagträumereien verzichten müssen; und wir werden unsere Aufmerksamkeit überall auf unsere ureigensten, nationalen Vorhaben konzentrieren müssen. Wir dürfen uns nicht vormachen, dass wir uns heute den Luxus von Altruismus und Weltbeglückung leisten könnten… […] Wir sollten aufhören von vagen — und für den Fernen Osten — unrealistischen Zielen wie Menschenrechten, Anhebung von Lebensstandards und Demokratisierung zu reden. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem unser Handeln von nüchternem Machtdenken geleitet sein muss. Je weniger wir dann von idealistischen Parolen behindert werden, desto besser." (Auszug aus der Policy Planning Study, Kapitel VII. Far East, Seite 524 zit. nach Wikipedia: Grand Area)

Kontrolle des unmittelbaren Nachbarschaftsraums in absehbarer Zeit die größere Bedeutung beigemessen wird. So schreibt auch Thomas Renard, Mitglied im Beirat der Group on Grand Strategy: „Selbstverständlich muss die EU sich als Macht in ihrer eigenen Region etablieren, wenn sie eine globale Macht werden will.“[71] Osteuropa und damit zuvorderst auch der Ukraine kommt in diesem Zusammenhang aus der Sicht von Rogers gerade mit Blick auf Russland eine ganz besondere Bedeutung zu: „Osteuropa ist das Tor zwischen den riesigen Ressourcen Asiens und den dichtbesiedelten und technisch fortgeschrittenen Bevölkerungen Europas. Das bedeutet, dass es entweder vom imperialen Despotismus Russlands oder der demokratischen Zivilisation Europas kontrolliert werden wird. Aufgrund seiner geographischen Lage wird derjenige, der den Zugang zu dieser wesentlichen Zone gewinnt, auch Einfluss über den gesamten eurasischen Superkontinent erhalten. Sollte Osteuropa von Moskau kontrolliert werden, werden die Europäer – und darüber auch die Nord-Amerikaner – Gefangene sein, wie sie es die meiste Zeit des Kalten Krieges waren. Sollte Osteuropa von Brüssel (und ebenso von London, Paris und Berlin) – und darüber auch von Washington – geformt werden, wird Russland geschwächt und relativ harmlos zurückgelassen, so wie es die meiste Zeit in den 1990ern und 2000ern war.“[72]

Nun könnte man die Ausführungen von Rogers ja als Produkt eines reichlich fehlgeleiteten Irrläufers abtun, allerdings haben wir es hier keinesfalls mit einem „geopolitischen Hinterbänkler“ zu tun. Dies zeigt sich etwa daran, dass er von der EU-eigenen strategischen Denkfabrik, dem „Institute for Security Studies“ (EUISS), mit der Erstellung eines der zentralen Papiere zur Zukunft der EU-Militärpolitik beauftragt wurde, in das große Teile seines „Grand-Area-Konzeptes“ einflossen.[73]

Auch prominente Politiker wie Radek Sikorski, bis 2014 polnischer Außenminister, vertreten ähnliche Positionen: „Wenn die EU eine Supermacht werden will – und Polen befürwortet dies –, dann benötigt sie die Kapazitäten, um Einfluss in der Nachbarschaft auszuüben. [...] Manchmal müssen wir Gewalt anwenden, um unsere Diplomatie zu unterstützen.“[74] Ganz offen erklärte beispielsweise auch die damalige EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton in einem der damals wesentlichen Strategiepapiere zur Vorbereitung des „EU-Rüstungsgipfels“ im Dezember 2013 den gesamten Nachbarschaftsraum faktisch zum europäischen Einfluss- und Interventionsgebiet: „Das neue Augenmerk der USA für die asiatisch-pazifische Region ist eine logische Konsequenz der geostrategischen Entwicklungen [Anm.: des Aufstiegs Chinas]. Dies bedeutet auch, dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit und die seiner Nachbarschaft übernehmen muss. [...] Die Union muss in der Lage sein als Sicherheitsgarant – mit Partnern so möglich, autonom wenn nötig – in seiner Nachbarschaft entschieden zu handeln, dies schließt direkte Interventionen ein. Strategische Autonomie muss sich zuerst in der Nachbarschaft der Europäischen Union materialisieren.“[75]

Auch in der in der „European Global Strategy“, einem von den Außenministern Spaniens, Polens, Italiens und Schwedens beauftragten Dokument für eine EU-Globalstrategie, heißt es: „Der Einfluss der Europäischen Union wird in zunehmendem Maße von ihrem Agieren in ihrer strategischen Nachbarschaft abhängen. [...] Die EU sollte ebenfalls darauf vorbereitet sein, im Alleingang im Einklang mit dem internationalen Recht das volle Spektrum an zivilen und militärischen Einsätzen in der strategischen Nachbarschaft durchführen zu können, wo und wenn dies erforderlich sein sollte, um europäische Interessen zu verteidigen. Dies bedeutet die Fähigkeit zu haben, militärische und zivile Fähigkeiten zur Anwendung zu bringen.“[76]

2.3 Expansionsphase I: EU-Osterweiterung

Die EU-Expansion in den Nachbarschaftsraum erfolgte in zwei Schritten, zunächst in Form der sogenannten EU-Osterweiterung, die im Wesentlichen bereits mit der Verabschiedung der Kopenhagener Kriterien im Jahr 1993 beschlossen worden war. Um formell in die Europäische Union aufgenommen zu werden, mussten sich die Beitrittskandidaten einer neoliberalen Schocktherapie unterwerfen, die im Kern darauf hinauslief, auf sämtliche Schutzmaßnahmen der eigenen Wirtschaft zu verzichten. Die Europäische Union argumentierte dabei, dass der verschärfte Wettbewerb mit den – technologisch weit überlegenen und produktiveren – westeuropäischen Unternehmen um Märkte und Aufträge zu erheblichen Effizienz- und damit Produktivitätssteigerungen führen würde, die zumindest mittelfristig auch den Beitrittskandidaten zu Gute kommen würden. Konkurrenz belebt das Geschäft, so also die Sichtweise der Europäischen Union, die in etwa die Position vertrat (und bis heute vertritt), ein Wettrennen zwischen einem Ferrari und einem VW Käfer sei deshalb fair, weil sie auf derselben Straße fahren: „Die Freihandelsförderung war historisch immer das Vorrecht der Mächtigen. Und die Förderung und Aufrechterhaltung der Ungleichheit war immer eine Voraussetzung für das erfolgreiche Funktionieren der auf Freihandel basierenden kapitalistischen Marktwirtschaft. [...] Die Evozierung der Prinzipien der sportlichen Fairness und des unbehinderten Wettbewerbs, ignoriert aber die schreiende Disparität der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse im globalen Handel.“[77] Das ganze Projekt war demzufolge weder fair noch gerecht: „Die Osterweiterung der Europäischen Union dient vornehmlich dazu, den stärksten Kräften im Westen – den so genannten ‚Global Players‘ – neuen Marktraum zu erschließen und mit Hilfe des Regelwerks des ‚Acquis communautaire‘ abzusichern.“[78]

Im Großen und Ganzen war diese Strategie überaus „erfolgreich“: Nachdem den Kandidaten in jahrelangen Verhandlungen weitreichende Zugeständnisse abverlangt worden waren, wurden 2004 und 2007 insgesamt zwölf neue Länder, fast alle in Osteuropa gelegen, als untergeordnete Mitglieder in die EU-Einflusssphäre integriert. Auch wenn gerade zum 10. Jahrestag der Osterweiterung das ganze Unterfangen nassforsch als „Erfolgsgeschichte“ verkauft wurde, sieht die Realität doch gänzlich anders aus: „Das Ergebnis konnte die Kapitalseite mit Stolz erfüllen. Es war nichts weniger als die Herstellung einer wirtschaftlichen Konvergenz bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung sozialer und steuerpolitischer Divergenz. Mit anderen Worten: Der Beitritt zur EU sicherte die meist bereits zuvor getätigten wirtschaftlichen Übernahmen institutionell ab. [...] Die wichtigsten Wirtschaftssektoren wie der Bankenbereich oder die Großindustrie befinden sich in den Händen westeuropäischer, oft deutscher Eigentümer; bei der Automobilindustrie macht deren Anteil in Polen,

Tschechien, Ungarn und der Slowakei zwischen 91 und 97 Prozent aus, bei den Banken zwischen 71 und 96 Prozent. Die einzelnen Gesellschaften haben einen rasend schnellen Prozess sozialer und regionaler Auseinanderentwicklung durchlaufen. Auch zwischen den Generationen taten sich tiefe Risse auf; Alte kommen mit ihren Renten nicht über die Runden und Junge suchen ihr Heil in der Emigration. Die offizielle Arbeitslosenstatistik weist – mit der Ausnahme Tschechiens – durchweg zweistellige Prozentzahlen aus."[79]

Ein wichtiger Grund, weshalb die damaligen Entscheidungsträger wohl bereit gewesen waren, sich den Vorgaben Brüssels zu unterwerfen, dürfte darin bestanden haben, dass sie hofften, die schmerzhaften Zugeständnisse nach ihrem EU-Beitritt durch ihre Mitspracherechte sukzessive rückgängig machen zu können. Doch da hatten sie die Rechnung ohne die EU-Großmächte gemacht, die noch vor dem Vollzug der Osterweiterung mit dem damaligen EU-Verfassungsvertrag des Jahres 2003 versuchten sicherzustellen, dass künftig bei der Stimmverteilung im wichtigsten EU-Gremium, dem Rat der Staats- und Regierungschefs, die Einwohnerzahl eines EU-Landes eine weitaus größere Rolle als zuvor spielen würde. Nach nochmaligen heftig umkämpften Verhandlungen trat die neue Regelung schließlich mit dem Vertrag von Lissabon am 1. Dezember 2009 in Kraft und ist nach einer Übergangsfrist seit dem 1. November 2014 gängige Abstimmungspraxis. Damit wurde garantiert, dass die kleinen und mittleren Mitgliedsländer über wenig bis keine Einflussmöglichkeiten auf die EU-Politik verfügen, wie etwa der tschechische Ex-Präsident Vaclav Klaus etwa zehn Jahre nach der Aufnahme seines Landes in die EU konsterniert einräumte: „Ich muss brutal sagen, dass wir null Einfluss haben."[80]

	Stimmanteil im Rat (in % Nizza-Vertrag)	Stimmanteil im Rat (in % Lissabon-Vertrag)
Deutschland	8,40	15,93
Frankreich	8,40	12,98
Großbritannien	8,40	12,61
Italien	8,40	11,81
Spanien	7,83	9,24
Polen	7,83	7,62
Rumänien	4,04	3,97
Niederlande	3,77	3,32
Belgien	3,48	2,21
Griechenland	3,48	2,19
Tsch. Republik	3,48	2,08
Portugal	3,48	2,07
Ungarn	3,48	1,96
Schweden	2,90	1,89
Österreich	2,90	1,67
Bulgarien	2,90	1,43
Dänemark	2,03	1,11
Finnland	2,03	1,07
Slowakei	2,03	1,07
Irland	2,03	0,91
Kroatien	n.V.	0,84
Litauen	2,03	0,59
Slowenien	1,16	0,41
Lettland	1,16	0,40
Estland	1,16	0,26
Zypern	1,16	0,17
Luxemburg	1,16	0,11
Malta	0,88	0,08

EU-Stimmgewichte. Quelle: Beschluss des Rates vom 29. September 2014 zur Änderung seiner Geschäftsordnung (2014/692/EU, Euratom).

Wo Verlierer der neuen Abstimmungsmodalitäten sind, gibt es natürlich auch Gewinner: „Dadurch verschieben sich die Gewichte in der EU erheblich, denn durch die Einführung des Kriteriums der Bevölkerungsgröße verlieren nicht weniger als 23 der 28 Mitgliedsländer an Einfluss in der Union. Relativ gewinnen die großen Staaten Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Rumänien dazu. Der eigentliche Gewinner ist aber das mit Abstand bevölkerungsreichste Land der Union: die Bundesrepublik Deutschland. [...] Das neue Abstimmungsverfahren ist ein weiterer Schritt der EU weg von einer Gemeinschaft souveräner und gleichberechtigter Staaten hin zu einer hierarchisch strukturierten Union mit dem Hegemon Deutschland an der Spitze."[81]

Umgekehrt bedeutet die neue Regelung aber auch, dass die Aufnahme neuer, insbesondere bevölkerungsreicher Staaten die Machtverhältnisse wieder massiv zuungunsten der EU-Großmächte verändern würde, weshalb dies aus genau diesem Grund derzeit auch nicht ernsthaft zur Debatte steht.[82] Vor diesem Hintergrund war und ist die – eigentlich ja erfolgreiche – „Expansion per Erweiterung" nicht weiter anwendbar: „Schon vor dem Vollzug der Osterweiterung 2004 setzten in der EU-Kommission Überlegungen ein, wie es danach weitergehen sollte. [...] Die EU war an die Grenzen ihrer bisherigen Entwicklungsdynamik, der wechselseitigen Bestärkung von Integration und Erweiterung, gelangt. [...] Klar war aber auch, daß ein abruptes Ende der Expansionsdynamik nicht im Interesse der EU sein konnte. [...] Es mußte also darum gehen, ein Konzept zu entwickeln, welches eine weitere Expansion der EU zuläßt, ohne daß diese Expansion die EU zu weiteren Erweiterungen zwingt. Wie ist Expansion ohne Erweiterung möglich?"[83]

2.4 Expansionsphase II: EUropas imperiale Nachbarschaftspolitik

Die neue EU-Expansionsstrategie wurde bereits im Jahr 2003 mit der Kommissionsmitteilung „Größeres Europa" auf den Weg gebracht, die die Einführung der Europäischen Nachbarschaftspolitik ein Jahr später vorbereitete. Zum Ziel des Unterfangens schrieb die damalige EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner kurz nachdem die Nachbarschaftspolitik an den Start ging: „Um die politischen und wirtschaftlichen Vorteile der Erweiterung mit unseren neuen Nachbarn zu teilen, haben wir die Europäische Nachbarschaftspolitik konzipiert. Mit dieser Politik etablieren wir einen 'Ring von Freunden' entlang der Grenzen der erweiterten EU. Das ist ein geostrategisches Schlüsselprojekt für Europa. Diese Zone der Stabilität und des Wohlstandes soll von Osteuropa über den Kaukasus und den Nahen Osten quer durch den gesamten Mittelmeerraum reichen."[84]

Offiziell ist bei der ENP, die sich gegenwärtig auf 15 Staaten rund um die Europäische Union erstreckt[85], viel die Rede davon, es gehe um die Förderung von Demokra-

tie und Wohlstand. Faktisch wird im Kern aber auf die Übernahme des „acquis communautaire“ (“Besitzstand der Gemeinschaft“), jener 70.000-80.000 Seiten mit allen für die Mitgliedsstaaten verbindlichen Rechtsakte, abgezielt: „Der Besitzstand der EU, mit dem ein gemeinsamer Markt auf der Grundlage der Freizügigkeit und des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs errichtet wurde, auf dem Wettbewerb unter gleichen Bedingungen [...] könnte den Ländern, die institutionelle und wirtschaftliche Reformen durchführen, als Vorbild dienen. [...] Die EU muss daher bereit sein, in enger Partnerschaft mit ihren Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten, die weitere Reformen durchführen wollen, und ihnen beim Ausbau ihrer Kapazitäten zu helfen, damit sie ihre Vorschriften an Teile des gemeinschaftlichen Besitzstands angleichen und umsetzen können.“[86]

Hierdurch werden mit der ENP dieselben Ziele wie mit der Osterweiterung verfolgt: Ungeachtet aller hehren Absichten liegt die Priorität eindeutig auf dem neoliberalen Umbau und der – peripheren – Eingliederung der Nachbarländer in die großeuropäische Wirtschafts- und Einflusszone[87]: „Was nicht gesagt wird, ist, dass das Hauptmotiv der wirtschaftlichen Integration darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, Ökonomien in die expandierende Wirtschaft des Imperiums (der EU) einzugliedern und Zugang zu natürlichen Ressourcen in der energiereichen Nachbarschaft zu erhalten. Die riesige Ansammlung von Wohlstand und wirtschaftlicher Macht hat der EU einen Hebel gegeben, um marktfreundliche Reformen einschließlich Privatisierung, Handelsliberalisierung und der Übernahme der EU-Regulationsmechanismen aufzuerlegen und gleichzeitig die weiterführenden Debatten in den peripheren Gesellschaften zu umgehen. Dabei riskiert sie allerdings, eher zur Schaffung politischer Destabilisierung denn zu Stabilität beizutragen und die wirtschaftlichen Ungleichheiten in der Nachbarschaft zu vertiefen.“[88]

Nur in einem, allerdings wesentlichen Detail besteht ein Unterschied zur EU-Osterweiterung: Aus oben genannten Gründen war man nicht bereit, den ENP-Staaten eine Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen. Im Kommissionspapier „Größeres Europa“ heißt es hierzu lapidar: „Die durch Nähe und Nachbarschaft aufgeworfenen praktischen Fragen sind getrennt von der Frage der Aussicht auf einen EU-Beitritt zu beantworten.“[89] Des Lockmittels einer EU-Mitgliedschaft beraubt, sollen vor allem beträchtliche Geldmittel – allein für das „Europäische Nachbarschaftsinstrument“ (ENI) wurden für den Haushalt 2014 bis 2020 fast 15,5 Mrd. Euro eingestellt – Politik und Gesellschaften der Nachbarländer von der Notwendigkeit neoliberaler Reformen „überzeugen“.[90] Die wesentlichen Bestimmungen und Regelungen, um sich als peripher eingegliedertes Absatz- und Investitionsgebiet für das EU-Zentrum zu empfehlen, werden in einem im Rahmen der Nachbarschaftspolitik ausgehandelten – sprich von der EU oktroyierten – Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union bindend festgelegt. Sie stehen damit im Zentrum der aktuellen EU-Expansionsstrategie, wie etwa Joachim Becker, Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien, betont: „Die Assoziationsabkommen, welche die EU im postsowjetischen Raum vorantreibt, sind ein Schlüsselelement bei der Ausweitung der EU-Einflusssphäre nach Osten.“[91]

2.5 Neoliberales Assoziationsabkommen: Fallbeispiel Ukraine

Bereits kurz nach der „Orangenen Revolution“ im Jahr 2004 gab die Europäische Kommission eine Studie in Auftrag, die die Auswirkungen eines „Tiefen und umfassenden Freihandelsabkommens“ zwischen der Ukraine und der Europäischen Union untersuchen sollte. Betraut wurden hiermit das „Centre for European Policy Studies“ (CEPS), das „Institut für Weltwirtschaft“ (IFW) und das „International Centre for Policy Studies“ (ICPS), die zu dem Ergebnis gelangten, ein solches Freihandelsabkommen werde sich für beide Seiten sehr vorteilhaft auswirken.[92] Auf dieser Basis wurden die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen, das als Kernbestandteil ein solches „Tiefes und umfassendes Freihandelsabkommen“ enthalten sollte, aufgenommen, die, wie bereits erwähnt, 2012 in ein unterschriftsreif vorliegendes Dokument mündeten.[93]

Glaubt man den Verlautbarungen diverser EU-Offizieller, so kann die Ukraine durch das Abkommen auf einen regelrechten Wirtschaftsboom hoffen. So prognostizierte EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle, nach Abschluss des Assoziationsabkommens sei mit einer Verdopplung der ukrainischen Exporte in die EU und einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um insgesamt 12% zu rechnen.[94] Eine sorgsame Betrachtung des Dokumentes lassen an dieser Einschätzung allerdings erhebliche Zweifel aufkommen.

Grundsätzlich wird die Ukraine darauf verpflichtet, nicht nur den aktuellen EU-Rechtsbestand zu übernehmen, sondern auch alle künftigen Gesetze Brüssels auf nationaler Ebene einzuführen. Faktisch wird die Ukraine damit ein nicht-stimmberechtigtes Mitglied des europäischen Binnenmarktes, das über keinerlei Mitspracherechte verfügt, was in Brüssel entschieden wird, dies aber zu befolgen hat: „Ein Rechtsakt, der einer EU-Verordnung oder einem EU-Beschluss entspricht, ist unverändert in die innerstaatliche Rechtsordnung der Ukraine zu überführen.“ (Anhang XVII, Artikel 2a)

Weiter heißt es in dem Papier: „Die Vertragsparteien errichten während einer Übergangszeit von höchstens zehn Jahren [...] schrittweise eine Freihandelszone.“ (Titel IV, Artikel 25) Für die Umsetzung dieses Zieles müssen unter anderem Zölle, mit denen ein Land zum Schutz seiner Wirtschaft Waren eines anderen Landes verteuern kann, nahezu komplett abgeschafft werden: „Jede Vertragspartei senkt oder beseitigt Zölle auf Ursprungswaren der anderen Vertragspartei im Einklang mit den Stufenplänen in Anhang I-A dieses Abkommens (im Folgenden ‘Stufenpläne’).“ (Titel IV, Artikel 29, Absatz 1) Wer den hochgradig irritierenden Versuch unternimmt, nachzuvollziehen, was sich hinter Anhang I-A verbirgt, sieht sich mit einer etwa 1500 Seiten langen Liste konfrontiert, in der Details zu den künftigen Zöllen für nahezu jedes erdenkliche Produkt festgelegt werden. Dankenswerterweise hat die Europäische Kommission selbst hier zur Klärung beigetragen, indem sie in einem Hintergrundpapier verdeutlichte, dass durch das Assoziationsabkommen die Zölle um 99,1% (Ukraine) bzw. 98,1% (EU) abgesenkt werden.[95]

Darüber hinaus werden auch sogenannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse – etwa Mengenbegrenzungen – faktisch verboten: „Die Vertragsparteien dürfen bei der Ein-

fuhr einer Ware aus dem Gebiet der anderen Vertragspartei oder bei der Ausfuhr einer Ware oder dem Verkauf einer Ware zwecks Ausfuhr in das Gebiet der anderen Vertragspartei keine Verbote oder Beschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung erlassen oder beibehalten, es sei denn, dieses Abkommen oder Artikel XI GATT 1994 und die Anmerkungen zu seiner Auslegung sehen etwas anderes vor.“ (Titel IV, Artikel 35)

Eine weitere Passage mit erheblicher Tragweite verbirgt sich hinter der unscheinbaren Überschrift „Annäherung von technischen Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungen“. Dort wird die Ukraine auf die Übernahme europäischer Produktions- und Zertifizierungsstandards verpflichtet, um überhaupt Waren in der EU verkaufen zu dürfen.[96] Dazu dürften aber in nahezu sämtlichen ukrainischen Betrieben derart umfassende Investitionen nötig sein, dass dies eine fast unüberwindliche Handelsbarriere darstellt, die nur dort durchlässig werden dürfte, wo dies seitens der EU explizit gewünscht wird.[97]

Es liegt auf der Hand, dass sich der „freie und faire Wettbewerb“ mit den produktiveren und technisch deutlich weiter fortgeschrittenen westeuropäischen Unternehmen für die ukrainischen Betriebe unter solchen Bedingungen als hochgradig nachteilig entpuppen dürfte, wie auch der bereits zitierte Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien, Joachim Becker, kritisiert: „Die geoökonomische und geo-politische Stoßrichtung der Abkommen wird im Fall der Ukraine besonders augenfällig. Weit über die Handelsliberalisierung hinausgehend, soll die Ukraine teilweise in den EU-Binnenmarkt integriert werden. Das würde bedeuten, dass die Ukraine substanzielle Teile der Wirtschaftsgesetzgebung der EU übernimmt. Die Ukraine würde nicht nur Möglichkeiten des Außenschutzes für die nationale Ökonomie verlieren, sondern auch Schlüsseloptionen für die nationalstaatliche Industriepolitik (z.B. über öffentliche Ausschreibungen). [...] Eine ‘tiefe und umfassende’ Freihandelszone ist Kernbestandteil des Abkommens. Für die Ukraine dürfte ‘vertiefter’ Freihandel und die Übernahme von Kernbestandteilen der EU-Wirtschaftsgesetzgebung allerdings auf eine Vertiefung der De-Industrialisierung und vertiefte Abhängigkeitsstrukturen hinauslaufen.“[98]

Erschwerend kam noch Russlands Drohung hinzu, seinen Markt nach einer Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens gegenüber ukrainischen Produkten stärker abzuschotten: „Die Außenhandelsbeziehungen machen klar, wie sehr die Ukraine Russland als Wirtschaftspartner braucht. Von insgesamt 53 Milliarden Euro, für die Waren exportiert werden, gehen laut WIIW [Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche] 25 Prozent nach Russland und weitere acht Prozent in die mit Moskau verbundenen Zollunionsstaaten Kasachstan und Belarus. Fünf Prozent der ukrainischen Exporte nimmt die Türkei, vier Prozent Ägypten ab, gefolgt vom ersten EU-Land Polen mit 3,5 Prozent. [...] Interessant auch die Struktur des Außenhandels. Während sich der ukrainische Export in die EU in der Hauptsache auf Rohstoffe wie Kohle und Stahl beschränkt, führt Kiew in Richtung Russland Maschinen, Fahrzeuge, Flugzeuge und Lebensmittel aus. Das heißt, die Wertschöpfung der in den Westen gelieferten Waren liegt weit unter jener, die nach Russland gehen.“[99]

Dass sich angesichts dessen sowohl im Verhältnis mit Russland als auch mit der ukrainischen Regierung erhebliche Probleme anbahnten, war den EU-Verantwortlichen

Der damalige EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle beim Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft Ende November 2013. Quelle: Europäische Union

bestens bekannt. Als der damalige EU-Erweiterungskommissar Stefan Fule etwa vom ukrainischen Oligarchen Wiktor Pintschuk während des Verhandlungsprozesses gewarnt wurde, dass es einer Lösung bedürfe, die auch für Russland akzeptabel sei und dass es Schwierigkeiten geben könne, antwortete dieser lapidar: „Mit den Russen ist es immer schwierig.“[100] Auch der ehemalige EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen merkte an: „Mit Russland wurde schlicht nicht darüber geredet, was die Assoziierung der Ukraine (und anderer) politisch und wirtschaftlich bedeutet. Russische Bedenken, dass sich dadurch der Handel mit der Ukraine verschlechtern könnte, wurden vom Tisch gewischt.“[101]

Gleichzeitig wuchs nicht allein auf russischen Druck hin auch innerhalb der Janukowitsch-Regierung die Skepsis gegenüber dem Abkommen. Dies hatte sicher nicht zuletzt mit der Sorge zu tun, „ihre“ Oligarchen könnten künftig bei der Ausplünderung der Ukraine zu kurz kommen. Generell spielte aber ganz offensichtlich ebenfalls die Sorge um die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen des Abkommens eine entscheidende Rolle. Denn während von westlicher Seite unter Rückgriff auf Zahlen der „Deutschen Beratergruppe“ die Auswirkungen auf den Handel mit Russland mit einem Exportrückgang in der Größenordnung von jährlich 3 Mrd. Dollar als vergleichsweise gering eingestuft wurden, präsentierte Janukowitsch ganz andere Zahlen. Er bezog sich dabei auf die gigantischen 160 Mrd. Dollar, die als Größenordnung vom „Institute for Economics and Forecasting at the National Academy of Sciences of Ukraine” für die Kosten sämtlicher Anpassungsleistungen errechnet worden waren.[102]

Der Spiegel schildert den in diesem Zusammenhang abgelaufenen Dialog zwischen Janukowitsch und dem damaligen EU-Erweiterungskommissar Füle folgendermaßen: „‚Stefan, wenn wir unterschreiben, helft ihr uns dann?‘, fragt Janukowytsch. Füle ist sprachlos. ‚Sorry, wir sind nicht der IWF. Wo kommen diese Zahlen her?‘, fragt

Aktuelle EU-Einsätze. Quelle: Europäische Union

er schließlich. ‘Ich höre sie zum ersten Mal.‘ Das seien geheime Zahlen, sagt Janukowytsch: ‚Können Sie sich vorstellen, was passieren würde, wenn unsere Leute von diesen Zahlen erfahren, wenn sie herausfänden, was die Annäherung an die EU unser Land kostet?‘“[103] Es lag auf der Hand, dass somit aus ukrainischer Sicht erheblicher Nachbesserungsbedarf bestand. So kritisierte Michail Tschetschetow, stellvertretender Vorsitzender der damals regierenden Partei der Regionen, Mitte November 2013: „Wir sind nicht bereit, dieses Abkommen zu unterschreiben, wenn dabei hunderte Betriebe, vor allem im industriellen Ballungszentrum des Landes, werden schließen müssen.“[104]

In dieser Situation, in der seitens der EU kein Jota von der eigenen Position abgewichen wurde, stellte Russland auch noch beträchtliche Vergünstigungen in Aussicht: einen Preisnachlass auf Gaslieferungen von ca. 3 Mrd. Dollar jährlich und den Aufkauf von Staatsanleihen in Höhe von 15 Mrd. Dollar. Hinzu kam dann auch noch, dass die in extremen Finanznöten steckende Janukowitsch-Regierung zuvor den Internationalen Währungsfonds um denselben Betrag gebeten hatte und dafür gleich die Daumenschrauben angesetzt bekam. Laut dem damaligen Regierungschef Nikolai Asarow gab dies schlussendlich den Ausschlag, das Abkommen nicht zu unterzeichnen: „Der schrumpfende Handel mit Russland [und] anderen GUS-Staaten gefährde ernsthaft die ukrainische Wirtschaft. Die Verschlechterung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland habe zur Folge gehabt, dass die Ratingagentur Fitch die Bonität der Ukraine vor kurzem abgestuft habe, sagte Asarow weiter. Der ‘letzte Tropfen’ sei die Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom 20. November gewesen, die Gaspreise für die ukrainischen Haushalte zu erhöhen, die Gehälter einzufrieren und die Ausgaben zu kürzen. Nur dann dürfe die Ukraine mit Krediten rechnen.“[105]

Zynisch gesagt wurde die EU also in einem Bieterwettbewerb deutlich von Russland überboten, weshalb es durchaus nachvollziehbar war, dass sich die Janukowitsch-Regierung im November 2013 dann endgültig entschied, das Abkommen zumindest vorläufig zu versenken. Nicht zuletzt in Deutschland hatte er sich hiermit – vorsichtig formuliert – nicht gerade beliebt gemacht.

3. Die Ukraine als Testfall für die neuen deutschen Großmachtambitionen

Spätestens seit den Auftritten von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und vor allem natürlich von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 ist ein neuer Ton in der Debatte über die künftige deutsche Außen- und Sicherheitspolitik unüberhörbar. Auf deutlich aggressivere Weise wird seither gefordert, Deutschland müsse eine aktive Weltmachtpolitik betreiben – und als der erste wichtige Testlauf dieser „Gauck-Doktrin" gilt die Ukraine. Allerdings gilt es zu beachten, dass diese neue deutsche Weltmachtpolitik von langer Hand in dem Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung" vorbereitet wurde. In ihm wurden die wesentlichen Argumentationsfiguren ausgearbeitet, die für die offensive Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen, aber auch für das konkrete Agieren gegenüber der Ukraine und Russland handlungsleitend sind (Kapitel 3.1). In diesem Zusammenhang waren es eben nicht nur die USA, sondern auch die Europäische Union und hier besonders Deutschland, die schon seit einiger Zeit darauf hingearbeitet hatten, pro-westliche Machthaber in Kiew zu etablieren und mit diesen Plänen nach der Ablehnung des Assoziationsabkommens im November 2013 ernst machten (Kapitel 3.2). Auch wenn dabei zwischen den USA und Deutschland ein beiderseitiges Interesse am Sturz von Janukowitsch bestand, sollte dies nicht den Blick darauf verstellen, dass es bereits während der Maidan-Proteste zu heftigen Reibereien kam, wer „seinen" Potentaten an die Schalthebel der Macht würde hieven können. Tatsächlich berührt diese Auseinandersetzung darüber hinaus auch grundsätzlichere Interessensunterschiede zwischen diesen beiden Hauptakteuren, die auch später immer wieder zu Tage traten. Ungeachtet solcher Differenzen im Detail eint die Akteure auf beiden Seiten des Atlantiks das gemeinsame Interesse an einer Eingliederung der Ukraine in die westliche Einflusssphäre. Obwohl Deutschland sich nicht in allen Fragen durchsetzen konnte und es im Gegenteil sogar einige Schlappen erleiden musste, wurde und wird das gesamte Vorgehen nahezu unisono als „vorbildliche" Umsetzung der Gauck-Doktrin bewertet, da sich Deutschland in der Ukraine-Krise „erfolgreich" als weltpolitische Führungsmacht bewiesen habe (Kapitel 3.3).

Tatsächlich herrscht gegenüber den Zielen der deutschen Ukraine-Politik und der herausgehobenen Stellung, die Deutschland dabei einnimmt, eine teils beeindruckende Offenheit, die wohl auch mit dem generell neuen Ton der deutschen Debatte zusammenhängt: „Der Kampf um die Ukraine ist einer zwischen dem russischen Präsidenten und der deutschen Kanzlerin. [...] Fast 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges geht es darum, wer es schafft, die früheren Sowjetrepubliken der Region in seinen Einflussbereich zu ziehen. Es geht um Geopolitik, um das 'Grand Design', wie es die Experten gern nennen."[106]

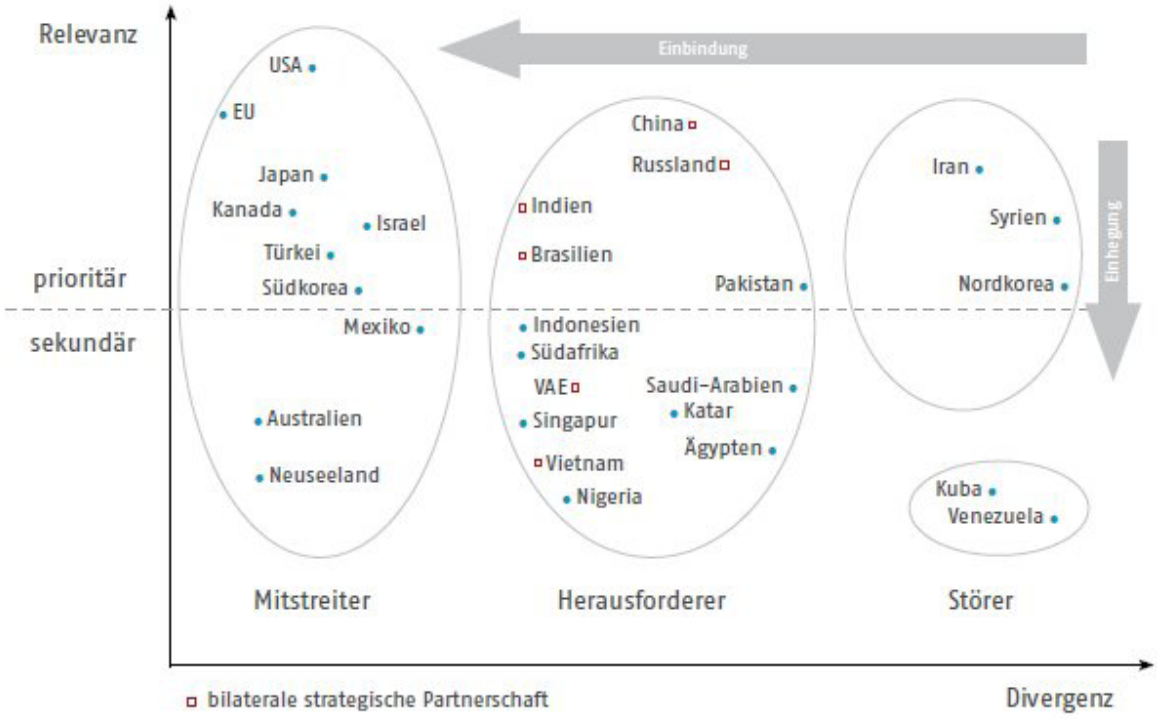
Bundespräsident Joachim Gauck bei seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2014. Quelle: Zwez, MSC

3.1 Neue Macht – Neue Verantwortung

Der Diskussionsprozess über einen radikalen Kurswechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik setzte nicht von ungefähr verstärkt nach der deutschen Weigerung ein, sich im Jahr 2011 am Krieg gegen Libyen zu beteiligen. Offensichtlich vor dem Hintergrund, dass sich eine derartige „Blamage" nicht wiederholen dürfe, wurde daraufhin das von der „Stiftung Wissenschaft und Politik" und dem „German Marshall Fund" geleitete Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung" ins Leben gerufen.[107] Es versammelte laut Eigenaussage zwischen November 2012 und September 2013 etwa 50 „außen- und sicherheitspolitische Fachleute aus Bundestag, Bundesregierung, Wissenschaft, Wirtschaft, Stiftungen, Denkfabriken, Medien und Nichtregierungsorganisationen." (S. 47) Der von ihnen erarbeitete und im September 2013 veröffentlichte gleichnamige Abschlussbericht „Neue Macht – Neue Verantwortung" enthielt dann bereits alle wesentlichen Kerngedanken bis hin zu wortgleichen Formulierungen der späteren Rede von Bundespräsident Joachim Gauck und gibt seither den Kurs für die neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor (siehe Kasten „Gauckismus – Nationalismus – Weltmacht").

Ausgangspunkt ist zunächst die Einschätzung, dass die engen Grenzen, die dem deutschen Agieren auf der Weltbühne in früheren Jahrzehnten gesetzt waren, heute in dieser Form nicht mehr existieren: „Der Bonner Republik fehlten sowohl das Gewicht als auch die Freiheit für eigenständige Politik gegenüber Partnern außerhalb des europäischen und transatlantischen Rahmens. Deutschlands gewachsene Kraft verleiht ihm heute neue Einflussmöglichkeiten. Auch das ist Anlass für eine Neuvermessung seiner internationalen Beziehungen." (S. 30) Außerdem wird bemängelt, dass diese sich bietende Gelegenheit bislang in keiner Weise nutzbringend ergriffen wurde: „Bisher hat Deutschland jedoch, zumindest im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft, seinem geopolitischen Gewicht und seinem internationalen Ansehen, eher selektiv und zögerlich Gestaltungsangebote gemacht oder Initiativen ergriffen. Noch ist Deutschland eine Gestaltungsmacht im Wartestand." (S. 9)

Dies zu ändern ist das wesentliche Anliegen, hierfür werde Deutschland künftig aber auch „eigene Interessen und Werte deutlich(er) artikulieren müssen." (S. 44) Was darunter konkret verstanden wird, verdeutlich folgende Passage: „Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muss es sich folglich für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln, die Deutschland zur Verfügung stehen, einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen. [...] Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von der Globalisierung und der friedlichen, offenen und freien



Deutschlands strategische Beziehungen

Partner, Herausforderer und Störer im Papier Neue Macht – Neue Verantwortung, S. 31, wobei seltsamerweise im Text zerfallen(d)e Staaten wie „Syrien, Somalia, Afghanistan oder Mali" als „Störer" eingestuft werden, in der Grafik jedoch nicht auftauchen. Wie die Ersteller des Dokumentes gedenken, mit „Störern" umzugehen, wird aus folgender Passage ersichtlich: „Da aber, wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen; wo sie internationale Grundnormen […] verletzen; wo sie Herrschaftsansprüche über Gemeinschaftsräume oder die kritische Infrastruktur der Globalisierung geltend machen oder gar diese angreifen; wo mit anderen Worten Kompromissangebote oder Streitschlichtung vergeblich sind: Da muss Deutschland bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können." (S. 17)

Weltordnung, die sie möglich macht. Gleichzeitig ist Deutschland aber auch besonders abhängig vom Funktionieren dieser Ordnung. Es ist damit auf besondere Weise verwundbar und anfällig für die Folgen von Störungen im System.“ (S. 38 und 3)

Für diese ambitionierten Bestrebungen gelten eine Reihe von Ländern, zuvorderst aber die USA als unverzichtbare Partner: „Bei den meisten zentralen Themen – Frieden und Sicherheit, regelbasierte globale Ordnung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, funktionierende Märkte, Energie- und Rohstoffsicherheit, Umwelt- und Klimaschutz, menschliche Entwicklung – zeigt ein Vergleich der deutschen Positionen mit denen bewährter europäischer und transatlantischer Partner weitgehende Übereinstimmung, trotz Abweichungen im Einzelfall. Der Kreis dieser engen Partner mit Gewicht und Gestaltungsmacht geht dabei über den ‚Westen‘ hinaus und umfasst in konzentrischen Ringen neben den EU-Mitgliedern (unentbehrliche Partner) und den NATO-Verbündeten USA, Kanada, Türkei (Schlüsselpartner) auch Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland, Mexiko und Israel (wichtige Partner). Die Pflege dieser bewährten Partnerschaften und eine Vertiefung bilateraler Beziehungen zu anderen gleichgesinnten Mitstreitern sollten für die deutsche Außenpolitik Vorrang haben, denn sie sind Kräfteverstärker: Sie erweitern den Spielraum, die Reichweite und die Legitimität deutscher Gestaltungskraft. Dies gilt insbesondere im Verhältnis zu den aufstrebenden Mächten in der Welt.“ (S. 32)

Wie später noch näher ausgeführt wird, sind die hier anklingenden „Bindemittel“ des westlichen Bündnisses eine wesentliche Ursache für die konkreten Konturen des sich aktuell abzeichnenden Neuen Kalten Krieges (siehe Kapitel 5.5). Darüber hinaus wird aber klar ersichtlich, dass die Autoren von „Neue Macht – Neue Verantwortung“ durchaus eine neue transatlantische Macht- und Arbeitsteilung im Blick haben, die mit dem Anspruch auf eine Aufwertung der bisherigen Rolle als Juniorpartner einhergeht: „Doch die USA signalisieren – im Bewusstsein geschrumpfter materieller Ressourcen – deutlich, dass Amerikas Engagement in der Welt künftig selektiver und sein Anspruch an Partner entsprechend höher sein wird. Vor allem für Europa und Deutschland bedeutet dies einen großen Zuwachs an Aufgaben und Verantwortung. [...] Auf der militärisch-operativen Ebene dagegen müssen die Europäer sich darauf einstellen, dass die USA nicht nur seltener eine Führungsrolle einnehmen, sondern sich überhaupt weniger an gemeinsamen Missionen beteiligen wollen. Europa und Deutschland müssen daher Formate für NATO-Operationen entwickeln, bei denen sie weniger auf US-Hilfe angewiesen sind. Das verlangt mehr militärischen Einsatz und mehr politische Führung.“ (S. 5 und 43)

Wo „Partner“ für die Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung existieren, gibt es auch „Herausforderer“ derselben. Als solche werden etwa Russland und China gezählt, mit denen es womöglich zu zunehmenden Konflikten kommen könnte: „Deshalb wird es in Deutschlands Beziehungen zu den neuen wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren der Welt unweigerlich auch zu Konkurrenz und Konflikten kommen: um Einfluss, um den Zugang zu Ressourcen, aber auch um die Architektur der internationalen Ordnung sowie um die Geltung der Normen, die ihr zugrunde liegen. [...] Manche Herausfordererstaaten könnten in diesem Prozess zu echten Partnern für Deutschland werden; vorstellbar ist aber auch, dass manche sich für die Konfrontation entscheiden.“ (S. 33)

Was die deutschen Präferenzen bzgl. der Europäischen Union und ihrer Ostpolitik anbelangt, lassen sich im Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ unter anderem folgende Passagen finden: „Erst die wirtschaftliche und politische Integration hat den Staaten Europas im Verbund das internationale Gewicht verliehen, das auch die Großen des Kontinents allein nicht mehr auf die Waagschale bringen. [...] Deutschland wird hier [in der EU] öfter und entschiedener führen müssen. [...] Bei Ländern in unmittelbarer EU-Nachbarschaft, sei es im Osten oder im Süden, ist das Interesse Deutschlands an deren innerer Entwicklung naturgemäß stärker ausgeprägt als im Fall ferner Staaten. [...] In Europas südlicher und östlicher Nachbarschaft muss die EU als Ordnungsmacht Stabilität und gute regionale Regierungsführung anstreben – und dabei nicht nur auf Regierungen zielen, sondern auf Zivilgesellschaften. [...] Deutsche Außenpolitik wird sich weiterhin der gesamten Palette der außenpolitischen Instrumente bedienen, von der Diplomatie über die Entwicklungs- und Kulturpolitik bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt.“ (S. 20, 35, 26 und 7)

Im Klartext – und dies deckt sich weitgehend mit der zuvor beschriebenen Praxis der EU-Expansionspolitik – lassen sich aus dieser Sicht also *erstens* machtpolitische Ambitionen Deutschlands nur im EU-Verbund durchsetzen; dabei muss Deutschland aber *zweitens* die Führungsrolle zukommen; *drittens* hat die Expansion in den Nachbarschaftsraum Priorität, wo es gilt, die Vorherrschaft zu erlangen; und schließlich kommt bei der Umsetzung dieser Begehrlichkeiten *viertens* ein breites zivil-militärisches Instrumentarium auf staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Ebene zum Einsatz, was auch immer in der jeweiligen Situation opportun erscheint.

3.2 Subversion und „Regime Change“ aus Deutschland

Der gesamte EU-Expansionsprozess ist nicht zuletzt ein Produkt deutscher Interessen, die über Brüssel durchgesetzt werden. Ganz generell ist es Berlin gelungen, sich weitgehende Einflussmöglichkeiten auf die EU-Politik zu sichern. Denn dort, wo „Brüssel“ auf der Verpackung steht, verbirgt sich in Wahrheit bereits häufig „Berlin“: „Brüssel wird heute stärker von deutschen Interessen und Strategien geprägt denn je. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat Deutschland die Schlüsselposten in den EU-Institutionen erobert und Strukturen geprägt, die auch die selbstbewusste Juncker-Kommission binden. Europa spricht heute nicht nur deutsch, wie CDU-General Volker Kauder schon 2011 proklamierte. Es denkt und handelt mittlerweile auch deutsch, nach in Deutschland geprägten Modellen und Regeln. [...] Insgesamt hat es die Bundesregierung verstanden, sich in den EU-Institutionen eine zentrale Rolle zu sichern. Die alte Klage über einen ‘pro-französischen Bias’ in Brüssel hat sich erledigt; die deutsche Personalpolitik hat ganze Arbeit geleistet. Fast alle strategisch wichtigen Positionen werden heute von Deutschen besetzt, was verständlicherweise nicht überall auf Begeisterung stößt. Der britische ‘Economist’ machte sich über die ‘teutonische Union’ lustig und die französische ‘Libération’ warf Merkel vor, im Alleingang das ‘Casting’ zu bestimmen.“[108]

Gauckismus – Nationalismus – Weltmacht

Bereits kurz nach seinem Amtsantritt fiel Bundespräsident Joachim Gauck sehr unangenehm mit seinen Ausführungen während seines Antrittsbesuchs bei der Bundeswehr am 12. Juni 2012 auf, die das Magazin die Zeit folgendermaßen bezeichnete: „Die Rede, auf die die Bundeswehr gewartet hat“. Vor allem der nationalchauvinistische Ton, den der Bundespräsident anschlug, war schockierend: „Manche verwechseln dabei aber Freiheit mit Gedankenlosigkeit, Gleichgültigkeit oder auch Hedonismus. […] Diese Bereitschaft zur Hingabe ist selten geworden in Zeiten, da jeder für sich selbst Verantwortung zu übernehmen hat – und zu viele meinen, damit schon genug Verantwortung zu tragen. Hier, in der Bundeswehr, treffe ich überall auf Menschen mit der Bereitschaft, sich für etwas einzusetzen – gewissermaßen treffe ich auf ‚Mut-Bürger in Uniform‘! […] Ihr Werbespruch ‚Wir. Dienen. Deutschland.‘ trifft es auf den Punkt [...]. Er trifft, nicht allein, was das ‚dienen‘ betrifft. Er lässt eben auch einen Patriotismus aufscheinen, der sich – frei nach Johannes Rau – darin zeigt, dass man sein Heimatland liebt, die Heimatländer der anderen darum aber nicht verachten muss.“

Protest bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014.
Quelle: Wolfgang Smuda

Wie eng sich Gauck außerdem den Kerngedanken des Projekts Neue Macht – Neue Verantwortung und den darin zum Ausdruck kommenden Machtambitionen verbunden fühlt, wurde bereits in seiner Rede zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 2013 deutlich. Dies ist auch nicht verwunderlich, denn auch personell war hier eine direkte Verbindung zwischen dem Bundespräsidenten und dem „Verantwortungsprojekt“ gegeben. So war Thomas Kleine-Brockhoff als Direktor des German Marshall Fund eng in Neue Macht – Neue Verantwortung involviert, bevor er im Sommer 2013 von Joachim Gauck als neuer Leiter der Stabsstelle Planung und Reden verpflichtet wurde.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich, dass die viel beachtete Rede des Bundespräsidenten bei der Sicherheitskonferenz Anfang 2014 nahezu alle Kerngedanken von Neue Macht – Neue Verantwortung aufgreift: „Die Beschwörung des Altbekannten wird künftig nicht ausreichen! Die Kernfrage lautet doch: Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderungen im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen? Reagiert es seinem Gewicht entsprechend? […] Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen. […] Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. […] Deutschland ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten. Somit profitiert Deutschland besonders von der offenen Ordnung der Welt. Und es ist anfällig für Störungen im System. Eben deshalb können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender. […] Ich muss wohl sehen, dass es bei uns – neben aufrichtigen Pazifisten – jene gibt, die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken. […] So kann dann aus Zurückhaltung so etwas wie Selbstprivilegierung entstehen, und wenn das so ist, werde ich es immer kritisieren.“

Etwas überspitzt formuliert: In Brüssel fällt kaum ein Stein um, wenn dies von der Bundesregierung nicht gewünscht wird. Dies wird auch und gerade anhand der ausführlichen Dokumentation des Spiegels über den Verhandlungsprozess um das Assoziationsabkommen mit der Ukraine ersichtlich, bei dem Deutschland eine der, wenn nicht die wesentliche Triebfeder war.[109] So war es, wie bereits beschrieben, vor allem die deutsche Position, die einen Kompromiss mit Russland ablehnte und darauf drängte, eine Grundsatzentscheidung zugunsten der Europäischen Union herbeizuführen. „Insbesondere die deutschen Interessen, wenngleich sie durchaus widersprüchlich und keinesfalls mit US-Interessen identisch sind, haben eigenständig zu einer aggressiven Ostpolitik getrieben. Es ist kein Zufall, dass der Ukraine-Konflikt sich nicht an – zum Beispiel – US-amerikanischen NATO-Erweiterungsplänen entzündete, sondern an der Frage, ob und, wenn ja, wie die Ukraine sich der deutsch dominierten EU assoziieren solle. Die deutsch-europäische Weigerung, die Frage unter Einbeziehung aller Betroffenen, also auch Russlands zu lösen, stand am Ursprung der Konflikteskalation.“[110]

Gleichzeitig wurde auch Sorge getragen, „handlungsfähig“ zu sein, für den Fall, dass die Einverleibung der Ukraine, wie dann auch geschehen, scheitern sollte. Denn nicht nur die USA, von denen bekannt wurde, dass sie allein in die Ukraine 5 Mrd. Dollar für „Frieden und Demokratie“ – sprich: für die Umsetzung ihrer Interessen – investiert hatten[111], auch die EU und damit auch insbesondere Deutschland war hier alles andere als untätig. Ganz grundsätzlich versucht die EU naturgemäß in ihrer Nachbarschaft möglichst wenig dem Zufall zu überlassen und die „Geschicke“ dort in ihrem Sinne zu beeinflus-

sen. Dies gilt auch und besonders für die Projekte in der Ukraine, die anschaulich demonstrieren, dass imperialistische Politik lange vor der Entsendung von Kanonenbooten ihren Anfang nimmt. Hier spielt einmal das bereits erwähnte „Europäische Nachbarschaftsinstrument“ eine wichtige Rolle, aus dem zwischen 2007 und 2013 fast 1 Mrd. Euro ins Land flossen. Der Großteil davon war dafür bestimmt, die ukrainische Verwaltung „fit“ für die Implementierung des Assoziationsabkommens in nationale Gesetzgebung zu machen und sich einen pro-europäischen Beamtenapparat aufzubauen.[112]

Dreistellige Millionenbeträge wurden seitens der EU zudem an – pro-westliche – zivilgesellschaftliche Gruppen weitergeleitet, wobei noch einmal deutlich mehr Gelder bilateral von den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten vergeben wurden.[113] Aus einem Artikel der Ukraine-Analysen, der die verschiedenen „Interaktionsmuster“ der EU mit der ukrainischen Zivilgesellschaft beschreibt, wird ersichtlich, wie umfassend über diese Förderung auf die Innenpolitik Einfluss genommen werden kann (und wohl auch soll): „Erstens hat die EU Vertreter der ukrainischen Zivilgesellschaft in einen Dialog eingebunden. [...] Zweitens dient die EU der ukrainischen Zivilgesellschaft als Orientierungspunkt und Bezugsrahmen. Sie stärkt die Zivilgesellschaft implizit, indem sie Reformen einfordert und Standards setzt. [...] Die Gruppe »Wir sind Europäer« ist dafür ein interessantes Beispiel. Dieser inoffizielle Zusammenschluss umfasst junge Berufsanfänger aus unterschiedlichen Disziplinen, die auf Facebook verschiedene Themen mit EU-Bezug diskutieren und von Zeit zu Zeit öffentliche Anfragen starten und Aktionen durchführen. Als die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine im Jahr 2011 in eine Sackgasse gerieten und das Abkommen wegen bestehender Demokratiedefizite nicht unterzeichnet werden konnte, setzten mehr und mehr NGOs ihre Kapazitäten dafür ein, dass die Ukraine diese wichtige Chance nicht endgültig verpasst. Zwar geschieht dies bisher meist in Form öffentlicher Anfragen, doch die Anzeichen häufen sich, dass sich eine Form systematischeren Drucks auf politische Entscheidungsträger entwickelt. Drittens schließlich unterstützt die EU die ukrainische Zivilgesellschaft durch direkte finanzielle Mittel. Da in diesem Bereich viele unterschiedliche Instrumente zur Verfügung stehen.“[114]

Zudem drängt sich der Eindruck auf, dass die EU und die bilateralen Geldgeber die Agenda der ukrainischen Zivilgesellschaft nicht nur beeinflusst haben, sondern dass sie von ihnen faktisch gesetzt wurde: „So können auch Projekte mit politischer Agenda in der Ukraine finanziert werden. Die ausländischen Gelder haben viele Projekte möglich gemacht, die sonst nicht hätten durchgeführt werden können. Allerdings haben sie auch die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft in gewissem Sinne verzerrt. Zahlreiche Beobachter weisen darauf hin, dass viele NGOs, die durch ausländische Quellen finanziert werden, sich mit der Zeit immer stärker auf die Geldgeber orientieren und die Rückkopplung an die ukrainische Gesellschaft verlieren. Außerdem sind einige NGOs hauptsächlich deswegen entstanden, um Zugang zu westlichen Geldern zu erhalten. Im Endeffekt bildet sich eine NGO-Elite, die auf die Hauptstadt fokussiert ist und eine Agenda entwickelt, die weitgehend losgelöst ist von der Problematik in anderen Landesteilen.“[115]

Ein wesentlicher Akteur in diesem Zusammenhang sind die jeweiligen politischen Stiftungen, wobei in der Ukraine die „Konrad-Adenauer-Stiftung“ der CDU besonders schillernd hervorsticht. So wurde ihr Büroleiter in Kiew, Nico Lange, bereits im Jahr 2010 wegen angeblicher Subversionstätigkeit von der ukrainischen Regierung in den Knast gesteckt. Erst nach Intervention höchster deutscher Regierungsstellen wurde er wieder freigelassen. Der damalige Bericht der FAZ beschreibt die Hintergründe des Vorgangs folgendermaßen: „Nico Lange, Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine, wurde unversehens auf dem Kiewer Flughafen Boryspil verhaftet. [...] Lange ist ein profilierter Kritiker der neuen ukrainischen Führung unter dem russlandfreundlichen Präsidenten Janukowitsch. Er hatte [...] versucht, die zersplitterte westlich orientierte Opposition an einen Tisch zu bringen – eine für die Konrad-Adenauer-Stiftung natürliche Aufgabe, da mehrere Parteien dieses Spektrums [...] der Europäischen Volkspartei (EVP), zu der auch die deutschen Unionsparteien gehören, als Beobachter verbunden sind.“[116]

Verbunden fühlen sich EVP bzw. CDU insbesondere der Partei „Udar“ („Schlag“) des ehemaligen Boxweltmeisters Witali Klitschko, die Berichten zufolge von der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ ins Leben gerufen wurde: „Wegen seines Erfolges wurde die Konrad-Adenauer-Stiftung auf ihn aufmerksam; wie der CDU-Politiker Werner Jostmeier berichtet, hat die CDU-nahe Stiftung Klitschko vor geraumer Zeit ‚damit beauftragt‘, ‚in der Ukraine eine christlich-konservative Partei unterstützend mit auf die Beine zu stellen und zu etablieren.‘“[117] Hierfür soll die Stiftung laut Spiegel „Schulungen für Udar-Parlamentarier und deren Mitarbeiter“ durchgeführt haben.[118] Klitschko selbst bedankte sich bei der Adenauer-Stiftung mit den Worten, sie sei für seine „im Aufbau befindliche [...] Partei eine große Hilfe gewesen. [...] Wir hatten viele Fragen und haben hier Antworten gefunden.“[119]

Auch die EVP-Fraktion im EU-Parlament machte sich um Udar „verdient“, wie wiederum der Spiegel berichtet: „Klitschkos junge Partei ‚Udar‘ ist seit kurzem beobachtendes Mitglied der konservativen EVP-Parteienfamilie. EVP-Büros in Brüssel und Budapest schulen Udar-Personal für die parlamentarische Arbeit, unterstützen beim Aufbau einer landesweiten Parteistruktur.“[120] Während Klitschko in Deutschland als „Fackelträger des demokratischen Widerstands“ u.a. bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 herumgereicht wurde[121], bereiste gleichzeitig ein westlicher Politiker nach dem anderen die Ukraine, um seine Solidarität mit den Protesten lautstark zum Ausdruck zu bringen. Aus Deutschland war das neben zahlreichen anderen auch Elmar Brok (CDU/EVP), der einflussreiche Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments. Er hatte Klitschko lobend als „außerordentlich klugen und zunehmend politisch erfahrenen Gesprächspartner“ bezeichnet, der „eindeutig den westlichen Werten zugeneigt“ sei.[122] Noch mitten während der Proteste, schrieb er sich frank und frei von der Seele, wie er sich denn den Machtwechsel in der Ukraine genau vorstellte: „Wir erleben Demonstrationen der Opposition, wie es sie auch schon bei der orangenen Revolution 2004 gegeben hat. Die Bürgerinnen und Bürger protestieren gegen Manipulationen der Regierung Janukowitsch und wollen verhindern, dass das Angebot der Europäischen Union eines Assoziierungs- und Freihandelsabkommens gegen

ihren Willen ausgeschlagen wird. [...] Die Ukraine braucht Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Dem Präsidenten fehlt dazu der Mut, er scheut davor zurück, Russland entgegenzutreten. [...] Den besten Dienst würde er seinem Land erweisen, wenn er jetzt den Weg für Neuwahlen freimachen würde. [...] Vitali Klitschko hat das Zeug, bei der nächsten Wahl spätestens 2015 Staatspräsident der Ukraine zu werden."[123]

Augenscheinlich hatte sich Janukowitsch mit seiner Weigerung, das vor allem deutscherseits vorangetriebene Assoziationsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, mächtige Feinde gemacht, die fortan auf seinen Sturz hinarbeiteten. In schockierender Offenheit hieß es im Spiegel unmittelbar nach der Ablehnung des Abkommens zu den Zielen der deutschen Ukraine-Politik: „'Die Tür für die Ukraine bleibt offen', betonte Merkel nach der Pleite mehrfach. Man sei weiterhin gesprächsbereit. Das klang nach mühsamer Gesichtswahrung, wie sie nach Niederlagen üblich ist. Aber es heißt auch: Die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Und die Kanzlerin will vor der nächsten Runde eine neue Figur ins Spiel bringen: Vitali Klitschko. Der zwei Meter große Profiboxer soll zum proeuropäischen Gegner des russlandorientierten Janukowitsch aufgebaut werden - und am Ende das Abkommen mit den Europäern doch noch unterschreiben. 'Regime Change' wäre als Begriff wohl zu hoch gegriffen, aber ein bisschen geht es doch darum: Merkels CDU und die europäische konservative Parteienfamilie EVP haben Klitschko auserkoren, das ukrainische Nein von innen aufzuweichen. Er soll die Opposition einen und anführen, auf der Straße, im Parlament und schließlich bei der Präsidentenwahl 2015. 'Klitschko ist unser Mann', heißt es in hohen EVP-Kreisen. 'Der hat eine klar europäische Agenda' - und Merkel noch eine Rechnung offen mit Putin."[124]

3.3 Innerwestliche Spannungen und deutsche Interessen

Als die Janukowitsch-Regierung im November 2013 entschied, das Assoziationsabkommen abzulehnen, war also auf verschiedensten Ebenen der Nährboden für die unmittelbar danach einsetzenden Maidan-Proteste bereitet. Auch wenn es sicher eine Reihe guter Gründe gab, gegen die hochgradig korrupte Janukowitsch-Regierung auf die Straße zu gehen, gelang es so, diese Proteste in relativ kurzer Zeit zu kapern und in die gewünschte pro-europäische Bahn zu lenken (bei gleichzeitiger Komplettverdrängung linker Akteure). Das rasch gebildete Dreierbündnis, das schließlich die Führung der Proteste übernahm, setzte sich dann neben der faschistischen „Swoboda" und der (damals) den USA zugeneigten „Vaterland" auch aus „Udar" zusammen.

Nachdem die Proteste immer weiter eskalierten (siehe Kapitel 4.1) kam es am 21. Februar 2014 zum Abschluss eines Vertrages, zwischen Janukowitsch und den drei Oppositionsvertretern Klitschko, Jazenjuk und Tjagnibok, der – eigentlich – eine Deeskalation hätte gewährleisten sollen. Um der Vereinbarung zusätzliches Gewicht zu verleihen, wurde sie ebenfalls von den Außenministern Deutschlands (Steinmeier), Frankreichs (Fabius) und Polens (Sikorski) unterschrieben. Sie sah vor allem die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit sowie vorgezogene Präsidentschaftswahlen bis spätestens Dezember 2014 vor. Der somit ausgehandelte Fahrplan für einen „geregelten" Machtwechsel wurde umgehend als Erfolg der deutschen Krisendiplomatie gefeiert, die sich – vermeintlich – gegenüber dem aggressiveren Ansatz der USA durchgesetzt habe. So schrieb Klaus-Dieter Frankenberger unter dem Titel „Deutschland hat Verantwortung übernommen" in der FAZ: „Ohne die beharrliche Überzeugungsarbeit der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens hätten sich Führung und Opposition in der Ukraine wohl nicht verständigt. Das können sich auch die Amerikaner merken."[125]

Doch da wurde anscheinend die Rechnung ohne einige Wirte vor allem in den USA, aber auch in der Ukraine gemacht. Zweifelsfrei kann dies bis heute nicht belegt werden, aber es spricht einiges dafür, dass Washington seinen beträchtlichen Einfluss auf die Oppositionsparteien geltend machte, um diesen Kompromiss zu kippen. So hieß es im Ticker der Tagesschau am 21. Februar um 21h53: „Vieles deutete in der Ukraine auf eine friedliche Lösung hin – doch die Vereinbarung zwischen Regierung und Opposition gefällt den Massen auf dem Maidan nicht. Sie fordern weiter den Rücktritt des Präsidenten – und drohen weiter mit Gewalt."[126] Angesichts der Ankündigung, nach Ablauf eines Ultimatums das Parlament zu stürmen, floh Janukowitsch noch in derselben Nacht zuerst nach Doneszk und dann ganz aus dem Land.

Es lässt sich als festhalten, dass Deutschland in der Ukraine eine aktive Politik zur Durchsetzung der eigenen Interessen verfolgte und dabei sogar so weit ging, einen gewaltsamen Putsch zu unterstützten, der zu einer substanziellen Beteiligung faschistischer Kräfte an der „Übergangsregierung" führte (siehe Kasten „Braune Revolution"). Gleichzeitig wurde auch überdeutlich, dass trotz großer Überschneidungen mit den USA auch eindeutige Interessensunterschiede existieren. Im Kern ging es dabei zuerst einmal darum, ob in der Ukraine künftig ein pro-amerikanischer (Timoschenko oder jemand aus ihrer Partei) oder ein pro-deutscher (Klitschko) Präsident das Sagen haben würde. Wie ruppig es dabei hinter den Kulissen zur Sache ging, wurde vor allem über das abgehörte und ins Internet gestellte „Fuck-the-EU-Telefonat" der im US-Außenministerium für Europafragen zuständigen Abteilungsleiterin Victoria Nuland bekannt: „Eine amerikanische Top-Diplomatin äußert sich abfällig über Brüssel. Die Kanzlerin nennt das absolut inakzeptabel – der Graben zwischen Berlin und Washington wächst."[127]

Was die deutsche Seite an dem Telefonat aber wirklich empörte, war nicht die etwas undiplomatische Wortwahl, sondern dass aus ihm klar hervorging, dass die USA augenscheinlich keinerlei Absicht hatten, den mit viel deutschem Geld und Know-how aufgepäppelten ehemaligen Box-Weltmeister Vitali Klitschko eine prominente Rolle übernehmen zu lassen: „Die US-Verantwortlichen schienen nicht begeistert von der Idee zu sein, dass Klitschko stellvertretender Ministerpräsident werden könnte. 'Die Klitschko-Sache ist offenkundig das komplizierte Elektron hier', ist [der US-Botschafter in der Ukraine] Pyatt zu hören. Der Boxweltmeister sollte das Amt nicht antreten und 'seine politischen Hausaufgaben' machen. Auch Nuland äußert sich skeptisch über eine Regierungsbeteiligung von Klitschko: 'Ich glaube nicht, dass das notwendig und eine gute Idee ist.'"[128]

Wie heftig hier das Gerangel zwischen Deutschland und den USA war, zeigt ein zweites, am 31. Januar 2014 abgehörtes und ebenfalls im Internet veröffentlichtes Tel-

efonat. In ihm beschwert sich die stellvertretende Generalsekretärin für politische Fragen des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Helga Schmid, gegenüber dem EU-Botschafter in der Ukraine, Jan Tombinski, lautstark über den amerikanischen „Verbündeten“: „Ich wollte Dir nur eine Sache noch vertraulich sagen. Die Amerikaner gehen ein bisschen rum und erzählen, dass wir zu weich sind, was Sanktionen angeht. [...] Was mich sehr ärgert ist, dass die Amerikaner rumgehen und die EU an den Pranger stellen und sagen, wir wären da zu soft. [...] Ich will Dir das nur sagen, dass Du vielleicht mit dem amerikanischen Botschafter auch sprichst und ihm sagst, wir sind überhaupt nicht soft. [...] Es ärgert mich, wenn die Presse jetzt berichtet, die EU ist nicht auf der Seite der Freiheit. [...] Es soll hier nicht um ein Wettrennen gehen, aber es ist wirklich sehr unfair, wenn sie das hier verbreiten.“[129]

Die Ursachen für diese Reibereien liegen allerdings nicht allein darin, dass sich beide Seiten ein möglichst großes Stück vom ukrainischen Kuchen einverleiben wollen. Die US-Vorbehalte gegenüber einem deutschen Potentaten haben – zumindest aus ihrer dezidiert russlandfeindlichen Sicht – durchaus eine materielle Basis. Washington sorgt sich darüber, dass die teils engen wirtschaftlichen Kontakte nach Russland eine (noch) härtere Linie Berlins verhindern und Teile seiner Industrie mäßigend einwirken könnten.[130] Dies wurde auch in der Folgezeit deutlich, als etwa in der Frage möglicher Waffenlieferungen deutliche Unterschiede zwischen der US-Position und der – etwas – moderateren Haltung der Bundesregierung zu Tage traten.

Die hieraus ableitbare deutsche Interessenskonstellation ergibt sich damit a) aus dem Bestreben der periphere Eingliederung möglichst großer Teile des vormaligen Ostblocks in die von Berlin dominierte Europäische Union; dabei besteht offensichtlich b) die Bereitschaft, unter Verwendung knallharter Subversionspolitik auch dezidiert gegen zentrale russische Interessen zu agieren; wobei dies c) unter dem Vorbehalt steht, es unter anderem aufgrund des beachtlichen Handelsvolumens mit Russland nicht zu einer Totaleskalation kommen zu lassen. So schreibt der private Nachrichtendienst Strategic Forecast: „Die deutsche Strategie ist in sich widersprüchlich. In der Ukraine unterstützte Deutschland früh die Demonstrationen, die zur gegenwärtigen Regierung geführt haben. Sie haben aber nicht mit der russischen und der amerikanischen Reaktion gerechnet, und sie wollen [sich] nicht an einer militärischen Reaktion auf Russland beteiligen. Gleichzeitig will Deutschland in seiner Unterstützung der Regierung in Kiew nicht nachlassen.“[131]

Ganz offensichtlich verfolgen die USA in a) und b) dieselben Ziele, setzen aber gleichzeitig auf jene Totaleskalation, die man von deutscher Seite aus eher verhindert sehen würde. Jedenfalls endeten die Streitereien im Vorfeld des Putsches schließlich mit einem Punktsieg für die USA. Nach dem Austritt von über 70 Mitgliedern der bis dahin regierenden „Partei der Regionen“ wechselte diese in die Opposition und das Parlament erklärte Janukowitsch noch am 22. Februar 2014 für abgesetzt. Umgehend wurde eine „Übergangsregierung“ gebildet, an deren Spitze am 23. Februar Alexander Turtschinow als Interimspräsident und am 26. Februar Arseni Jazenjuk als Ministerpräsident, zwei Vertreter der damals den USA nahestenden Timoschenko-Partei installiert wurden. Auch rechtsradikale Kräfte wurden für ihre Dienste mit mehreren Kabinettsposten „belohnt“ – ohne sie wäre der Umsturz wohl nicht möglich gewesen –, während die Partei Klitschkos, Udar, komplett außen vor blieb: „Timoschenkos Partei hat die Kontrolle, auch die Nationalisten haben sich wichtige Posten gesichert. Klitschkos Partei ist in der Regierung nicht vertreten“, fasste Zeit Online die feindliche Übernahme zusammen.[132]

Auch wenn es sich hier nicht um Beweise handelt, so sind dies doch starke Hinweise, welche Kräfte wohl hinter der Ablehnung des Kompromisses vom 21. Februar 2014 standen. Während Deutschland, Frankreich und sogar Polen augenscheinlich auf einen geregelten Machtübergang gesetzt hatten, hatten die USA und ihre Verbündeten in

Krieg gegen den Willen der Bevölkerung

Umfrageergebnisse zeigen: Die Kluft zwischen öffentlicher Meinung und den „Gauckisten“, die auf eine aggressivere deutsche Weltmachtpolitik drängen, könnte kaum größer sein – und wohl genau aus diesem Grund setzte, insbesondere seit Ausbruch der Ukraine-Krise, hierzulande eine Propagandaoffensive ein, die zum Ziel hat, die deutsche Bevölkerung buchstäblich sturmreif zu schießen. Doch die ist weiterhin alles andere als überzeugt vom „Gauckismus“, wie klar aus den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage vom April und Mai 2014 hervorgeht: „Verglichen mit den Ergebnissen einer ähnlichen Untersuchung der amerikanischen Rand-Corporation aus dem Jahr 1994 haben sich die Verhältnisse umgekehrt. Damals plädierten 62 Prozent für ein größeres deutsches Engagement. Heute sind es noch 37 Prozent. Damit wird klar: Eine deutliche Mehrheit steht den Plädoyers von Bundespräsident Joachim Gauck, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Steinmeier, Deutschland möge sich weltweit mehr engagieren, erst mal skeptisch gegenüber.“ (Süddeutsche Zeitung, 20.5.2014) Ungeachtet aller Versuche, die „Logik“ dieser Politik zu vermitteln, ist die die Zustimmung für den Gauckismus bei einer Umfrage im Februar 2015 weiter auf nunmehr 34% gesunken (Munich Security Report 2015, S. 11).

Dasselbe Phänomen zeigt sich bei Umfragen zur konkreten Politik gegenüber Russland und der Ukraine. Auch sie offenbaren deutliche Unterschiede zwischen Politik und Bevölkerung und eine zunehmende Skepsis gegenüber dem Agieren der Bundesregierung. So hätten einer Umfrage von Infratest Dimap zufolge auf die Frage „Die EU sollte Russland entschiedener als bisher entgegentreten?“ im August 2014 noch 62% der Befragten zugestimmt, im Februar 2015 waren es dann „nur“ noch 55%. Die Aussage „Ich kann nachvollziehen, dass sich Russland vom Westen bedroht sieht“ bejahten im August 2014 noch 40%, im Februar 2015 waren es 48%. Eindeutig wurde die Frage nach einer „Stärkeren NATO-Präsenz in Osteuropa?“ beantwortet: Im Februar 2015 sprachen sich 75% dagegen aus (Juni 2014: 69%), nur 21% befürworten dies (Juni 2014: 26%). Noch klarer ist die Ablehnung amerikanischer Waffenlieferungen, die 89% der Befragten lag (Ukraine-Analysen Nr. 148/2015).

der Ukraine vor, die Kontrolle sofort an sich zu reißen – und die Zusammensetzung der „Interimsregierung“ ist ein mehr als deutlicher Hinweis, wer sich in dieser Frage durchgesetzt hatte.

Trotz dieses Schönheitsfehlers kämpft Deutschland seither in der Ukraine-Frage buchstäblich an vorderster Front – diplomatisch, aber auch wirtschaftlich und sogar militärisch. Vor diesem Hintergrund ist es – leider – nachvollziehbar, dass die „Operation-Ukraine“ im Großen und Ganzen als überaus „erfolgreicher“ Praxistest der neuen deutschen Weltmachtambitionen gewertet wird: „Besonders die Ukraine-Krise sorgte dafür, dass die Gauck-Rede am 31. Januar 2014 nicht als singuläres Ereignis, sondern als gedanklicher Unterbau eines neuen Politikansatzes empfunden wurde. [...] Spätestens seit dem EU-Gipfel in Vilnius Ende November 2013 hatte Berlin in enger Abstimmung mit der EU eine Führungsrolle bei der Vermittlung zwischen Russland, der Ukraine und den anderen Ländern der östlichen Partnerschaft gespielt.“[133]

Nicht weniger zufrieden bilanziert auch der „Reader Sicherheitspolitik“ des Verteidigungsministeriums: „Die führende Rolle innerhalb des Westens hinsichtlich Sanktionspolitik und diplomatischer Vermittlung übernehmen die europäischen Verbündeten der NATO, allen voran Deutschland. Nirgends äußern sich die gravierenden Veränderungen im west-östlichen Machtgefüge deutlicher als darin, dass das vereinigte Deutschland vom Kernbetroffenen des Ost-West-Konflikts als geteiltem Land und sicherem Kriegsschauplatz im Falle einer militärischen Eskalation zwischen Warschauer Pakt und NATO zu einem der Hauptakteure der gegenwärtigen Russland-NATO-Krise geworden ist.“[134]

Maidan: Umstrittene Todesschüsse

Für die zahlreichen Menschen, die im Februar 2014 während der Maidan-Proteste Scharfschützen zum Opfer gefallen waren, wird bis heute im Westen ausschließlich die sich damals an der Macht befindliche Janukowitsch-Regierung verantwortlich gemacht. Erste Zweifel an dieser offiziellen Version kamen bereits durch ein abgehörtes Telefonat zwischen Estlands Außenminister Urmas Paet und der damaligen EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton im März 2014 auf. Darin äußerte sich Paet kritisch darüber, dass die neue ukrainische Regierung kein Interesse an den Tag lege, die Todesschüsse während der Proteste in Kiew aufzuklären. Die Ursache liege wohl darin, dass es mehr und mehr Hinweise gebe, dass hinter den Mördern „nicht Janukowitsch, sondern jemand von der neuen Koalition“ stehe (Spiegel Online, 05.03.2014). Ziemlich genau ein Jahr später präsentierte der Europarat einen Bericht, der ebenfalls den „Ermittlungseifer“ der neuen Machthaber scharf kritisierte: „Zu wenig, zu langsam, nicht unabhängig: Der Europarat wirft ukrainischen Beamten vor, die Ermittlungen zu den vielen Toten auf dem Maidan vor einem Jahr zu verschleppen. […] Während der dreimonatigen Demonstrationen habe es ‚keinen wirklichen Versuch‘ gegeben, die Vorfälle aufzuklären, heißt es in einem Bericht, den drei vom Europarat ernannte Experten vorlegten.“ (Zeit, 31.03.2015)

Konkrete Hinweise, dass zumindest nicht alle Toten auf das Konto von Regierungseinheiten gingen, lieferte ein Monitor-Bericht, der sich auf ein „hochrangiges Mitglied des Ermittlerteams“ berief, auf abgehörte Funksprüche von Regierungseinheiten und auf Videoauswertungen: „Auf Videos ist außerdem zu erkennen, dass die Oppositionellen auf der Institutska-Straße nicht nur aus Richtung der Regierungsgebäude beschossen wurden, sondern auch vom Hotel ‚Ukraina‘, das in ihrem Rücken lag. […] Das Hotel, in dem auch zahlreiche Medienvertreter untergebracht waren, befand sich an jenem Tag fest in der Hand der Opposition.“ (Monitor, 10.04.2014) Am 12. Februar 2015 veröffentlichte die BBC dann einen Artikel, in dem ein anonymer Teilnehmer der Maidan-Proteste zu Wort kam, der als Scharfschütze agiert haben soll. Die russische Nachrichtenagentur Sputnik (13.02.2015) griff den Bericht auf und zitierte daraus: „‘Ich war einen Monat lang mit anderen Demonstranten auf dem Maidan‘, erzählte Sergej. ‚Am 19. Februar wurde ich mit einem Mann zusammengeführt, der mir eine 12mm-Schrotflinte und ein Saiga-Jagdgewehr anbot. Ich entschied mich für Saiga und versteckte die Waffe im Gebäude der Post.‘ Am frühen Morgen des 20. Februars bezog Sergej gemeinsam mit einem anderen Schützen im Konservatorium südwestlich des Maidan-Platzes Stellung. ‚Wir haben rund 20 Minuten auf die Polizisten geschossen‘, sagte der Mann der BBC. ‚Unsere Schüsse zwangen sie zum Rückzug.‘ Er habe auf die Füße der Polizisten gezielt.‘“

Maidan-Proteste. Quelle: Flickr/Mstyslav Chernov

Der kanadisch-ukrainischen Politikwissenschaftler Ivan Katchanovski von der Universität Ottowa kam zudem in einer umfangreichen Auswertung des zugänglichen Beweismaterials zu folgendem Ergebnis: „Alles deutet darauf hin, dass Elemente der Maidan-Opposition, und zwar rechtsradikale und oligarchische Parteien, in die Tötung von Demonstranten und Polizisten verwickelt waren. Dies geht aus vielfältigen Beweisen hervor – etwa Schützenpositionen in Maidan-kontrollierten Gebieten, den Flugbahnen der Geschosse abgeleitet aus ihren Einschlagslöchern, der Benutzung von AKMs und Jagdgewehren, ähnliche Wunden bei Polizisten und Demonstranten, der Funkkommunikation der Sicherheitskräfte sowie das Versagen der Maidan-Selbstverteidiger damals und der Regierung heute, die Schützen zu finden.“ (Telepolis, 14.12.2014)

Sicher, um glasklare Beweise handelt es sich auch hier nicht, aber es sind mehr als genug Indizien vorhanden, um Zweifel an der offiziellen Lesart aufkommen zu lassen. Dies ist umso bedenklicher, als die Ereignisse als wesentliche Rechtfertigung dafür herangezogen werden, dass der damalige Präsident Wiktor Janukowitsch unter Gewaltandrohung aus dem Land gejagt wurde.

4. Die Ukraine im Mehrfrontenkrieg

Trotz der nachvollziehbaren Motivation, sich der Oligarchenclique entledigen zu wollen, die seit vielen Jahren die Ukraine ausbeutet, wurden die Maidan-Proteste schnell von pro-westlichen und faschistischen Gruppen gekapert, die allesamt mit den ursprünglichen Zielen der Proteste herzlich wenig im Sinn haben. Dies mündete in einen unter Gewaltandrohung vollzogenen Putsch, in dessen Folge eine illegale Übergangsregierung an die Macht gebracht wurde, in der rechtsradikale Kräfte eine wesentliche Rolle spielten (Kapitel 4.1) Das schon bei der Bildung der „Übergangsregierung" beobachtbare Gerangel zwischen Deutschland und den USA, den jeweils „eigenen" Vertreter an die Macht zu bringen, setzte sich auch später bei der „geordneten" Machtübernahme über Wahlen fort. Dabei konnte Deutschland durch das Bündnis Poroschenko/Klitschko wieder an Boden gewinnen, wobei ungeachtet dessen zwischen diesen Lagern (und ihren westlichen Förderern) das grundlegende Ziel einer möglichst raschen „Westintegration" vollkommen außer Frage steht – und aus diesem Grund wurde diese auch bereits unmittelbar nach Machtübernahme auf den Weg gebracht (Kapitel 4.2). Parallel dazu eskalierte die Situation sowohl in der Ukraine selbst als auch im westlich-russischen Verhältnis nur kurze Zeit nach Installation der Putschregierung. Russland nahm dabei völkerrechtswidrig die Krim auf und unterstützt die pro-russischen Kräfte im Osten des Landes, während sich der Westen massiv hinter die Regierung in Kiew stellt (Kapitel 4.3). In krassem Gegensatz zu den ursprünglichen Forderungen der Maidan-Poteste wurde die Oligarchenherrschaft in der Ukraine nach dem Machtwechsel sogar noch gefestigt – lediglich einige Protagonisten wurden ausgetauscht. Ferner wurde das Land mit IWF-Kürzungsmaßnahmen überzogen, die vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten treffen. Aus diesem Grund wird ganz offen auch die Niederschlagung von Sozialprotesten vorbereitet – und zwar in der gesamten Ukraine (Kapitel 4.4). Und schließlich deutet sich inzwischen eine Spaltung des bislang herrschenden Lagers an, wobei nun auch noch Kämpfe zwischen rechtsradikalen Freiwilligenbataillons (und ihrem Hauptunterstützer, Igor Kolomoiski) und der Regierung drohen (Kapitel 4.5).

Somit finden derzeit in der Ukraine faktisch drei Kriege mit unterschiedlicher Intensität statt: Ein heißer zwischen Regierungslager und Aufständischen im Osten (sowie ihren jeweiligen auswärtigen Unterstützern); der zwischen den neuen Machthabern und der immer noch bettelarmen Bevölkerung; und schließlich der innerhalb des auseinanderbrechenden Lagers der Putschisten.

4.1 Vom Protest zum Putsch

Auch wenn die sogenannten Maidan-Proteste unmittelbar nach der Ablehnung des Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union ihren Anfang nahmen, deutet viel darauf hin, dass ihre Ursachen ganz woanders lagen: „Der sozial, ökonomisch und politisch katastrophale Zustand der Ukraine war der eigentliche Ausgangspunkt der Maidan-Bewegung."[135] So spielten die Forderungen nach einer Abschaffung der Oligarchenherrschaft und einer Verbesserung der Lebensbedingungen neben der dezidiert anti-russischen und pro-europäischen Stoßrichtung zunächst durchaus eine wichtige Rolle.

Allerdings wurden linke oder gewerkschaftliche Vertreter schnell und gründlich marginalisiert. So wird eine Aktivistin der linken Gruppe „Borotba" folgendermaßen zitiert: „Zu Beginn der Maidan-Proteste haben einige Mitglieder unserer Gruppe versucht, dort auch soziale Themen anzusprechen. [...] Unsere Leute waren dort mit Gewerkschaften unterwegs und verteilten Flugblätter, aber dann rief der Redner auf der Hauptbühne dazu auf, den Infostand anzugreifen, mehrere unserer Mitglieder wurden zusammengeschlagen, das Zelt zerstört. Danach haben wir nicht mehr versucht, uns an den Maidan-Protesten zu beteiligen. [...] Später haben dann die liberalen und rechten Parteien die Proteste unter ihre Kontrolle gebracht, wenn man mitmachen wollte, musste man sich deren Zielen unterordnen. Sie wollten offensichtlich eine Eskalation herbeiführen. Angesichts dieser Entwicklung haben wir dann begonnen, stattdessen Antikriegskundgebungen zu organisieren."[136]

Spätestens mit der bereits beschriebenen Kaperung der Proteste durch das Dreierbündnis aus Vaterland, Freiheit und Schlag Anfang Dezember 2013 veränderte sich der Charakter der Proteste grundlegend, wie der Osteuropa-Experte Reinhard Lauterbach beschreibt: „Mit der Übernahme durch die parlamentarische Opposition veränderte sich der Maidan in drei Richtungen. Er wurde *erstens* deutlich größer, weil jede dieser drei Parteien nun eigene Zeltstädchen errichtete und sie mit eigenem Personal bemannte. [...] *Zweitens:* der Maidan wurde international, indem ausländische Politiker [...] den Demonstranten ihre Reverenz erwiesen und so im innerukrainischen Machtkampf Partei ergriffen. [...] *Und drittens:* der Maidan professionalisierte sich. Die Aktivisten, die auf Dauer in den Zelten ausharrten, waren entweder regionale Anhänger der Oppositionsparteien [...] oder auch einfach nur für Tageshonorare plus Kost und Logis angeheuerte Arbeitslose."[137]

Nachdem die Proteste zwischenzeitlich deutlich abgeflaut waren, so seien Aufrufe zum Generalstreik weitgehend wirkungslos verhallt, gingen sie nach Einschätzung Lauterbachs ab dem 19. Januar 2014 in eine neue Phase, als es ausgehend von Vertretern des „Rechten Sektors" zu einer gewaltsamen Eskalation kam. Den Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen ab dem 18. Februar 2014 als durch den Beschuss von Scharfschützen zahlreiche Menschen auf beiden Seiten getötet wurden. Obwohl diese Eskalation – bis heute – im Westen ausschließlich der Janukowitsch-.Regierung angelastet wird, existieren eine Reihe von Indizien, dass zumindest ein Teil der Opfer auf das Konto der Oppositionskräfte – und hier wahrscheinlich auf das des „Rechten Sektors" – gehen (siehe Kasten „Umstrittene Todesschüsse").

Auf diese Eskalation folgte wie bereits beschrieben der Sturz Janukowitschs und die Etablierung einer Übergangsregierung. Damit war der Putsch in trockenen Tüchern, denn dass es sich um einen solchen gehandelt hat, ist rela-

tiv eindeutig: Für die Absetzung Janukowitschs hätte es mit einiger Wahrscheinlichkeit keine Mehrheit im Parlament gegeben, weshalb das legale Verfahren schlicht umgangen wurde: „Wie sieht ein solches Amtsenthebungsverfahren aus? Nach Artikel 111 der ukrainischen Verfassung bedarf es, um ein Amtsenthebungsverfahren in Gang zu bringen, als erstes einer Zweidrittelmehrheit im Parlament. Erst dann könne die vorgeschriebene Untersuchungskommission ihre Arbeit aufnehmen, was für die weiteren Überprüfungen u. a. auch die Ernennung eines Sonderstaatsanwalts und eines Ermittlers beinhalte, so der US-Dienst [Stratfor]. Die Schlussfolgerungen und Vorschläge der Kommission würden dann an das Parlament geschickt, wo sie diesmal sogar einer Dreiviertelmehrheit bedürfen. Diese Gesamtentscheidung müsse dann vom Verfassungsgericht der Ukraine als verfassungskonform genehmigt werden.“[138]

Es ist also durchaus nachvollziehbar, wenn Russland bis heute von einem illegalen Staatsstreich spricht. Dies hinderte allerdings die westlichen Staaten in keiner Weise daran, die „Übergangsregierung“ umgehend anzuerkennen. Auch die substanzielle Beteiligung faschistischer Kräfte stand dem augenscheinlich nicht im Wege. Selbst der ehemalige EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen kommentierte die Vorgänge deshalb mit folgenden Worten: „Was die jetzige Situation so schwierig macht und auch das Gespräch [mit Russland] so schwierig macht, hat ja eine Ursache auch in Kiew selber, nämlich die Tatsache, dass dort ein fataler Tabubruch begangen worden ist, dem wir auch noch applaudieren, der Tabubruch nämlich, zum ersten Mal in diesem Jahrhundert völkische Ideologen, richtige Faschisten in eine Regierung zu lassen, und das ist ein Schritt zu weit.“[139]

4.2 Westintegrationskonsens trotz Machtgerangel

Trotz der einstweiligen Niederlage, die Vitali Klitschko und seine deutschen Förderer mit der Zusammensetzung der Übergangsregierung erlitten hatten, warfen sie die Flinte nicht ins Korn. Deshalb kündigte der ehemalige Box-Weltmeister umgehend seine Absicht an, neben Julia Timoschenko, bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 ebenfalls antreten zu wollen. Dass Timoschenko hochgradig korrupt ist, ist schon lange bekannt, doch erst jetzt, vor dem Hintergrund der Konflikte mit den USA, entdeckten deutsche Medien ihre „Schwachstellen“: „So schnell kann’s gehen. Da hat man sich jahrelang von den deutschen Mainstreammedien eintrichtern lassen müssen, die inhaftierte ukrainische Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko sei ein unschuldiger Engel, und kaum kommt sie aus der Haft frei, da hört man das Gegenteil. Kritiker würfen ihr ‘dubiose Geschäfte’ vor und hielten sie für ‘opportunistisch und skrupellos’, hat das ZDF überraschend erfahren. Die Süddeutsche enthüllt, Timoschenko sei ‘als Teil einer dubiosen Wirtschafts- und Machtelite selbst belastet’. Die Welt hat gleich einen ganz schlimmen Verdacht: Timoschenko sei ‘wie Janukowitsch – nur hübscher und mit Zopf.’“[140]

Augenscheinlich gelangte Klitschko aber zu der Einsicht, er werde bei den Wahlen keine Chance haben. Aus diesem Grund warf er anschließend seinen Hut – und noch wichtiger, seinen Udar-Parteiapparat – hinter den Oligarchen Petro Poroschenko, der sich bei den Wahlen mit 54% zu 12% deutlich gegen Julia Timoschenko durchsetzte. Klitschko wiederum gewann die Bürgermeisterwahlen in Kiew und steht seither – zumindest wenn es nach der deutschen Presse geht – für größere Aufgaben zur Verfügung: „Gemeinsam mit seinem Verbündeten, dem wohl künftigen Präsidenten Petro Poroschenko, bildet der Zwei-Meter-Hüne ein schlagkräftiges Duo. Beobachter trauen dem einstigen Sportstar nach seinem überzeugenden Erfolg in der ukrainischen Hauptstadt eine glanzvolle Zukunft und noch höhere politische Ämter zu. Zumal Oligarch Poroschenko derzeit eher als ‘Übergangsfigur’ gilt.“[141]

Angesichts der so geschmiedeten Allianz mit dem neuen Präsidenten war Klitschko ursprünglich guter Dinge, bei den Parlamentswahlen am 26. Oktober 2014 als Spitzenkandidat des „Block Poroschenko“ zu obsiegen und damit Ministerpräsident zu werden. Dafür gab es auch allen Grund, schließlich verlor Julia Timoschenko immer weiter an Unterstützung und sein Block lag in den Umfragen lange deutlich vorne. Doch im September 2014 zogen zahlreiche Mitglieder von Timoschenkos Vaterlands-Partei (und mutmaßlich auch die USA) die Notbremse und gründeten die „Volksfront“ (“Narodni Front“) unter Führung von Arsenij Jazenjuk, dem Ministerpräsidenten der Putschregierung. Sie setzte sich schließlich knapp mit 22,14% gegenüber 21,81% des „Block Poroschenko“ durch. Verantwortlich hierfür war nicht zuletzt der „erfolgreiche“ Versuch, durch die Integration rechtsradikaler Kräfte Stimmen abzuschöpfen – wodurch sich übrigens die, besonders von Grünen gepflegte Mär desavouiert, die Stärke der faschistischen Kräfte sei stark übertrieben worden, was sich anhand des schlechten Abschneidens von Swoboda und Rechtem Sektor belegen lasse[142]: „Die neue Partei ‚Narodni Front‘ wurde durch eine extrem nationalistische, antirussische Wahlkampagne ganz offensichtlich zum Sammelbecken für die rechtsextremistischen, nationalistischen Wählerschichten (vor allem in der Westukraine) und entzog dadurch den extremen Parteien dieses Spektrums (‚Swoboda‘; ‚Rechter Sektor‘; ‚Graschdanska Posizija‘) ein wesentliches Stimmenpotenzial, so dass diese an der Fünf-Prozent-Sperrklausel scheiterten und formal nicht zu einer ‚Belastung‘ für die Regierungsparteien im Parlament werden.“[143]

Erneut musste sich Klitschko also mit einer Niederlage abfinden, doch trotz dieses Fingerhakelns zwischen ihm und Jazenjuk (und dahinter zwischen den USA und Deutschland) verbindet all diese Akteure das übergeordnete Bestreben, die Ukraine „in den Westen“ zu führen. Das wohl deutlichste Signal hierfür war die Unterzeichnung des politischen Teils des Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union am 21. März 2014 durch die Putschregierung. Am 27. Juni 2014 folgten dann auch die handelsrelevanten Passagen und damit die Unterzeichnung des gesamten Dokuments durch Petro Poroschenko, was in der westlichen Presse zu Recht als „Richtungsentscheidung“[144] für eine Westintegration des Landes interpretiert wurde. Mit den jüngsten Parlamentswahlen – an denen allerdings wesentliche Teile der Bevölkerung im Osten überhaupt nicht teilnahmen – scheint dieser Kurswechsel bis auf weiteres besiegelt zu sein: „In der neu gewählten Obersten Rada verfügt das Regierungslager nunmehr über eine ausreichende Mehrheit, um den politischen ‚Kurs der europäischen Orientierung‘ und der Abgrenzung von Russland fortzusetzen und verfassungsrechtlich abzusichern.“[145] Folgerichtig ebnete das Parlament im Dezember 2014 dann auch einer möglichen NATO-Mitgliedschaft

Ukraine: Braune Revolution

Allein was bei Wikipedia zu Swoboda, einer der drei die Maidan-Proteste anführenden Parteien zu finden ist, genügt, um zu verdeutlichen, wes Geistes Kind die Partei von Oleg Tjagnibok ist: „Im Mai 2013 stufte der Jüdische Weltkongress Swoboda als neonazistisch ein und forderte ein Verbot der Partei. Im selben Monat fand ein Besuch von Mandatsträgern der Swoboda bei der Fraktion der NPD im Sächsischen Landtag statt. […] Im Juli 2013 unterzeichneten 30 israelische Knesset-Abgeordnete einen offenen Brief, der an den EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz (SPD) gerichtet war. Darin warnten sie vor dem Antisemitismus und der Russenfeindlichkeit der Partei und kritisierten, dass die beiden größten Oppositionsparteien in der Ukraine mit ihr zusammenarbeiten. Im August 2013 erklärte die deutsche Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke, Swoboda werde als eine rechtspopulistische und nationalistische Partei, die zum Teil rechtsextreme Positionen vertrete, eingeschätzt." Dennoch hofierten hochrangige EU-Vertreter Tjagnibok teils regelrecht und trugen so zu dessen Legitimierung und zur Stärkung der Faschisten bei. So äußerte sich etwa der EU-Botschafter in der Ukraine, Jan Tombinski, im Dezember 2013 folgendermaßen: „Die Partei Swoboda hat zehn Prozent in den Wahlen gewonnen, sie unterstützt voll die Annäherung an die EU und ist daher ein gleichwertiger Partner." (Focus, Nr. 52/2013)

Der Grund für die Charmeoffensive gegenüber rechtsradikalen Kräften liegt auf der Hand: Ohne die Faschisten wäre der Sturz von Janukowitsch nicht möglich gewesen, wie ein Vertreter des „Rechten Sektors" („Pravy Sektor") im Interview mit Thilo Jung betont: „Wir sind eine Vereinigung von rechten Organisationen, die sich inmitten der Euromaidan-Revolution zusammengeschlossen haben, um das Janukowitsch-Regime zu bekämpfen, und dabei auch an der Frontlinie waren. Es ist hauptsächlich uns zu verdanken, dass dieses Regime fiel. […] Das Regime fiel nicht nur wegen uns, sondern auch wegen all dieser Menschen, die an diesen Straßenprotesten teilnahmen. Aber als es zum echten Kampf kam in dieser kriegsähnlichen Situation, in der es zum Waffengebrauch kam, da waren wir die Hauptkämpfer an der Frontlinie." (Jung & Naiv, 08.03.2014)

Zum Dank für ihre „Verdienste" wurden die Faschisten anschließend mit mehreren hochrangigen Posten in der ukrainischen „Übergangsregierung" und im Apparat belohnt. Zu Anfang waren u.a. folgende Personen an der Putschregierung beteiligt: Alexander Sych (Swoboda): Stellvertretender Ministerpräsident; Igor Tenjuk (vermutlich Swoboda): Verteidigungsminister; Andrej Parubiy (Swoboda): Sekretär des nationalen Rates der Sicherheits- und Verteidigungspolitik; Dmitro Jarosch (Rechter Sektor): Stellvertretender Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates; Sergej Kwit (Swoboda): Bildungsminister; Andrej Mokhnyk (Swoboda): Umweltminister; Igor Shwaika (Swoboda): Landwirtschafts- und Ernährungsminister; Oleg Machnizkij (Swoboda): Generalstaatsanwalt (Voltairenet.org, 06.03.2014).

Mitglieder des "Rechten Sektors". Quelle: Wikipedia

den Weg: „Die Ukraine hat mit einem Gesetz über das Ende ihres blockfreien Status den Weg für einen Nato-Beitritt frei gemacht. Die Abgeordneten des ukrainischen Parlaments stimmten erwartungsgemäß mit großer Mehrheit für ein von Präsident Petro Poroschenko eingebrachtes Gesetz über das Ende der Neutralität."[146]

4.3 Eskalationsspirale und die Rolle externer Großmächte

Wie bereits mehrfach erwähnt, fühlen sich wesentliche Teile der ukrainischen Bevölkerung eher zu Russland, denn zum Westen hingezogen oder wollen zumindest eine gewisse Äquidistanz gewahrt wissen. So sprachen sich einer Umfrage vom April 2014 zufolge im Südosten des Landes lediglich knapp 25% der Bevölkerung für eine Annäherung an die EU aus, während knapp 47% einen Beitritt zur Zollunion befürworteten.[147] Ein Jahr später ist zwar eine moderate Verschiebung „zugunsten" der pro-europäischen Position zu verzeichnen, sowohl im Süden als auch im Osten des Landes lehnt aber weiter die Mehrheit eine Westintegration ab.[148]

Gerade für diese Menschen war das als nahezu erste Amtshandlung nach der Machtübernahme vom ukrainischen Parlament bereits am 23. Februar 2014 beschlossene Änderungsgesetz, mit dem die russische Sprache, für viele Menschen in der Ukraine ihre Muttersprache, herabgestuft werden sollte, ein fatales Signal. Mit dem Gesetz wurde beabsichtigt, eine bisherige Regelung zu kippen, wonach dort, wo mindestens zehn Prozent der Bevölkerung eine andere Muttersprache als Ukrainisch sprechen, diese in lokalen Behörden offiziell benutzt werden durfte.[149] Auch wenn das Gesetz nach heftigen Protesten wieder einkassiert wurde, war das Kind damit bereits im Brunnen: viele Menschen sahen sich von den neuen Machthabern in Kiew nicht repräsentiert und der Widerstand formierte sich.

Im Laufe des März und April 2014 nahmen die Auseinandersetzungen an Schärfe zu und die Volksrepubliken Doneszk und Lugansk wurden ausgerufen, wobei es zu

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko warb bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2015 um noch größere westliche Unterstützung gegen Russland. Quelle: Widmann / MSC

Erstürmungen von Verwaltungsgebäuden und dem Angriff auf Polizeiwachen kam. Erste Versuche der Armee, ab Mitte April 2014 gegen die Aufständischen vorzugehen, wurden zurückgeschlagen, wobei es bereits zu schweren Gefechten gekommen sein soll.[150] Ein weiteres entscheidendes Datum war der 2. Mai 2014, als wohl knapp 50 „pro-russische" Menschen im Gewerkschaftshaus von Odessa auf grausame Weise von rechtsradikalen Kräften ums Leben gebracht wurden. Spätestens von da ab konnte von vereinzelten separatistischen Tendenzen nicht mehr gesprochen werden. Der Aufstand lässt sich in seiner Breite nur dadurch verstehen, dass große Teile der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung inzwischen durch das Agieren rechtsradikaler Kampfverbände vollkommen nachvollziehbar um Leib und Leben fürchten. Dass es vor allem faschistische Bataillone wie „Asow" sind, die das Gros der Kampfhandlungen in der Ostukraine schulterten und dabei äußerst brutal vorgingen, verstärkte diese Tendenz in der Folge umso mehr.[151]

So schrieb der Korrespondent der FAZ, Konrad Schuller, bereits angesichts der Unabhängigkeitsreferenden im Donbass am 11. Mai 2014: „Nach der Überzeugung vieler Menschen in dieser Region nämlich trägt die prowestliche Führung, die in der Hauptstadt nach der Revolution des 'Majdan' im Winter herrscht, die Verantwortung für die jüngsten blutigen Zusammenstöße zwischen prorussischen Kämpfern, Staatsgewalt und pro-ukrainischen Aktivisten in russophon geprägten ukrainischen Städten wie Odessa, Slawjansk und Mariupol. [...] Der deutliche, vom Zorn über das Blutvergießen der vergangenen Wochen offenbar noch verstärkte Andrang in den Wahllokalen schien aber zu zeigen, dass im Donbass der Wunsch zur Abspaltung von der Ukraine längst über die engen Kreise der aktiven Separatisten hinausgewachsen ist und einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung erfasst hat."[152]

Zweifellos kann also keine Rede davon sein, der Aufstand im Osten der Ukraine sei ein rein russisches Produkt. Ebensowenig lässt sich aber abstreiten, dass die separatistischen Kräfte von russischer Seite unterstützt wurden, wenn auch das genaue Ausmaß unklar ist.[153] Und genausowenig gibt es Anzeichen dafür, dass Moskau die Eroberung weiterer Teile der Ukraine beabsichtigt, auch wenn dies häufig unterstellt wird: „Russland unterstützt die Separatisten, indem die Rebellen beraten, ausgebildet sowie mit Waffen, Material, Aufklärungsergebnissen, Feuerunterstützung und Personal versorgt werden. Dabei versucht Russland bisher den Anteil eigener regulärer Streitkräfte auf ukrainischem Staatsgebiet so gering wie möglich zu halten. [...] Gleichwohl reichte die russische militärische Unterstützung in den zurückliegenden Monaten nie so weit, dass der gesamte Donbass durch die Separatisten hätte besetzt werden können. Nach dem Zurückdrängen des jeweiligen Vorstoßes der ukrainischen Streitkräfte, wurden die russischen Kräfte alsbald auf ihre Ausgangspositionen zurückgezogen. Auch war die russische Regierung in der Vergangenheit, beispielsweise auf dem Höhepunkt der Diskussion um mögliche Waffenlieferungen an die Ukraine, darum bemüht, abgesehen von militärischem und rhetorischem Säbelrasseln die militärische Lage zu deeskalieren."[154]

Neben der Unterstützung der Separatisten im Osten war die unter klarem Bruch des Völkerrechts erfolgte Aufnahme der Krim am 18. März 2014 sicher die andere wesentliche Reaktion Moskaus.[155] Allerdings sollte dabei

bedacht werden, dass es zumindest umstritten ist, ob es sich dabei um eine „Annexion“ gehandelt hat, auch wenn im Westen sorgsam diese Sprachregelung gepflegt wird.[156] Zudem ist anzumerken, dass angesichts etwa der NATO-Bombardierung Jugoslawiens „nur“ von einer Art Völkerrechtsbruch zweiter Ordnung gesprochen werden kann.

Gleichzeitig erfreut sich auch die ukrainische Regierung massiver Unterstützung seitens des Westens. Zuerst beschränkte sich dies offiziell auf finanzielle „Hilfen“, wobei allerdings beispielsweise beträchtliche Teile der EU-Gelder augenscheinlich für die Kriegsführung vorgesehen waren: „Die Ukraine kann von den 2 Milliarden Euro Finanzhilfen der EU aus dem Jahr 2014 ganze 1,36 Milliarden ohne Zweckbindung verwenden. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung hervor. Der deutsche Anteil liegt demnach bei 272 Millionen Euro. Die Bundesregierung behauptet schlichtweg, dass die ukrainische Regierung keinen Krieg gegen die Bürger in der Ostukraine führe und lässt eine entsprechende Frage unbeantwortet, inwiefern sie die Verwendung der Gelder für den Krieg ausschließen kann.“[157]

Sukzessive wurde aber zu einer immer direkteren Unterstützung übergegangen. So berichtete die Deutsche Welle im Februar 2015, Großbritannien habe 75 Militärberater in die Ukraine entsandt, was von Regierungschef David Cameron folgendermaßen begründet wurde: „Wenn wir Russland jetzt nicht entgegentreten, wird sich das auf lange Sicht extrem negativ für uns alle auswirken, weil es zu einer weiteren Destabilisierung kommen wird.“[158] Auch Washington lieferte bereits frühzeitig „nicht-letale Waffen“ und schickte im April 2015 ebenfalls Ausbilder ins Land: „Rund 300 US-Fallschirmjäger sind zu einer Ausbildungsmission in der Ukraine eingetroffen. [...] Das Training für 900 Soldaten der Nationalgarde, die dem ukrainischen Innenministerium untersteht und vor allem aus früheren Maidan-Kämpfern besteht, soll demnach sechs Monate dauern und bei einer gemeinsamen Militärübung stattfinden. Die USA unterstützen Kiew außerdem mit militärischer Ausrüstung wie gepanzerten Fahrzeugen, Schutzwesten, Radarsystemen und Nachtsichtgeräten.“[159]

4.4 Oligarchenwechsel, Ausbeutung und Repression

Wie bereits erwähnt, waren die Maidan-Proteste zumindest zu Anfang auch von progressiven Forderungen, insbesondere der nach einer Abschaffung der Oligarchenherrschaft, geprägt. Doch diese Ziele wurden von den neuen Machthabern schnell verraten und verkauft. So stärkte die Übergangsregierung mit der Einsetzung von Sergej Taruta und Igor Kolomoiski als Gouverneure von Donezk bzw. Dnepropetrowsk im März 2014 sogar noch die Oligarchenherrschaft im Land. Wenn dabei mancherorts beklagt wird, es habe keine Revolution, sondern lediglich ein „Oligarchenwechsel“[160] stattgefunden, ist sogar das also noch beschönigend: „Das oligarchische Personal wurde lediglich ausgetauscht, ja mehr noch, mit Antritt der Übergangsregierung sind die Oligarchen aus dem Hintergrund, aus dem heraus sie davor ihren Einfluss wahrnahmen, nun als neue Gouverneure, als Gebietschefs, als Sonderbeauftragte, die offen anstelle der Kiewer Regierung entscheiden, als Präsidentschaftsanwärter selbst auf die politische Bühne getreten, nun aber noch dazu als offene Statthalter des ‘Westens’.“[161]

Die Wahl des milliardenschweren Petro Poroschenko, der seit Jahren – wenn auch auf wechselnden Seiten – ein integraler Teil des ukrainischen Establishments ist[162], kann hier als weiterer Ausdruck für die Stärkung der Oligarchenherrschaft gesehen werden. Auch wenn er den meisten Beobachtern als der beste Kandidat unter den Oligarchen gilt und er angekündigt hatte, ihre Macht einschränken zu wollen[163], ist diese Ankündigung doch mit Vorsicht zu genießen. Schließlich ist Poroschenko, wie es Kai Ehlers ausdrückt, „im Krieg der Oligarchen, mit denen er es aufnehmen will, ein Hecht unter Hechten.“[164] Große Hoffnung scheinen auch die Ukrainer selbst nicht in Poroschenko zu setzen: „Nach einer Umfrage sagen auch nur 4 Prozent der Ukrainer, er sei ehrlich. Aber weil er clever ist und wegen seines Geldes unabhängig zu sein scheint – der Berlusconi-Effekt –, ist er offensichtlich attraktiv. Die Machtelite der Ukraine kreist in sich selbst. Es werden wie im Feudalismus Plätze getauscht, aber die Machtstruktur bleibt erhalten.“[165] Auch die Einschätzung im Observer, über die Mitglieder des im Oktober 2014 gewählten Parlamentes ist wenig schmeichelhaft: „Die neue Ukraine wird von Schurken, Sexbomben, Kriegsfürsten, Verrückten und Oligarchen regiert.“[166]

Auch wirtschaftlich ist das Land am Ende, die hohen Rüstungsausgaben und die Verheerungen des Krieges haben die ohnehin schon schwierige Situation noch einmal deutlich verschlimmert. So brach im Jahr 2014 die Industrieproduktion ebenso ein wie die Exporte – und das trotz der massiven Abwertung der Staatswährung: „Die ukrainischen Exporte sind 2014 um 13 Mrd. USD (16,6%) zurückgegangen und haben damit in erheblichem Maße zum BIP-Rückgang von ca. 7% beigetragen. Diese Entwicklung ist insofern erstaunlich, als die ukrainische Hryvnia 2014 stark abwertete und dies normalerweise die Exporte beflügeln sollte.“[167]

Vor diesem Hintergrund scheinen die neuen Machthaber bereit zu sein, sich wirtschaftspolitisch voll und ganz den Rezepten des IWF zu verschreiben. Nachdem Russland aus nachvollziehbaren Gründen nicht mehr bereit war, seine vorherigen Finanzzusagen einzuhalten, bewilligte der IWF der Ukraine am 30. April 2014 einen Kredit in Gesamthöhe von 17 Mrd. Dollar. Er soll bis 2016 in vierteljährlichen Raten ausbezahlt werden, wobei die erste Tranche im Umfang von 3,2 Mrd. Anfang Mai 2014 überwiesen wurde.[168] Die Vergabe der IWF-Kredite war bzw. ist jedoch an drei überaus problematische Bedingungen geknüpft.

Erstens an die damals noch ausstehende Unterzeichnung der restlichen Teile des Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union, wie Peter Stano, Sprecher des damaligen EU-Erweiterungskommissars Stefan Füle, freimütig einräumte: „Diese noch nie dagewesene Höhe an Hilfsgeldern steht in direktem Zusammenhang damit, dass die Ukraine das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet und in Kraft setzt.“[169]

Zweitens scheinen die IWF-Kredite zumindest zu Anfang direkt an die „erfolgreiche“ Kontrolle der im Aufstand befindlichen Landesteile gekoppelt worden zu sein: „Der neue Präsident steht unter erheblichem Druck des Internationalen Währungsfonds. Der macht für die Auszahlung bereits bewilligter Kredite zur Bedingung, dass die Ukraine keine weiteren Territorien verliert.“[170]

EU-Polizeimission: „Ernüchterung, Protest und soziale Unruhen“

Mit dem Ratsbeschluss 2014/486/GASP beschloss die EU, eine “beratende Mission für eine Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine (EUAM Ukraine)“ zu entsenden. Als Grundlage wurde eine Bitte der „Übergangsregierung“ vom 20. März 2014 um Unterstützung durch die Europäische Union angeführt. Das daraufhin ausgearbeitete Krisenmanagementkonzept wurde dann am 19. Juni 2014 vorgelegt und am 23. Juni 2014 vom Rat für Auswärtige Angelegenheiten verabschiedet (Revised Crisis Management Concept for a civilian CSDP mission in support of Security Sector Reform in Ukraine, Brussels, 19 June 2014).

Was sich die ukrainischen Machthaber von der Mission versprechen, zeigt ein Brief vom 8. Mai 2014 des damaligen Außenministers Andrii Deshchytsia an die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, der dem EU-Krisenmanagementkonzept für die Polizeimission als Anhang beiliegt: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn es eine dauerhafte Unterstützung der EU geben würde, die darauf abzielt, der russischen Aggression entgegenzutreten und die innere Situation zu stabilisieren.“

Als Problemaufriss präsentiert das Krisenmanagementkonzept die Lage im Land folgendermaßen: „Mit wenig Gegenwehr haben pro-russische militante Gruppen in den östlichen Regionen Lugansk und Donezk die Kontrolle über lokale Polizei-, Geheimdienst- und Verwaltungsgebäude übernommen, die Geburt einer selbsternannten unabhängigen Republik erklärt und zunehmend gewalttätige Handlungen gegen ukrainische Sicherheitskräfte verübt. Die ukrainischen Vollzugsbehörden haben sich als unfähig erwiesen, Recht und Ordnung wieder herzustellen.“ (Artikel 5)

Diesen aus EU-Sicht misslichen Zustand zu beheben, in dem der freundlich gesonnenen Regierung die Kontrolle über wesentliche Teile des Landes entglitten ist, scheint das Kernanliegen der EU-Polizeimission zu sein: “Das strategische Ziel besteht darin, Bedingungen zu schaffen, die eine stabilisierte Sicherheitslage ermöglichen sowie die Wiedereinführung des Primats der Rechtsstaatlichkeit und die Verbesserung der Fähigkeiten der ukrainischen Behörden, die adäquate und demokratische Kontrolle der Institutionen zu gewährleisten, die mit der inneren Sicherheit befasst sind.“ (Absatz 44)

Unter der Überschrift „Mögliche Risiken für die Missionsziele“ findet sich eine Passage, die zeigt, dass nicht nur die Ost-Ukraine im Visier der Mission ist: „Sollten die ukrainischen Behörden nicht in der Lage sein, die legitimen Ansprüche der Bevölkerung, egal ob sie aus dem Westen oder Osten stammen und ob sie diese Regierung unterstützen oder nicht, auf effiziente und rechtsbasierte Fähigkeiten ihrer Strafverfolgungseinrichtungen einzulösen, existiert mittel- bis langfristig die Gefahr von Ernüchterung, Protest und sozialen Unruhen.“ (Artikel 73) Mit dem dezidiert pro-europäischen Kurs, besonders aber mit dem sozialen Kahlschlag, der der Ukraine nun auf Verlangen des Internationalen Währungsfonds verordnet wurde, werden – mit voller Unterstützung der EU – „Ernüchterung, Protest und soziale Unruhen“ jedoch billigend in Kauf genommen, ja geradezu herbeigeführt. Und genau um den Folgen dieser Politik begegnen zu können, scheint diese EU-Polizeimission beschlossen worden zu sein.

Und schließlich wurde der Ukraine drittens ein „Reformprogramm“ aufgedrückt, mit dem eine Verbesserung der Lebensbedingungen für weite Teile der Bevölkerung in unerreichbare Ferne rückt: „So nimmt Kiew Abstand von Plänen der vorigen Regierung, die Renten und den Mindestlohn (ca. 45 Cent pro Stunde) geringfügig zu erhöhen, und friert beides ein. Schon im März [2014] hat das Parlament beschlossen, den Staatshaushalt um 17 Prozent zu kürzen; insgesamt sollen gut 24.000 Beamte entlassen werden, das sind rund zehn Prozent aller Staatsbediensteten.“[171] Hierbei handelt es sich allerdings nur um einen Teil der vereinbarten Maßnahmen: „Die bereits beschlossene Absenkung der Mehrwertsteuer wird zurückgenommen, sie verbleibt somit bei stolzen 20 Prozent. Auch für Gas und Wärme müssen die ukrainischen Bürger künftig tiefer in die Tasche greifen. Schon zum 1. Mai [2014] sollte der Endverbraucherpreis für Gas um 56 Prozent angehoben werden, hatten die neuen Herren in Kiew, denen die Nation so wichtig ist, dass sie darüber einen Bürgerkrieg beginnen, dem IWF versprochen. Zum 1. Juli wird die Fernwärme mit einem Preisaufschlag von 40 Prozent folgen. 2015 sollen dann sowohl Gas als auch Wärme noch einmal um 40 Prozent verteuert werden, und auch für nachfolgenden Jahre bis 2018 einschließlich sind weitere Aufschläge um dann jeweils 20 Prozent vorgesehen.“[172]

Die Auswirkungen dieser „Reformen“, von denen die nächste Runde im Februar 2015 angekündigt wurde, sind fatal: „Am 12. Februar [2015] verkündete Christine Lagarde, Direktorin des Internationalen Währungsfonds, der IWF habe sich mit der ukrainischen Regierung auf ein neues wirtschaftliches Reformprogramm geeinigt. […] Zu den bereits geltenden zählt die Wechselkursfreigabe der ukrainischen Währung Hrivna. Ihre 67%ige Abwertung hat internationalen Devisenhändlern innerhalb weniger Wochen zu Milliardengewinnen verholfen, während sie den durchschnittlichen Monatslohn im Lande unter 50 Euro gedrückt hat. Die 25%ige Inflation von 2014 und eine Erhöhung der Gaspreise um 50 % im Mai 2014 machen dem schwächsten Viertel der Bevölkerung ein Überleben fast unmöglich. Aber auch der Rest der arbeitenden Bevölkerung, vor allem Alte und Schwache, werden eine drastische Verschlechterung ihres Lebensstandards hinnehmen müssen: Für 2015 und 2016 sind die Entlassung von 10 % der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die teilweise Privatisierung von Gesundheits- und Bildungswesen geplant. Das Renteneintrittsalter für Frauen soll um 10 Jahre, das für Männer um 5 Jahre erhöht werden. Soziale Vergünstigungen für Rentner sollen gestrichen, der Markt für Medikamente soll dereguliert werden. Die bestehenden Renten werden eingefroren, das kostenlose Mitta-

gessen für Schulkinder und Patienten in Krankenhäusern gestrichen.“[173]

Zu den Vorgaben gehört auch, sich westlichen Investitionen zu öffnen, was etwa zur Folge hat, dass US-Agrokonzerne sich vermehrt Filetstücke der ukrainischen Landwirtschaft unter den Nagel reißen. Dies gehe aus Berichten des kalifornischen Oakland-Institutes hervor, dessen Strategiedirektor Frédéric Mousseau im Magazin die Zeit zu Wort kommt: „Die ukrainischen Felder sind begehrt. Nur in wenigen anderen Regionen der Welt gibt es ähnlich kostbare – und bislang wirtschaftlich nicht ausgenutzte – Böden. […] Die Berichte belegen, wie große US-Agrarfirmen seit Jahren Geschäfte in der Ukraine machen. Unter ihnen ist der wegen seines Geschäfts mit gentechnisch verändertem Saatgut umstrittene Konzern Monsanto, das Agrarunternehmen Cargill und der Chemiekonzern DuPont. Zuletzt hätten die Firmen ihre Investitionen erheblich erhöht, sagt Mousseau – so sehr, dass es einer ‚Übernahme der ukrainischen Landwirtschaft durch westliche Konzerne‘ gleichkomme. Und die Finanzinstitutionen des Westens, etwa die Weltbank und der Weltwährungsfonds, unterstützten die Interessen des Kapitals durch ihre Politik.“[174]

Obwohl es also großen Teilen der Bevölkerung aufgrund der IWF-Kürzungsauflagen buchstäblich an den Kragen geht, wurde zuletzt im März 2015 eine nochmalige massive Aufstockung der Armee durchgewunken: „Mit großer Mehrheit hat das ukrainische Parlament eine Vergrößerung der Armee um mehr als ein Drittel auf 250.000 Soldaten beschlossen. Für den Vorschlag von Präsident Petro Poroschenko stimmten […] 270 von 422 Abgeordneten. Zuletzt war die Stärke der Streitkräfte auf 184.000 Soldaten beschränkt.“[175]

Zu diesem – vom Westen gestützten, wenn nicht gar initiierten – Kurs existiert eine klare, gangbare und vor allem den Bedürfnissen der Bevölkerung dienende Alternative. So legte das „Wiener Institut für Wirtschaftsvergleiche“ im April 2015 die Studie „How to stabilise the economy of Ukraine“ vor, die mit bemerkenswerten Vorschlägen aufwartete, wie es in dem Land wirtschaftlich und sozialverträglich wieder bergauf gehen könnte: „Die ukrainische Regierung sollte ermutigt werden, ihre Verteilungsprioritäten vom Militär hin zu mehr sozial-orientierten Ausgaben und höheren öffentlichen Investitionen zu verschieben. [...] Eine finanzielle und materielle Unterstützung sollte deutlich rigider an Fortschritte bei der Demontage oligarchischer Interessen gekoppelt werden, die sich des Landes bemächtigt haben. [...] Außerhalb einer Förderung der EU-Integration sollten so viel wie möglich Handelsbeziehungen zu Russland und der von Russland angeführten Eurasischen Wirtschaftsunion mittels trilateraler Verhandlungen wiederhergestellt werden“[176]

Angesichts der aktuellen Kräftekonstellationen ist allerdings davon auszugehen, dass absehbar keiner dieser Vorschläge umgesetzt werden dürfte. Dies macht es jedoch sehr wahrscheinlich, dass die Unzufriedenheit auch in den eher pro-westlich eingestuften Landesteilen immer größer werden wird: „Der Druck der Reformen, welche die EU und der IWF auf dem Weg zu zukünftigen Assoziierungsvereinbarungen versprochen haben, lässt auch für die Zukunft weitere Proteste erwarten, zumal sie auch den Bodensatz der Maidan-Forderungen bildeten, die bis jetzt in keiner Weise erfüllt wurden. Auch in Kiew und auch im Westen der Ukraine ist die soziale Misere, ungeachtet der nationalistischen Beimischungen, die sich im Laufe der Maidan-Entwicklung verselbstständigt haben, ein treibendes Element der Unzufriedenheit gewesen. Wachsende soziale Proteste sind auch im Westen und in Kiew zu erwarten, denn anstelle der Regierung von Räubern hat die Ukraine nun eine von Erpressern bekommen.“[177] Hier liegt die eigentliche Hoffnung und Perspektive: Dass sich mehr und mehr Menschen in der Ukraine dem Versuch widersetzen, die den Konflikten zugrundeliegenden sozio-ökonomischen Ursachen in nationalistische Kanäle umzuleiten – und es ist diese „Gefahr“, die die neuen Machthaber in Kiew und ihre westlichen Unterstützer am meisten fürchten.[178]

Es ist eine besonders bittere Ironie, dass die stets so hehre Ziele vor sich hertragende Europäische Union in diesem Zusammenhang eine EU-Polizeimission in die Ukraine entsendete, um die lokalen Behörden in die Lage zu versetzen, Sozialproteste niederzuschlagen – und zwar in allen Landesteilen, wohlgemerkt (siehe Kasten „EU-Polizeimission“). Auch insgesamt verwundert es nicht, dass die neuen Machthaber in Kiew auf einen immer stärker autoritär-repressiv-nationalistischen Kurs einschwenken.[179]

Besonders bedenklich ist dabei die immer offenere Verfolgung linker, sozialistischer, gewerkschaftlicher oder einfach nur „pro-russischer“ Menschen, die, wenn nicht befördert, so doch zumindest staatlicherseits geduldet und auch nicht verfolgt wird. Damit geht ein generelles Erstarken rechtsradikaler Kräfte einher: „Auch wenn Einfluss und Präsenz der Freiwilligenverbände an der Front im Osten des Landes abgenommen haben, hat insbesondere der Rechte Sektor in der ukrainischen Gesellschaft weiter an Gewicht gewonnen. Gemeinsam mit der Miliz heben Einheiten des Rechten Sektors in jüngster Zeit in der Westukraine illegale Spielhöllen aus. Ungestört macht der Rechte Sektor Jagd auf Andersdenkende.“[180] Der wachsende Einfluss rechtsradikaler Kräfte wird dabei noch Besorgnis erregender vor dem Hintergrund des drohenden Zerfalls des bisherigen Regierungslagers.

4.5 Die Geister, die ich rief: Der drohende Zerfall des „pro-westlichen“ Lagers

Schwierig einzuschätzen und mit einigen Fragezeichen versehen sind die Ereignisse rund um die Ende März 2015 erfolgte Absetzung des Oligarchen Igor Kolomoiski als Gouverneur der Oblast Dnipropetrowsk. Die Tatsache selbst, deutet auf einen schweren Konflikt zwischen dem Präsidenten Poroschenko und Kolomoiski hin, der für eine besonders harte Linie gegenüber den Aufständischen steht. Er soll laut Recherchen von „Frontal21“ mindestens fünf „Freiwilligenverbände“ finanzieren, die über mehrere tausend Kämpfer verfügen und statt der schlecht ausgerüsteten und motivierten Armee große Teile des Krieges im Osten bestritten. Dazu gehört u.a. das „Bataillon ‚Asow‘, ein Sammelbecken für ukrainische Nationalisten und Rechtsextreme. Ihr Symbol - angelehnt an die sogenannte Wolfsangel: ein Nazi-Emblem aus NS-Zeiten.“[181]

Zynischerweise entzündete sich der Konflikte zwischen Poroschenko und Kolomoiski an IWF-Auflagen, denen sich der Finanzier der Freiwilligenbataillone recht hemdsärmelig widersetzte. Die russische Nachrichtenagentur Sputnik spekuliert allerdings, dass dahinter noch deutlich

mehr stecken könnte, nämlich der Versuch der USA, den etwas gemäßigteren Kurs Poroschenkos über Kolomoiski und seine faschistischen Verbände zu torpedieren – und dahinter stehen einmal mehr die unterschiedlichen Positionen Washingtons und Berlins: „Auslöser des Bruchs zwischen den beiden war ein Gesetz zur Neuregelung der Stimmmehrheiten in ukrainischen Staatsbetrieben. Milliardär Kolomoiski besitzt beträchtliche Anteile und Einfluss bei Ukranafta und Ukrtransnaft, die das Monopol über die Ölförderung und Ölpipelines der Ukraine besitzen. Das neue, vom IWF diktierte Gesetz hätte ihn um viel Einfluss gebracht. Um seinem Ärger Ausdruck zu verleihen, ließ er zeitweise die Zentralen beider Firmen von bewaffneten Männern besetzen. […] Ohne Kolomoiski wäre Poroschenko nicht in der Lage gewesen, den Krieg im Donbass zu führen. Seine Ölfirmen liefern den Treibstoff für die ukrainische Armee, die von ihm finanzierten Freiwilligenbataillone haben in den letzten Monaten eine entscheidende Rolle gespielt. Anders als die reguläre ukrainische Armee, die wenig Lust hat, gegen die eigene Bevölkerung zu kämpfen, sind die Soldaten der von Kolomoiski finanzierten Bataillone hochmotiviert. Ihre Bezahlung ist weitaus besser und sie sind teilweise auch besser ausgerüstet als die ukrainische Armee. Kolomoiskis Fernsehsender sind ein wichtiger Faktor im Kampf um die Meinungshoheit im Konflikt. […] Unterstützung kann Kolomoiski nicht nur in der Ukraine, sondern auch im Ausland finden. Mit der Unterzeichnung von Minsk II hat sich Poroschenko klar auf die politische Linie von Merkel, Hollande und Obama begeben. Diese Politik wird weder von allen europäischen noch von allen amerikanischen Politikern geteilt. Die baltischen Staaten und Polen stehen für eine härtere Gangart des Westens in der Ukraine, neokonservative Politiker wie Viktoria Nuland und John McCain sowie Teile der Nato befürworten eine militärische Eskalation. Sie könnten in Kolomoiski durchaus eine Option sehen.“[182]

Gleichzeitig berichtete Strategic Forecast kurz nach dem Rauschschmiss von Kolomoiski, er habe Maßnahmen ergriffen, „die als Basis für eine Kampagne dienen, um Poroschenko als Präsident herauszufordern und abzulösen.“[183] Wie der Konflikt ausgeht, ist derzeit noch offen, möglich, dass sich die beiden Lager noch einigen[184], sicher ist dies jedoch in keiner Weise. Dabei mehren sich die Anzeichen, dass die verschiedenen Versuche, die „Freiwilligenverbände“ unter die Kontrolle der Regierung zu bringen, zu scheitern drohen. So reagierten diese auf den Versuch, sie ins Verteidigungsministerium einzugliedern, zuvor haben sie komplett unabhängig operiert, mit der Gründung einer Parallelorganisation: „Am 19.2.15 (also NACH dem Minsk-2-Abkommen) schlossen sich in Dnepropetrowsk »die Anführer von 17 ukrainischen Freiwilligenbataillonen… zu einem ‚Vereinigten Stab‘ zusammen, der ausdrücklich eine Alternative zum Generalstab der Streitkräfte sein soll.«“[185]

Obwohl die Integration der Freiwilligenverbände dann Anfang April 2015 offiziell als „gelungen“ vermeldet wurde, bestehen zumindest Anzeichen dafür, Zweifel daran zu haben, dass dies auch tatsächlich geschehen ist. Unklar ist dabei einmal die Rolle von Dmitrij Jarosch, dem Chef des Rechten Sektors, der gleichzeitig quasi als Belohnung als hochrangiger Berater berufen wurde. Was dabei seine Aufgabe ist und ob er in diesem Posten weitgehende Alleinverfügungsgewalt (in Absprache mit seinen Finanziers wohlgemerkt) über die Freiwilligenverbände hat, ist unklar. Ebenso offen ist die Frage, ob die Entsendung der 290 US-Fallschirmjäger, die ja explizit für das Training der „Nationalgarde“, also der „Freiwilligenverbände“, vorgesehen sind, dazu dienen soll, diese stärker an die Kandare nehmen zu können oder ob damit vielmehr bezweckt wird, die Einheiten für die deutlich aggressiveren Ziele Washingtons einzuspannen, womöglich ist beides der Fall.

Was auch immer den Tatsachen entspricht, dass es im April 2015 seitens des Rechten Sektors zu einem großangelegten Angriff in der Ostukraine und damit zu einem Bruch von Minsk-II kam, lässt, egal was die Ursache hierfür war, keinerlei optimistische Bewertung zu. Für Uli Cremer bestehen drei mögliche Erklärungen, wie dies zustande kam: „Nun gibt es für die Waffenstillstandsverletzung durch den Vorstoß des Rechten Sektors drei mögliche Befehlsvarianten: Entweder hat die ‚Einbindung‘ der Milizen nicht funktioniert; sie handeln also weiter auf eigene Faust (a) bzw. auf Befehl des eben doch nicht aufgelösten ‚Vereinigten Stabs‘ der Freiwilligenbataillone (b). Oder der Befehl kam vom Kiewer Oberkommando, also direkt aus dem Verteidigungsministerium (c).“[186]

Berichten des Ukraine-Korrespondenten der FAZ, Konrad Schuller, zufolge, der sich Anfang Mai 2015 auf ukrainische Geheimdienstberichte stützte, deuten darauf hin, dass ein offener Konflikt zwischen Kolomoiski und Rechtem Sektor einerseits und der Regierung andererseits ausgebrochen ist: „Die Regierung schlägt hinter den Kulissen massiv zurück. In einem internen Papier des Geheimdienstes SBU, das der F.A.Z. vorliegt, heißt es, der ‚Rechte Sektor‘ sei in Wahrheit etwas ganz anderes als die vorgebliche Bürgerwehr tapferer Patrioten, für die er sich ausgibt. In Wahrheit sei er eng verbunden mit den Leuten des umstrittenen Milliardärs Ihor Kolomojskij, der einerseits viele Freiwilligenverbände offen unterstützt, andererseits aber auch immer wieder im Umfeld bewaffneter Überfälle auf fremde Unternehmen beobachtet worden ist. […] Der ‚Rechte Sektor‘ bestreitet zwar, mit Kolomojskij etwas zu tun zu haben, aber viele Verbindungen sind deutlich sichtbar. Der ‚Hetman‘, wie manche Kämpfer ihren Führer Dmytro Jarosch nennen, hat zum Beispiel bei der letzten Parlamentswahl einen Wahlkreis in Kolomojskijs Machtbereich rings um die Industriestadt Dnipropetrowsk gewonnen, und der Stellvertretende Kommandeur seines ‚Freiwilligenkorps‘, Valentin Manko, stellt sich auf seiner Facebook-Seite zugleich als stellvertretender Führer des Bataillons ‚Dnipro 1‘ vor, das mit Kolomojskijs Geld aufgebaut worden ist.“[187]

Keiner der drei heißen oder kurz vor dem Ausbruch stehenden Kriege – dem zwischen den Machthabern und den Separatisten, den Machthabern und ihrer eigenen Bevölkerung sowie der Machthaber untereinander – steht auch nur annähernd vor einer Lösung und alle drei bergen ein riesiges Eskalationspotenzial. Wie man es also dreht oder wendet, der Ukraine stehen extrem schwierige Zeiten bevor und der Kontext, in dem sie diese bewältigen werden muss, die sich immer weiter verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen dem Westen und Russland, machen es bestimmt nicht besser.

5. Kalter Krieg als Self-Fullfilling Prophecy?

Wie bereits oben beschrieben, wird schon seit Jahren eine Art Neuer Kalter Krieg regelrecht herbeigeredet (siehe Kapitel 1.3). Dabei haben die teils offen ausgesprochenen Pläne, die Ukraine-Krise zu nutzen, um auch in Russland einen Machtwechsel hin zu einer deutlich pro-westlicheren Regierung bewerkstelligen zu können, in jüngster Zeit die Fronten immer weiter verhärtet (Kapitel 5.1). Die seit Ausbruch der Ukraine-Krise angelaufene NATO-Generalmobilmachung gegenüber Russland verschärft diese Entwicklung zusätzlich (Kapitel 5.2) und birgt darüber hinaus auch noch die Gefahr, dass das beiderseitige Säbelrasseln zu einer Totaleskalation führt (Kapitel 5.3).

Für alle erdenklichen künftigen Konstellationen ist Deutschland von wesentlicher Bedeutung, zumal es als wahrscheinlichster der einflussreichen westlichen Akteure gilt, der auf einen russlandfreundlichen Kurs einschwenken könnte. Und tatsächlich wirken diverse Interessen – etwas – mäßigend auf die deutsche Politik gegenüber der Ukraine bzw. Russland ein. Während die USA auf einen noch aggressiveren anti-russischen Kurs drängen, versucht Deutschland eine Totaleskalation zu vermeiden – freilich ohne gleichzeitig aber eine Bereitschaft an den Tag zu legen, elementare Interessen Moskaus zu respektieren (Kapitel 5.4). Mit einem Bruch zwischen Deutschland und den USA, wie er auch in Teilen der Friedensbewegung nicht nur gewünscht, sondern auch prognostiziert wird, ist allerdings trotz der offensichtlich teils vorhandenen Konflikte nicht zu rechnen. Der Grund hierfür liegt darin, dass beide Länder dieselben wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen teilen und diesen weltweit Geltung verschaffen wollen. Dieses Interesse dominiert andere Begehrlichkeiten und stellt den Kitt der transatlantischen Beziehungen dar. Der häufig bemühte Gegensatz zwischen Demokratien und Autokratien greift deshalb auch zu kurz bzw. erfasst den Kern der Auseinandersetzung nicht einmal annähernd. Denn tatsächlich geht es um eine Konfrontation zwischen einem Neoliberalen Block und einem Staatskapitalistischen Block (Kapitel 5.5). Somit ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sich die abzeichnende sino-russische Allianz weiter verfestigen und tatsächlich zu einer neuen Blockbildung führen wird (Kapitel 5.6).

5.1 Der Westen muss bis Russland reichen?

Teils wird sogar offen eingeräumt, dass die US-Politik gezielt darauf ausgerichtet ist, Russland zu schädigen. Mit bemerkenswerter Deutlichkeit unterstrich dies etwa George Friedman auf einer Konferenz im Februar 2015, der Chef des bereits erwähnten CIA-nahen privaten Nachrichtendienstes Strategic Forecast: „Der Punkt bei der ganzen Sache ist, dass die USA einen 'Cordon Sanitaire', einen Sicherheitsgürtel, um Russland herum aufbauen. Und Russland weiß es. Russland glaubt, dass die USA beabsichtigen, die Russische Föderation zu zerschlagen. Ich denke, wir wollen sie nicht töten, sondern nur etwas verletzen, Schaden zufügen. Jedenfalls sind wir jetzt wieder beim alten Spiel."[188]

Angesichts der teils offenen Forderungen, die „günstige" Situation insofern zu nutzen, einen Regimewechsel in anderen postsowjetischen Ländern und sogar in Russland auf den Weg zu bringen, dürften in Moskau sämtliche Alarmglocken läuten. So schreibt etwa Lilia Shevtsova vom „Carnegie Endowment for International Peace": „In der Ukraine ist das postsowjetische Entwicklungsmodell zusammengekracht, das alle neue unabhängige Staaten (bis auf das Baltikum) prägt. Die Ukraine ist zu dem schwächsten Glied in der postsowjetischen Kette geworden. Man müsste im Auge behalten, dass ähnliche Umwälzungen auch in anderen Ländern möglich sind."[189]

Doch auch in Deutschland existieren derartige Stimmen – und dass mit solchen Sätzen auch direkt Russland ins Visier genommen wird, verdeutlicht etwa Andreas Umland, aktuell einer der in Deutschland gefragtesten „Experten" zum Ukraine-Konflikt. In der „Internationalen Politik", dem nach Eigenangaben wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Elitenorgan Deutschlands, schreibt er: „Bis vor kurzem schien die EU ignoriert zu haben, dass sich Moskau gegen eine Integration der Ukraine wehren könnte. Eine solche Blauäugigkeit gegenüber den außenpolitischen Interessen des Kremls hat Tradition. [...] Nun stehen sie vor der Entscheidung: Gehört ihr Land zum westlich geprägten Europa oder ist es Teil einer russisch geprägten 'eurasischen' Zivilisation? [...] Mit der Annäherung der Ukraine an die EU würde sich nicht nur die Reichweite europäischer Werte und Institutionen um hunderte Kilometer gen Osten ausdehnen. Russland müsste sich mit der Heranführung der Ukraine an die EU endgültig von seinem neoimperialen Träumen verabschieden. [...] Die Ukraine hat deshalb nicht nur als solche für die EU eine große Bedeutung. Sie könnte für den Westen insgesamt zum Tor für eine schrittweise Demokratisierung des riesigen, vormals sowjetischen Territoriums im nördlichen Eurasien werden. [...] Deutschland sollte es – schon aus historischen Gründen – nicht an Beherztheit, Prinzipienfestigkeit und Weitsicht in seiner künftigen Ukraine-Politik fehlen lassen."[190]

Diejenigen, die auf eine aktive Destabilisierung und einen Sturz Wladimir Putins hinarbeiten, sehen, ganz im Sinne von „Neue Macht – Neue Verantwortung", für die Bewerkstelligung eines Machtwechsels in der „Zivilgesellschaft" das geeignete Mittel. So beklagt Stefan Meister, Leiter der Bereiche Osteuropa, Russland und Zentralasien des „Robert Bosch-Zentrums" der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" (DGAP), wieder in der Internationalen Politik, der „'wirtschaftsliberale Flügel' in der russischen Elite [habe] keinen Einfluss mehr auf die aktuelle russische Führung."[191] Das „System Putin steckt in der Krise", konstatiert Meister und schlägt dann, in atemberaubender Direktheit, faktisch vor, das in der Ukraine abgedrehte Skript auch auf Russland anzuwenden: „Anstatt das System Putin durch an Selbstaufgabe grenzende Kooperations- und Gesprächsangebote weiter zu legitimieren und das eigene Wertesystem zu untergraben, sollte die deutsche Politik lernen, dass nicht die russischen Eliten den Wandel bringen, sondern die russische Gesellschaft. Die Ukraine hat es gerade vorgemacht; jedoch brauchen sie und andere Staaten der östlichen Nachbarschaft mehr

MH-17: Gipfel der Propaganda!

Am 17. Juli 2014 stürzte die Zivilmaschine MH-17 über der Ostukraine ab, fast 300 Menschen fanden bei dieser Katastrophe den Tod. Mit der Untersuchung des Vorfalls wurde schließlich das „Dutch Safety Board" beauftragt, nachdem die Niederlande mit 193 der 298 Menschen die meisten Opfer zu beklagen hatten. Am 9. September 2014 wurde ein erster Zwischenbericht und eine zusammenfassende Pressemitteilung vorgelegt, die vor allem zwei zentrale Zwischenergebnisse präsentierten: Erstens hieß es, es gebe „keine Hinweise auf technische Fehler", was im Umkehrschluss nahelegt, dass es sich tatsächlich um einen Abschuss gehandelt haben muss. Zweitens – und fast noch entscheidender – betont der Bericht klar und deutlich, zum aktuellen Zeitpunkt noch keine genauen Angaben über nähere Details, insbesondere natürlich über die wahrscheinlichen Urheber, machen zu können: „Die vorläufigen Ergebnisse der Untersuchung deuten auf eine externe Ursache des MH-17-Absturzes hin. Weitere Nachforschungen sind erforderlich, um die Ursache mit größerer Präzision bestimmen zu können."

Fast zwei Monate nach dem Ereignis sahen sich Profis der zuständigen Behörde also außerstande, die Verantwortlichen benennen zu können. Ganz anders verhielt es sich dagegen bei nahezu der kompletten deutschen Journaille, die sich schon am Tag nach dem Absturz vollkommen sicher war, wie die Lage zu beurteilen war. So wusste etwa Klaus-Dieter Frankenberger in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung schon am 18.07.2014 die „Indizien" folgendermaßen zu deuten: „Im Moment kann man sich nur auf Vermutungen stützen […] Aber es gibt Indizien, die es plausibel erscheinen lassen, dass es ein rücksichtsloser, ruchloser militärischer Akt war, verübt von prorussischen Separatisten in der Ostukraine, die das Flugzeug auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur mit einer Boden-Luft-Rakete abschossen; möglicherweise haben sie es mit einem ukrainischen Militärflugzeug verwechselt. […] Die Europäische Union wiederum wird nun entscheiden müssen, ob sie die Sanktionsschraube kräftig anzieht oder ob sie weiterhin Illusionen nachläuft."

Als weiteres Beispiel kann auch der stets interventionsfreudige Stefan Kornelius genannt werden. Als Leiter des außenpolitischen Ressorts der Süddeutschen Zeitung, warnte er am Tag nach dem Ereignis zwar davor, dies als abschließende Beweise misszuverstehen, dennoch seien die „Indizien" aber „erdrückend": „Der Absturz der malaysischen Maschine wird diesen Krieg entscheidend beeinflussen. Die Ukraine wird alle Unterstützung brauchen, um ihre Grenzen schließen und sichern zu können. Sollte am Ende die Beweiskette gegen die prorussischen Separatisten und die Waffenlieferanten aus Moskau geschlossen sein, dann wird Russland die volle Wucht der Sanktionen treffen müssen – auch und gerade aus Europa."

Besonders tat sich auch Wolfgang Münchau, ehemaliger Gründer und Co-Chefredakteur der "Financial Times Deutschland" hervor, dem Spiegel Online am 21.07.2014 ein Forum für seine anti-russischen Ergüsse bot: "Der letzte Beweis steht noch aus, aber Russland scheint politisch für den Tod der Menschen an Bord von MH17 verantwortlich zu sein. Harte Sanktionen im Finanz- und Rohstoffbereich sind die richtige Antwort – auch wenn das deutschen Managern nicht gefällt. [...] Putin-Freunde in Deutschland werden weiterhin formaljuristisch insistieren, dass es keine 'Beweise' dafür gibt, dass Russland irgendetwas mit dem Abschuss von Flug MH17 zu tun hatte. Doch die Anzeichen sind überdeutlich. [...] Die Indizien reichen für ein politisches Urteil der Situation aus. Und um ein politisches Urteil geht es. Hier entscheidet kein Gericht. [...] Wie man es richtig macht, haben die Amerikaner in der letzten Woche demonstriert – noch vor dem Abschuss von MH17. Sie setzen auf Finanzsanktionen. Damit schneiden sie den russischen Firmen die Luft ab. [...] Nicht nur Schröder ist das Problem. Der Bundeswirtschaftsminister sollte den Vorstandschefs deutscher Unternehmen klarmachen, dass Kontakte mit Putin und seiner Umgebung offiziell unerwünscht sind. Russland wird bis auf weiteres als Zielort deutscher Investitionen ausfallen. Der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft sollte jetzt helfen, den strategischen Rückzug aus Russland für deutsche Unternehmen zu organisieren."

Dies sind nur drei exemplarische Beispiele für die unzähligen hysterisch-kriegstreiberischen Reaktionen in den deutschen Medien, die in dem Spiegel-Titelbild vom 28. Juli 2014 gipfelten, mit dem die Opfer des Absturzes auf perfide Art und Weise instrumentalisiert wurden. Eine der wenigen Gegenstimmen war Gabor Steingart, Chefredakteur des Handelsblatts, der – sicherlich auch mit Blick auf die Interessen der vom Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft vertretenen Unternehmen – die deutschen Medien am 8. August 2014 scharf attackierte: „Der deutsche Journalismus hat binnen weniger Wochen von besonnen auf erregt umgeschaltet. Das Meinungsspektrum wurde auf Schießschartengröße verengt. Blätter, von denen wir eben noch dachten, sie befänden sich im Wettbewerb der Gedanken und Ideen, gehen im Gleichschritt mit den Sanktionspolitikern auf Russlands Präsidenten Putin los. […] Der ‚Tagesspiegel': ‚Genug gesprochen!' Die ‚FAZ': ‚Stärke zeigen'. Die ‚Süddeutsche Zeitung': ‚Jetzt oder nie'. Der ‚Spiegel' ruft zum ‚Ende der Feigheit' auf: ‚Putins Gespinst aus Lügen, Propaganda und Täuschung ist aufgeflogen. Die Trümmer von MH 17 sind auch die Trümmer der Diplomatie.' Westliche Politik und deutsche Medien sind eins."

Tatsächlich kann bis heute niemand zweifelsfrei ausschließen, dass nicht doch separatistische Kräfte und/oder Russland für den Absturz verantwortlich waren. Es existieren hierfür jedoch keine auch nur halbwegs gerichtsfesten Beweise, lediglich in den Raum gestellte Schuldzuweisungen und Spekulationen. Auf dieser Grundlage einen derartigen Eskalationskurs einzufordern war nichts anderes als eine üble Kriegstreiberei, bei der die Opfer des Flugzeugabsturzes auf perfide Weise instrumentalisiert wurden.

finanzielle und politische Unterstützung. Die Intensivierung des Austauschs mit der Zivilgesellschaft sowie alternativen Eliten aus Wirtschaft und Gesellschaft ist eine zentrale Aufgabe europäischer Politik. […] Hierfür sollten bestehende Netzwerkplattformen wie der Petersburger Dialog durch eine Neuausrichtung und Beteiligung echter Zivilgesellschaft, kleiner und mittlerer Unternehmen sowie alternativer Eliten grundlegend reformiert werden und neue Foren für den Austausch in und mit Russland zum Beispiel durch die deutschen politischen Stiftungen entwickelt werden."[192]

Vor dem Hintergrund derartiger Überlegungen sollte auch noch einmal über den eigentlichen Sinn und Zweck der gegen Russland verhängten Sanktionen nachgedacht werden. So gelangt eine Analyse der EU-Denkfabrik „Institute für Security Studies" zu dem Ergebnis, die Sanktionen seien zwar hilfreich, Russland von der Eroberung weiterer Landesteile in der Ukraine oder anderen postsowjetischen Ländern abzuhalten – wobei es äußerst zweifelhaft ist, ob das überhaupt Moskaus Absicht ist –, sie wären aber gänzlich ungeeignet, einen Kurswechsel in den aktuellen Streitfragen wie der Krim erzwingen zu können.[193] Gemessen an den offiziellen Zielen bescheinigt die Stiftung Wissenschaft und Politik den Sanktionen sogar ein vollständiges Scheitern, ja sogar Kontraproduktivität: „Die Bilanz für die intendierte Wirkung der Sanktionen fällt mager aus. [...] Weder in der russischen Führung noch in der weiteren politischen und wirtschaftlichen Elite oder der Bevölkerung hat bis dato ein erkennbarer Wandel der Ansichten zu dem Konflikt oder eine Veränderung des Kosten-Nutzen-Kalküls stattgefunden. Im Gegenteil: die Ereignisse in der Ukraine und ihre Verarbeitung in der russischen Propaganda haben den Rückhalt für das Regime gestärkt, der auf Loyalitätsbeziehungen und national-konservativen, anti-westlichen Einstellungen beruht. Dieser nicht-intendierte Effekt war indes vorherzusehen."[194]

Zumindest plausibel erscheint es demzufolge, wenn der Politikprofessor Thomas Jäger, der sicher nicht dem Lager der „Putinversteher" zuzurechnen ist, die Auffassung vertritt, das wesentliche Ziel der Sanktionen bestehe – zumindest für die USA – in der grundsätzlichen Schwächung Russlands: „Weder die Krim- noch die Ukraine-Krise werden dadurch zu lösen sein. Daran denkt die amerikanische Regierung aber auch erst in zweiter Linie. Während die militärischen Maßnahmen die Allianzpartner beruhigen und die russische Führung warnen sollen, sind sie gar nicht darauf angelegt, die russische Position in den internationalen Beziehungen strategisch zu ändern. Die amerikanische Russlandpolitik ist inzwischen auf finanzielle Eindämmung und Isolierung gerichtet. Der Finanzkrieg hat begonnen – und der ist nicht kalt. (Weshalb die Gleichsetzung mit dem Kalten Krieg schlicht falsch ist.)."[195] Auch der Osteuropa-Experte Reinhard Lauterbach kommt zu dieser Einschätzung: „Die Strategie der USA ist ohnehin, wie es scheint, unbescheidener: Es geht darum, durch Wirtschaftssanktionen Unzufriedenheit in der russländischen Gesellschaft zu schüren und so Voraussetzungen für einen 'Regime Change' auch in Moskau zu schaffen"[196]

Und tatsächlich: Auch wenn der niedrige Ölpreis sich für die Wirtschaft fataler auswirkt, schmerzen die Sanktionen Russland doch erheblich. Trotzdem erfreut sich Wladimir Putin aber in der Bevölkerung ganz augenscheinlich aktuell großer Beliebtheit, seine Zustimmungswerte sollen im Februar 2015 über 85% betragen haben.[197] Vor diesem Hintergrund von einer Zivilgesellschaft zu faseln, die dem System Putin ein Ende bereiten soll, ist – milde formuliert – hochgradig fahrlässig. Denn spätestens wenn die Sanktionen im Kreml als destabilisierende Vorstufe gewertet werden, um auch in Russland eine „bunte Revolution" anzuzetteln, ist mit einer Eskalation in noch einmal ganz anderen Dimensionen als ohnehin bereits zu rechnen. Auch wenn ein solches Szenario derzeit noch in einiger Ferne scheint, ist die angespannte Lage schon allein deshalb brandgefährlich, weil ein kleiner Funke oder ggf. auch nur ein Missverständnis im schlimmsten Fall der letzte Funke sein könnte, um das Pulverfass endgültig in die Luft zu jagen.

5.2 Spiel mit dem Feuer: NATO-Mobilmachung und Kriegsspiele

Der gewöhnlich exzellent informierte Insiderdienst „Jane's Intelligence Review" hält einen militärischen Angriff Russlands gegen einen der baltischen Staaten oder Polen für extrem unwahrscheinlich: „Jane's gelangt zu der Einschätzung, dass das Risiko einer offenen bewaffneten russischen Aggression gegen einen der baltischen Staaten gering ist. Russland wird mit proaktiven Manövern, Grenzverletzungen und der Stationierung von Waffen in Kaliningrad fortfahren, aber dies dient der Einschüchterung der baltischen Staaten, nicht einem militärischen Angriff."[198]

Doch genau mit dem Argument, die osteuropäischen Mitglieder müssten „beruhigt" werden, initiierte die NATO eine regelrechte Mobilmachung gegen Russland, die auf dem Gipfeltreffen des Bündnisses im September 2014 noch einmal erheblich intensiviert wurde. Bereits frühzeitig wurden die Luftraumüberwachung über Osteuropa aufgestockt, mehr Manöver wurden durchgeführt und seitens der USA eine „European Reassurance Initiative" im Gesamtumfang etwa 1. Mrd. Dollar ins Leben gerufen. So bilanzierte der damalige NATO-Generalsekretär – und Russland-Hardliner – Anders Fogh Rasmussen im Mai 2014 zufrieden: „Wir haben bereits unmittelbare Maßnahmen ergriffen: Mehr Flugzeuge in der Luft, mehr Schiffe auf dem Meer und mehr Manöver am Boden."[199] Gleichzeitig kündigte er schon damals einen „Bereitschafts-Aktionsplan" („Readiness Action Plan") an, mit dem die anti-russischen Maßnahmen noch weiter intensiviert werden sollten und der schlussendlich auf dem NATO-Gipfel in Wales verabschiedet wurde.

Generell finden sich im NATO-Gipfelbericht ungewöhnlich viele und ungewöhnlich scharfe Anfeindungen gegenüber Moskau. Da werden „Russlands aggressive Handlungen gegen die Ukraine" kritisiert und die „russische Eskalation und illegale militärische Intervention aufs Schärfste verurteilt."[200] Ungeachtet aller Beschwichtigungen, dies sei nicht der Fall, wird hiermit also die NATO-Russland-Akte aus dem Jahr 1997 faktisch aufgekündigt, in der es heißt: „Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner."[201] Mit dem „Readiness Action Plan" wurde also faktisch ein neues Kapitel aufgeschlagen: Die Zeit, in der eine russlandfeindliche Politik in warme Worte gepackt wurde, ist vorüber, nun befindet man sich erneut in einer Phase der offenen Konfrontation, wie Hardliner bejubeln: „Der neue 'Bereitschafts-Aktionsplan' [...] ist ein wichtiger Wendepunkt. Denn er bricht mit

dem Geist der Nato-Russland-Gründungsakte von 1997, die sich als Illusion erwiesen hat.“[202]

Gemäß dem geheimen Dokument sollen fünf neue Militärstützpunkte – in den drei baltischen Staaten sowie in Polen und Rumänien – mit einer ständigen Besatzung von 300 bis 600 Soldaten errichtet werden. Die weiteren Details wurden von der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ folgendermaßen beschrieben: „In dem Dokument wird Russland als ‘Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit’ eingestuft. Sein Vorgehen in der Ukraine wird unter dem Schlagwort ‘hybrid warfare’ (gemischte, unkonventionelle Kriegsführung) analysiert. Die Allianz verpflichtet sich darauf, ‘die Fähigkeit der östlichen Alliierten zu erhöhen, Truppenverstärkungen aufzunehmen’. Das soll durch neue Kommandostrukturen und die Vorverlagerung von Ausrüstung geschehen. [...] Außerdem soll eine schnelle Eingreiftruppe mit etwa 4000 Mann gebildet werden, die man im Fall eines Angriffs oder Einsickerns feindlicher Kämpfer binnen Tagen nach Osten verlegen kann.“[203]

Später wurde die Zahl für diese „Very High Readiness Joint Task Force“ (VRTF) oder auch „Speerspitze” genannte neue Truppe auf 5.000 bis 7.000 Soldaten nach oben „korrigiert“, die Teil der ebenfalls von 17.000 auf 30.000 Soldaten aufgestockten Schnellen NATO-Eingreiftruppe (NRF) sein wird. Die VRTF soll innerhalb von zwei bis fünf Tagen ab 2016 einsatzbereit sein und weltweit operieren können. Das Abschlussdokument des NATO-Gipfels lässt aber keine Zweifel, wo der Schwerpunkt und damit der Gegner verortet wird: „Die Very High Readiness Joint Task Force wird in der Lage sein, [...] auf aufziehende Herausforderungen besonders an der Peripherie der NATO zu antworten.“[204] Damit wurde klargestellt, dass die Truppe unter Umständen aus Sicht der NATO auch in unmittelbarer Nähe zu Russland außerhalb des Bündnisgebietes agieren können soll – etwa in Ländern wie Georgien oder eben der Ukraine.

Die „Speerspitze“ wird unter Führung Deutschlands unter Beteiligung von 2.700 Bundeswehr-Soldaten aufgebaut. Das Verteidigungsministerium verkündet stolz, bei der NATO-Speerspitze habe Deutschland die „Schlüsselrolle“.[205] Doch auch generell spielt die Bundesregierung innerhalb der NATO derzeit eine zentrale Rolle, wie etwa die Regierungsberater der Stiftung Wissenschaft und Politik betonen: „Auf dem Gipfel in Wales im September 2014 haben die Nato-Staaten als Reaktion auf die Ukraine-Krise die tiefgreifendste militärische Anpassung der Allianz seit dem Ende des Kalten Krieges beschlossen. Ziel ist eine umfangreiche Stärkung und Anpassung der Verteidigungsfähigkeiten. [...] Deutschland ist das Rückgrat für die militärische Neuaufstellung der Allianz.“[206]

Von den unzähligen Manövern, die seitens der NATO seit Ausbruch der Krise abgehalten wurden (siehe Kasten „Mobilmachung“), basieren einige auf regelrecht beängstigenden Szenarien: „Ein Artikel des Nachrichtenportals German-Foreign-Policy.com (GfP) vermittelt einen ersten Eindruck, welche Szenarien bei besagten Manövern im Zentrum stehen. So habe das Marienberger Panzergrenadierbataillon 371 Ende Mai 2014 an der Übung „Reliable Sword“ teilgenommen: „Dieser lag nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Niederlande folgendes Szenario zugrunde: ‘Bewaffnete Aufständische gefährden die Stabilität eines fiktiven Landes. Um den inneren Frieden wieder herzustellen, hat die Regierung die internationale Gemeinschaft um Hilfe gebeten.’ Das Drehbuch beinhaltete in erster Linie klassische Luftlandeoperationen, die das Ziel verfolgten, den Widerstand der Insurgenten gewaltsam zu brechen. Ähnliches spielte sich im September 2014 im norwegischen Elverum ab, wo Teile des Panzergrenadierbataillons 371 in das Manöver ‘Noble Ledger’ involviert waren. Auch hier ging es um die militärische Bekämpfung von Separatisten, die für die ‘illegale Unabhängigkeitserklärung’ einer Provinz eines fiktiven Staates verantwortlich gemacht wurden. Die deutlichen Parallelen zur Situation in der Ukraine waren dabei offensichtlich beabsichtigt; wie die Bundeswehr erklärte, habe das Szenario ‘im aktuellen politischen Umfeld sehr real’ gewirkt.“[207]

Auch die NATO-Stabsrahmenübung „Trident Joust“, die Mitte Oktober 2014 stattfand, spricht Bände: „Nach einem aus Norden vorgetragenen Angriff des Landes Bothnien auf die zu Estland gehörende Insel Hiiumaa geht es darum, die feindlichen Kräfte zurückzuwerfen. Eine französische und eine amerikanische Brigade führen Offensivaktionen gegen die zurückweichenden, nur noch hinhaltend kämpfenden gegnerischen Truppen durch; die Nato verfügt über die Luft- und die Seeherrschaft. [...] Kern der übungshalber zugunsten Estlands eingesetzten Task-Force bildete die Nato Response Force (NRF). [...] Die Mischung von echten und fiktiven Länderbezeichnungen und Staatsgrenzen verlangte zwar einiges Abstraktionsvermögen, die Bewaffnung des Angreifers, beispielsweise mit ballistischen Boden-Boden-Raketen vom Typ Scud-D, liess aber keine Zweifel darüber aufkommen, dass mit Bothnien Russland gemeint war. Kurz vor Übungsabbruch verhinderte die Nato, dass Bothnien ein Fait accompli schaffen konnte. Vor diesem Hintergrund wurde ausserhalb des Übungsgeschehens denn auch immer wieder auf die strategische Zäsur hingewiesen, welche die Annexion der Krim durch Präsident Putin geschaffen hat.“[208]

Vor diesem Hintergrund ist es regelrecht beängstigend, wenn auch in Deutschland eine westliche Militärintervention in der Ukraine teils offen eingefordert wird. So äußerte sich etwa der Militärexperte Gustav Gressel: „‘Die OSZE-Mission ist ein Alibi für die Untätigkeit des Westens‘, sagt Gustav Gressel, ein Militärexperte beim European Council on Foreign Relations (ECFR), einem Thinktank für außenpolitische Fragen. ‚Daher wäre eine UN-Mission oder eine EU-Nato-Mission auf Einladung der Ukraine weit besser. Wenn sich Russland im Sicherheitsrat gegen Ersteres sträubt, sollte man ihm mit der EU-Nato-Mission drohen – Moskau wäre dann in dieser Frage auch sofort gesprächsbereit.‘“[209]

5.3 „Würfelspiel mit der Katastrophe“

Frappierend ist, dass es den Anschein hat, als würden große Teile der westlichen Entscheidungsträger das beträchtliche Eskalationspotenzial und die diversen Optionen, mit denen Russland auf die massiven Angriffe auf seine vitalen Sicherheitsinteressen reagieren könnte, vollkommen ignorieren. Eventuelle russische Gegenmaßnahmen könnten sich, wie vielerorts diskutiert, auf mögliche Lieferstopps für Energie erstrecken[210], aber auch auf den etwas weniger beachteten Finanzsektor. Denn Russland hat gegenüber europäischen Banken erhebliche Verbindlichkeiten von zusammengenommen 128 Mrd. Euro aufgehäuft. Davon entfallen auf französische Geldinstitute 37

Mobilmachung: NATO-Manöver

Eine auf Basis von Angaben des Blogs „Augengeradeaus“ erstellte Auflistung diverser NATO-Manöver des Jahres 2015 gibt einen Einblick über das Ausmaß der Mobilmachung nach Osten, auch wenn sie nicht einmal Anspruch auf Vollständigkeit beansprucht:

– SUMMER SHIELD (LIVEX) in Lettland, 21. bis 31. März, 950 Teilnehmer, davon etwa 50 Deutsche;
– PERSISTENT PRESENCE 15 (ganzjährige Manöverserie in Polen und im Baltikum, deutsche Beteiligung);
– 2015 VJTF FUNCTIONS TESTING: div. Kommandostäbe, 7. bis 10. April, Alarmierungsübung für die NATO-Speerspitze, die Interims-Very High Readiness Joint Task Force. Mit dabei SHAPE, Joint Forces Command Naples, das Deutsch-Niederländische Korps in Münster sowie Einheiten aus Tschechien, Deutschland, den Niederlanden und Norwegen;
– FALCON VIKING: Munster, Mai, Verlegeübung für die Interims-VJTF, u.a. mit dem deutschen Gefechtsverband NATO Response Force, im Kern dem Panzergrenadierbataillon 371 aus Marienberg;
– NOBLE JUMP: 9. bis 21. Juni 2015: Verlegeübung (DepEx) von Teilen der Interims-VJTF nach Polen (deutscher Anteil ca. 350 Soldaten);
– SIIL 15 – STEADFAST JAVELIN: 6. bis 12. Mai, Estland, deutsche Beteiligung ca. 80 Soldaten
– SABER STRIKE 2015: Polen, Estland, Lettland, Litauen, 8. bis 20. Juni 2015;
– IRON WOLF: 8. bis 20. Juni, Litauen, deutsche Beteiligung ca. 400 Soldaten;
– BALTOPS 2015: Ostsee, 6. bis 23. Juni 2015: US-organisiertes Seemanöver, deutsche Beteiligung ca. 500 Soldaten;
– SWIFT RESPONSE: 18. August bis 15. September 2015 in Deutschland, Italien und Bulgarien;
– SILVER ARROW: Lettland, 21. bis 30. September, deutsche Beteiligung ca. 250 Soldaten;
– TRIDENT JUNCTURE 2015: Italien, Portugal, Spanien, 28. September bis 16. Oktober (CPX), 21. Oktober bis 6. November 2015 (Live Exercise), die große Übung des Jahres für die NATO Response Force (NRF) mit mehr als 25.000 Soldaten (darunter der deutsche Anteil an der NRF 2016, Teile des Gebirgsjägerbataillons 233 (laut Bundeswehr-Angaben));
– IRON SWORD 15: Litauen, November, deutsche Beteiligung ca. 150 Soldaten;
– COMPACT EAGLE: Polen, 21. bis 27. November 2015: Command Post Exercise/Computer Assisted Exercise (CPX/CAX) unter Führung des Multinationalen Korps Nordost in Stettin (Quelle: Pflüger, Tobias: NATO: Aufrüstung gegen Russland, IMI-Standpunkt 2015/013).

Quelle: NATO

Mrd., auf italienische 21 Mrd., auf österreichische 14,6 Mrd. und auf deutsche 15 Mrd. Euro. Sollte sich Russland, was von Wladimir Putin als mögliche Option ins Spiel gebracht wurde, zu einem radikalen Schuldenschnitt als Gegenmaßnahme entscheiden, hätte dies gravierende Folgen für das europäische Bankensystem, wovor die Zeitung Die Welt ausdrücklich warnt: „Selbst eine Staatspleite Russlands gilt nicht mehr als ausgeschlossen. Nicht unbedingt, weil Präsident Wladimir Putin seine Schulden nicht mehr zurückzahlen kann – womöglich will er das schlicht nicht mehr. Als Reaktion auf die Wirtschaftssanktionen, die dem Land immer mehr zu schaffen machen, könnte er die westlichen Gläubiger seines Landes abstrafen, so spekulieren manche Bankvorstände.“[211]

Es ist und bleibt aber der militärische Bereich, dem das größte Eskalationspotenzial innewohnt. Angesichts der – auch von russischer Seite massiv intensivierten – Manöver steigt die Gefahr eines Unfalls mit unabsehbareren Folgen rapide an. Schon im November 2014 warnte die Studie „Dangerous Brinkmanship“ des „European Leadership Network“ davor, dass es in einer Reihe von Fällen zu brenzligen Situationen gekommen sei, die auch leicht zu einem Krieg zwischen Russland und dem Westen hätten führen können.[212] Damals wurden 40 solche Situationen identifiziert, in einem Update im März 2015 kamen noch einmal 27 weitere hinzu.[213] Besonders gefährlich sind Beinahe-Zusammenstöße im Luftraum. Sie werden auch durch zunehmende NATO-Tätigkeiten in Osteuropa wahrscheinlicher, denen Russland wiederum meint, etwas entgegensetzen zu müssen. Die russische Nachrichtenagentur Sputnik schreibt dazu: „Die Zahl der Flüge insgesamt und die der Luftwaffe der Nato-Mitglieder in den Regionen, die an Russland und Weißrussland grenzen, habe sich 2014 auf 3000 verdoppelt, äußerte [der russische NATO-Botschafter Alexander] Gruschko [...]. Die Zahl der Flüge von US-Aufklärungsflugzeugen sei von 22 im Jahr 2013 auf 140 im Jahr 2014 gestiegen. Awacs-Aufklärer fliegen sehr aktiv über Rumänien, Polen und dem Schwarzen Meer. 2014 habe es 460 Awacs-Einsätze gegeben. ‘Die Nato sollte sich nicht wundern, dass wir ihre Flugzeuge begleiten und abfangen, um zu klären, welche Aufgaben sie fliegen. Dies umso mehr, da es nahe unserer Grenze geschieht’, fügte er hinzu.“[214]

Angesichts dessen ist es umso Besorgnis erregender, dass derzeit das gesamte etablierte Rüstungskontrollsystem im Begriff ist, in sich zusammenzustürzen. Dazu gehört die Aufkündigung des „Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa“ (KSE) durch Russland im März 2015, die mit der Verlegung von US-Soldaten und Kampffahrzeugen ins Baltikum begründet wurde. Darüber hinaus gibt es sowohl in den USA als auch in Russland einflussreiche Kräfte, die auf eine Kündigung des INF-Vertrages über atomare Mittelstreckenraketen drängen.[215]

Am bedrohlichsten sind aber die zahlreichen Anzeichen für ein neues Wettrüsten im Bereich der strategischen Atomwaffen, insbesondere, weil inzwischen teils

Russland als Rüstungslegitimation

Mit Verweis auf Russland lässt sich aktuell nahezu jedes noch so hirnrissige Rüstungsprojekt legitimieren. So plädierte der SPD-Verteidigungsexporte Rainer Arnold bereits im April 2014 unter Verweis auf die „russische Gefahr“ für den Erhalt einer größeren Panzerflotte (Spiegel Online, 06.04.2014). Diesem „Wunsch“ wurde im Mai 2015 entsprochen: Nicht mehr wie ursprünglich 225, sondern nun 325 Leopard-Kampfpanzer sollen künftig zur Abschreckung Russlands vorgehalten und auch eine neue Panzergeneration (“Leopard-3”) entwickelt werden. Als ob es damit nicht genug wäre, meldete sich kurz zuvor auch noch der ehemalige Chef des Planungsstabes im Verteidigungsministerium, Hans Rühle, zu Wort, die Leopard-Kampfpanzer müssten Uranmunition ausgestattet, um hinreichend durchschlagsfähig zu sein (Welt, 26.04.2015). Doch die atomaren Planspiele reichen hierüber deutlich hinaus, wie aus Aussagen des Mitarbeiters der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Karl-Heinz Kamp, hervorgeht: “Da es sich bei dem Konflikt mit Russland nicht um eine bloße Schlechtwetterfront, sondern um einen grundlegenden Klimawandel handelt, muss das Gesamtpaket der Abschreckung in einen neuen Zusammenhang gestellt werden.” Dies betreffe sowohl konventionelle Fähigkeiten, aber auch “die Nuklearwaffen (in Europa und in den USA)” (German-Foreign-Policy.com, 13.05.2015).

Ganz generell erweist sich der Verweis auf Russland als überaus „lohnend“, wenn es darum geht, substanzielle Erhöhungen der Rüstungsausgaben einzufordern. Dabei gilt es zunächst festzuhalten, dass der Militärhaushalt ohnehin von (umgerechnet) 23,18 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf etwa 33 Mrd. im Jahr 2015 anstieg. Selbst inflationsbereinigt handelt es sich hier um eine nahezu 25%ige Steigerung! Und das, obwohl das – eigentlich verbindlich – vereinbarte Sparziel vom Juni 2010 eine Absenkung des Etats auf 27,6 Mrd. Euro vorgesehen hatte. Bei der Vorstellung der Eckpunkte der Haushaltsplanung am 18. März 2015 kündigte Finanzminister Wolfgang Schäuble mit dem „Eckwerte-Papier“ dann sogar eine weitere Erhöhung an. Demnach soll der Etat 2016 auf 34,2 Mrd. Euro steigen, im Jahr darauf sollen es 34,74 Mrd. und 2018 dann 34,8 Mrd. sein, um 2019 schließlich 35 Mrd. zu umfassen. Als Begründung für die Erhöhung führt das Eckwerte-Papier u.a. den Konflikt mit Russland an, erforderlich sei deshalb „die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für ein höheres NATO-Engagement und zur Stärkung des verteidigungsinvestiven Bereichs.“ (Augengeradeaus, 17.03.2015)

Kampfpanzer Leopard 2 A7. Quelle: tm/Wikipedia

sogar wieder mit deren Einsatz gedroht wird: „Doch es sind mehr als mediale Wortgefechte. Ende März [2015] meldet die russische Nachrichtenagentur TASS den erfolgreichen Test einer neuen russischen Atomrakete. Noch in diesem Jahr soll sie gefechtsbereit sein. Teil eines großen Modernisierungsprogramms der russischen Nuklearstreitkräfte. Doch auch die USA planen, die atomaren Relikte des Kalten Krieges fit zu machen für die Zukunft. In den Finanzplänen des US-Kongress sind in den nächsten zehn Jahren 348 Milliarden Dollar für die Atomstreitkräfte des Landes vorgesehen.“[216]

Schon die Liste an Beinahe-Katastrophen während des Kalten Krieges ist erschreckend lang und heute ist die Gefahr einer „unabsichtlichen“ Eskalation so groß wie seit vielen Jahren nicht mehr. Dies ist umso problematischer, weil trotz zahlreicher Fast-Kollisionen der jüngeren Vergangenheit nahezu sämtliche Kommunikationskanäle abgebrochen sind – das aus dem Kalten Krieg bekannte „Rote Telefon“ existierte Berichten zufolge nicht mehr, wovor Hans M. Kristensen von der „Federation of American Scientists“ warnt: „Die Verantwortlichen hier in Washington sind verblüfft, wie weitgehend die Kommunikationskanäle inzwischen dicht gemacht wurden. Selbst bei dem, was früher tägliche Routine war.“[217]

Zwar wurde im April 2015 dann bekannt, dass wieder ein direkter Kommunikationskanal zwischen der NATO und dem russischen Militär eingerichtet wurde[218], wie gefährlich die Lage aber weiterhin bleibt, zeigt etwa die von den USA lancierte Debatte um die Lieferung schweren Kriegsgeräts an die ukrainische Regierung. Sie würde Berichten zufolge russischerseits als „Kriegserklärung“ aufgefasst und mit massiven Eskalationsschritten beantwortet.[219] Und hierbei handelt es sich nur um eines der verschiedenen möglichen Szenarien, wie die Situation komplett „aus dem Ruder“ laufen könnte. Somit ist dem Historiker Michael Stürmer zuzustimmen, der die NATO vor ihrem hochgefährlichen Spiel warnte: „Waffen für die Ukraine, Nato-Mitgliedschaft? Damit überfordert sich das Bündnis und verstärkt die Gefahr des großen Krieges. Im Schatten nuklearer Waffen ist das ein Würfelspiel mit der Katastrophe.“[220]

5.4 Swing State Deutschland?

Wenn aus zwei sich feindselig gegenüberstehenden Lagern derselbe Schlüsselstaat für die weitere Entwicklung identifiziert wird, lässt das aufhorchen. So bezeichnete einerseits George Friedman, der bereits mehrfach zitierte Chef des privaten Nachrichtendienstes Stratfor, Deutschland als die „wirklich unbekannte Variable“ dafür, wie die westlich-russischen Beziehungen in Zukunft aussehen werden.[221] Auf der anderen Seite wird – wenn auch sicher mit gänzlich anderen Hintergedanken – im Staatssender „Russia Today“ argumentiert, Deutschland stehe vor grundlegenden Richtungsentscheidungen, wobei aber aufgrund der Notwendigkeit, sich neue Absatzmärkte zu erschließen, die Bildung einer „Achse Berlin-Moskau-Pe-

king“ auf lange Sicht „unabwendbar sein wird“.[222]

Diesbezügliche Avancen seitens Russlands sind nicht neu, erinnert sei etwa an den bereits erwähnten Auftritt Wladimir Putins vor dem deutschen Bundestag im September 2001, der etwa vom Geostrategen Brzezinski völlig zu Recht als Angebot interpretiert wurde, einen anti-amerikanischen Gegenblock zu formieren: „Man sollte sich auch an Putins Aufruf an Deutschland erinnern, gemeinsam mit Russland eine europäische Weltmacht zu schaffen, die unabhängig von den Vereinigten Staaten sein solle.“[223] Eine solche Entwicklung würde aus Sicht der USA – nicht erst seit Kurzem – einem Horrorszenario gleichkommen, wie erneut George Friedman beschreibt: „Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im ersten und zweiten Weltkrieg und im kalten Krieg, richtete sich auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war, sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. [...] Für die Vereinigten Staaten ist das Hauptziel, daß [...] deutsches Kapital und deutsche Technologien, und die russischen Rohstoffressourcen und die russische Arbeitskraft sich nicht zu einer einzigartigen Kombination verbinden, die die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern versuchen.“[224]

Vor diesem Hintergrund werden die immer wieder auftretenden Spannungen zwischen den USA und Deutschland teils als untrügliches Zeichen gewertet, dass sich Deutschland – zumindest mittelfristig, wie etwa in oben zitiertem „Russia-Today-Artikel“ prognostiziert – von den USA abwenden werde. Indizien dafür werden etwa im zunehmenden bzw. seit Langem hohen Handelsvolumen mit Russland und China, aber auch anderen Schwellenländern gesehen, die gegenüber dem US-Markt an Relevanz gewinnen. Hinzu kommt die Tendenz der USA, bei Meinungsverschiedenheiten im Bündnis zumeist wenig bis keine Rücksicht auf die Interessen der Verbündeten zu nehmen, was zunehmend für Unmut sorgt. „Kurz vor der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz [2010] bilanzieren deutsche Regierungsberater die US-Weltpolitik nach dem Ende der Ära Bush. Präsident Obama habe zu Beginn seiner Amtszeit ‚große Erwartungen‘ hinsichtlich einer intensiven Kooperation mit Berlin und der EU geweckt, schreibt die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. Tatsächlich aber sei ‚kaum mehr als eine Akzentverschiebung‘ eingetreten. Washington räume dem ‚Multilateralismus‘ – einer Chiffre für das deutsch-europäische Bestreben, als Weltmacht mit den USA gleichzuziehen – nach wie vor nur eine instrumentelle Rolle ein.“[225]

Dass es um die transatlantischen Beziehungen schon einmal besser stand, wurde durch den NSA-Abhörskandal und vor allem auch durch die offenen Auseinandersetzungen um den Kurs im Ukraine-Konflikt ebenfalls sehr deutlich. Wie bereits beschrieben, kam es bereits bei der Frage, wessen Vertreter nach dem Machtwechsel in Kiew in Schlüsselpositionen gelangen sollte, der Deutschlands (Klitschko) oder der der USA (Jazenjuk) zu heftigen Reibereien (siehe Kapitel 3.3). Wie ebenfalls bereits ausgeführt, haben diese Konflikte ihre eigentliche Ursache in recht unterschiedlichen Vorstellungen, wie der Ukraine-Konflikt weiter „bearbeitet“ werden soll. Während die USA bereit zu sein scheinen, einen Eskalationskurs gegenüber Moskau einzuschlagen, ist Deutschland hier augenscheinlich etwas vorsichtiger. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten stehen hier aufgrund des ungleich höheren Handelsvolumens beträchtliche ökonomische Interessen auf dem Spiel, die zur Folge haben, dass in Deutschland auch relevante Teile der Führungsschichten auf einen – etwas – moderateren Kurs drängen.[226]

Überdeutlich traten diese Differenzen in der Frage, ob schwere Waffen an die ukrainische Regierung geliefert werden sollen, bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2015 zu Tage. Unmittelbar zuvor hatten die USA den Aufschlag gemacht, indem kurz vor der Konferenz ein „Expertenbericht“ dreier wichtiger Denkfabriken veröffentlicht wurde, der durch mehrere ehemalige demokratische Regierungsmitglieder erstellt wurde. Im Kern wurde darin dafür plädiert, nicht mehr wie bisher „nur“ nicht-letale, sondern nun auch offensive Waffensysteme im Wert von 3 Mrd. Dollar zwischen 2015 und 2017 an die Ukraine zu liefern.[227]

Natürlich diente auch die bisher geleistete „nicht-tödliche Unterstützung“ teils der Durchführung von Offensivaktionen[228], aber es versteht sich von selbst, dass es sich bei den neuen Plänen um eine komplett neue Stufe auf der Eskalationsleiter handeln würde. Dies wird allein schon daraus ersichtlich, dass etwa die Bild-Zeitung betonte, dass es hier um mehr geht, als „nur“ um Waffenlieferungen, nämlich um die Gefahr einer direkten Konfrontation: „Brisant: Die geplanten Waffen und Systeme sind technisch so anspruchsvoll, dass US-Soldaten die ukrainische Armee vermutlich trainieren müssten. Damit würden die USA mit eigenen Truppen in den Konflikt eingreifen.“[229] Kurz nach Veröffentlichung des Expertenberichts tauchten dann Meldungen auf, auch innerhalb der US-Regierung habe diesbezüglich ein Umdenken eingesetzt: Sowohl US-Außenminister John Kerry und US-Generalstabschef Martin Dempsey als auch die Sicherheitsberaterin von Präsident Barack Obama, Susan Rice, seien nun gewillt, Waffenlieferungen ernsthaft in Erwägung zu ziehen.[230]

Derart präpariert reiste die US-Delegation nach München und verlieh dieser Forderung lautstark mit gleich mehrere Stimmen Nachdruck. Etwas verklausuliert, aber letztlich doch eindeutig äußerte sich US-Vizepräsident Joseph Biden folgendermaßen: „Lassen sie mich eines klar sagen: Wir glauben nicht an eine militärische Lösung in der Ukraine. Aber lassen sie mich ebenso klar festhalten: Wir glauben nicht, dass Russland das Recht hat, zu tun, was es aktuell tut. Wir glauben, wir sollten einen ehrenvollen Frieden anstreben. Aber wir sind auch der Meinung, dass die ukrainischen Menschen das Recht haben, sich zu verteidigen. [...] Zu oft hat Präsident Putin Frieden versprochen und Panzer, Truppen und Waffen geliefert. Deshalb werden wir der Ukraine weiter Sicherheitsunterstützung gewähren, nicht um einen Krieg zu befeuern, sondern um es der Ukraine zu erlauben, sich selbst zu verteidigen.“[231]

In Deutschland griffen allerdings nur wenige die Steilvorlage aus Washington auf – darunter aber immerhin Wolfgang Ischinger, der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz: „Von Kritikern wird der Sicherheitskonferenz seit jeher vorgeworfen, dass sie eher die militärische Konfrontation schürt, als den Frieden auf der Welt voranzubringen. Diesmal hat Ischinger jedoch im Vorfeld einen Beitrag dazu geleistet, dieses Vorurteil zu stärken. Im ZDF sprach er sich für ‘eine Ankündigung möglicher Waffen-

lieferungen' an die Ukraine aus, um Russland zu mehr Einflussnahme auf die Separatisten zu drängen. 'Wichtig' und 'angemessen' nannte er entsprechende Überlegungen in den USA. 'Manchmal braucht man Druck, um Frieden zu erzwingen.'"[232]

Doch zu diesem Zeitpunkt zumindest gab es innerhalb der Bundesregierung für diese Forderung keinerlei Mehrheit, sowohl Angela Merkel als auch Frank-Walter Steinmeier erteilten ihr auf der Sicherheitskonferenz eine klare Absage. So fasst die Welt die Antwort der Bundeskanzlerin auf eine Nachfrage folgendermaßen zusammen: „'Das Problem ist, dass ich mir keine Situation vorstellen kann, in der eine verbesserte Ausrüstung der ukrainischen Armee zu einer Lösung beitragen kann', sagt Merkel. Die Vorstellung, die ukrainische Armee allein durch Waffenlieferungen in eine Lage zu versetzen, wo sie es mit dem überlegenen Gegner aufnehmen könne, sei illusorisch. ‚Militärisch ist das nicht zu gewinnen', wiederholte Merkel diesmal vehement, ‚das ist die bittere Wahrheit'."[233]

Da dies überhaupt nicht das war, was die eigens aus den USA angereisten Hardliner hören wollten, polterte der einflussreiche republikanische US-Senator John McCain heftig gegen Merkels Aussagen: „Wenn die Kanzlerin sagt, dass wir den Ukrainern unter keinen Umständen Waffen liefern sollten, damit sie sich verteidigen können und nicht abgeschlachtet werden, dann liegt sie damit schrecklich falsch und ich bin völlig anderer Meinung als sie. […] Und wenn sich ernsthaft jemand weigert, den Ukrainern die Möglichkeit zur Selbstverteidigung zu geben und dann von mir eine Entschuldigung will, dann antworte ich: Sagt mir, wofür ich mich entschuldigen soll? Sollten sie sich nicht viel mehr bei den Familien der 5000 Ukrainer entschuldigen, die von den Russen abgeschlachtet worden sind? […] Man könnte meinen, sie hat keine Ahnung oder es ist ihr egal, dass Menschen in der Ukraine abgeschlachtet werden."[234]

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Artikel der Bild-Zeitung, demzufolge es am Abend des ersten Konferenztages zu einem Treffen der US-Delegation gekommen sein soll, bei dem sich heftig über den angeblichen „Kuschelkurs" der deutschen Regierung beschwert wurde. Zugegen war u.a. die EU-Abteilungsleiterin im US-Außenministerium, Victoria Nuland, die schon mehrfach mit abfälligen Bemerkungen über die Verbündeten ("Fuck-the-EU") auf sich aufmerksam gemacht hatte. Sie soll sich lautstark über „Merkels Moskau-Zeug" beschwert und gefordert haben, den aggressiven US-Kurs gegenüber den EU-Verbündeten vehement zu vertreten: „Sie fürchten sich vor Schäden für ihre Wirtschaft, Gegensanktionen der Russen. [...] Wir können gegen die Europäer kämpfen, rhetorisch gegen sie kämpfen."[235]

Es ist schwer vorstellbar, dass diese Ansage, die Sicherheitskonferenz zu nutzen, um die deutsche Ablehnung von Waffenlieferungen weichzuklopfen, nicht von höchster Stelle, sprich dem US-Präsidenten, abgesegnet worden war. Selbst wenn dem nicht der Fall gewesen sein sollte, war und ist es Obama, der es der ausgewiesenen Hardlinerin Nuland augenscheinlich immer wieder überlässt, den US-Kurs in diesem Konflikt zu bestimmen. Wie auch immer: Offensichtlich gelang es den USA nicht, sich in dieser Frage durchzusetzen. Sie verzichteten vorläufig auf die Lieferung schweren Geräts, die von Russland – und so wäre es wohl auch beabsichtigt gewesen – als gravierender Eskalationsschritt aufgefasst und mit entsprechenden Gegenaktionen beantwortet worden wäre. Die im Raume stehenden Waffenstillstandsvereinbarungen wären unter solchen Umständen wohl zum Scheitern verurteilt gewesen. Stattdessen kam es unter maßgeblicher Vermittlung Deutschlands am 12. Februar 2015 zum Abschluss der sogenannten Minsk-II-Vereinbarung, die zu einer vorläufigen Beruhigung und einem – wenn auch brüchigen und stets gefährdeten – Waffenstillstand führte.

Auch seither wird immer wieder versucht, teils sogar recht deutlich, Bestrebungen der US-Seite, weiter Öl ins Feuer zu gießen, entgegenzutreten. So etwa Anfang März 2015, als das Kanzleramt dem US-General Breedlove reichlich undiplomatisch faktisch vorwarf, er betreibe Kriegshetze. So hieß es etwa bei Spiegel Online: „Äußerungen des Nato-Oberbefehlshabers in Europa zum Ukraine-Konflikt stoßen bei mehreren Alliierten, darunter Deutschland, auf Kritik. General Philip Breedlove wird nach SPIEGEL-Informationen aus den Hauptstädten vorgeworfen, die militärische Rolle Russlands in der Ostukraine seit Ausbruch der Krise übertrieben dargestellt zu haben. Im Kanzleramt ist sogar von 'gefährlicher Propaganda' die Rede. Außenminister Frank-Walter Steinmeier intervenierte deswegen persönlich bei Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg."[236]

Die entscheidende Frage ist, wie diese Streitereien zu bewerten sind, wobei drei Aspekte die wichtigsten Schlussfolgerungen sein dürften:

Erstens ist die auch in der Friedensbewegung teils gepflegte Vorstellung, Deutschland sei in seiner Ukraine-Politik – und anderswo auch – nichts anderes als der verlängerte Arm Washingtons geradezu irrwitzig. Deutschland wird von den USA keineswegs am Nasenring durchs internationale Parkett gezogen, es hat identifizierbare und aus kapitalistischer Sicht nachvollziehbar teils unterschiedliche Interessen als die USA und ist augenscheinlich gewillt und in der Lage diese zumindest manchmal auch gegen Washington durchzusetzen, wie die Frage der Waffenlieferungen untermauert. Und selbst dort, wo dies nicht gelingt, etwa bei der Zusammensetzung der Übergangsregierung, ist dies noch lange kein Beweis, dass in Washington nur ein paar Hebel umgelegt werden müssen und in Deutschland tanzen daraufhin die Politpuppen nach der Pfeife der USA.

Zweitens ist es sicher zu begrüßen, dass die Bundesregierung die Forderungen nach der Lieferung von Offensivwaffen ablehnte und sich erfolgreich für den Abschluss eines Waffenstillstandsabkommens (Minsk-II) einsetzte. Allerdings sollte die Bundesregierung hierfür nicht über den grünen Klee gelobt werden, schließlich entspringt ihre Haltung ihrer Interessenslage. Und es waren diese Interessen und die daraus abgeleitete anti-russische Politik, die zuvorderst erst einmal zu der katastrophalen Eskalation der Lage beigetragen haben, die man nun mühsam versuchen muss, zu stabilisieren.

Und schließlich sollten *drittens* die Interessenskonflikte zwischen den USA und Deutschland – so eindeutig sie auch identifizierbar sind – auch nicht überbewertet werden. Es handelt sich dabei um eine Art Interessenskonflikt zweiter Ordnung, der eher taktischer denn strategischer Natur ist. Das liegt auch daran, dass gemessen am Handel mit den USA, der mit Russland doch deutlich zurückbleibt. Gingen nach Russland im Jahr 2013 Waren

Die Chefunterhändler der USA (Dan Mullaney) und der EU (Ignacio Garcia Bercero) während der sechsten Verhandlungsrunde um das TTIP vom 14. bis 18. Juli 2014 in Brüssel. Foto: Europäische Union

im Wert von 35,8 Mrd. Euro, wurden in die USA im selben Jahr Güter für 89,4 Mrd. Euro (2010 waren es noch 65,5 Mrd.) abgesetzt. Während das Russland-Geschäft dann 2014 (29,3 Mrd.) weiter einbrach, wurde dies durch einen weiteren Anstieg bei den Ausfuhren in die USA (96 Mrd.) mehr als kompensiert[237]: „Mit Ukraine-Konflikt und Fracking-Boom zeichnet sich für Deutschland eine Verschiebung der außenwirtschaftlichen Gewichte ab, die – sollte sie anhalten – die Beziehungen zu Russland weiter schwächt und die alten Bindungen an die USA wieder stärkt.“[238]

Doch das Bündnis hat eine weit solidere Grundlage als lediglich das hohe Handelsvolumen: In grundlegenden Fragen, nämlich dass Russland nach der westlichen Pfeife zu tanzen hat, herrscht Einigkeit. Washington will hierzu vorzugsweise mit den Säbeln rasseln, Berlin präferiert zunächst sanftere Töne anzuschlagen. Sollte dies aber nicht von „Erfolg“ gekrönt sein, droht, dass die Bundesregierung ebenfalls erneut in den Eskalationskurs einschwenkt. Anders jedenfalls lassen sich die „Leitgedanken zur Russlandpolitik“ von Karsten Voigt, der bis 2010 als Amerika-Koordinator der Bundesregierung fungierte, kaum deuten, die er Ende März 2015 zu Papier brachte: „Putins Russland will international nicht als das Land anerkannt werden, das es heute ist, sondern als das, was es einmal war: als Imperium. Das Streben nach Erhalt und Wiedergewinnung von Einflusszonen wird von den meisten Nachbarn als russischer Revisionismus wahrgenommen. [...] Wenn sich die russische Führung und die Separatisten nicht an die Vereinbarungen von Minsk halten, werden die USA und einige europäische NATO-Staaten mit einer militärischen Unterstützung der Ukraine beginnen. Die deutsche Politik kann in Abwägung aller Risiken gegen eine militärische Unterstützung der Ukraine sein. Man sollte aber nicht bestreiten, dass das Streben der Ukraine nach einer Verbesserung seiner Verteidigungsfähigkeit völlig legitim ist. Der Streit um taktische Mittel sollte die gemeinsame Strategie gegenüber Russland nicht gefährden. Deutschland sollte auch künftig keine Politik gegenüber Moskau betreiben, bei der die Interessen seiner östlichen und westlichen Nachbarn übergangen würden.“[239]

Augenscheinlich existieren aus dieser Warte übergeordnete Interessen, die einer Deeskalation im Wege stehen. Sie sind der transatlantische Kitt, der mit einiger Wahrscheinlichkeit aus Sicht der deutschen Eliten ein dauerhaftes Bündnis mit den USA attraktiver erscheinen lässt als eine schrittweise Zuwendung zu den BRICS-Staaten.[240]

5.5 Staatskapitalismus vs. Neoliberalismus

Zunehmende Konflikte mit Russland, aber auch die generellen Tendenzen zu einer Blockbildung – Westen vs. BRICS – im internationalen System zeichnen sich schon seit einigen Jahren ab. Ausgangspunkt ist hier die schlichte Tatsache, dass es in nur wenigen Jahren zu einer atemberaubenden Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse gekommen ist, in deren Folge die Jahrhunderte andauernde westliche Vormachtstellung ernsthaft erodierte: „Der Anteil der G7-Staaten – die alten Metropolen – am Welt-BIP [ist] von 66,4 % im Jahr 2000 auf 46,4 % im Jahr 2013 zurück gegangen […], während der Anteil der BRICS-Staaten im selben Zeitraum von 8,6 % auf 21,5 % gestiegen ist. Die USA erlebten einen Rückgang von 30,7 % auf 22,7 %; Japan schrumpfte von 14,7 % auf 6,6 %, Deutschland ging von 6,0 % auf 4,9 % zurück. Der größte

Gewinner war China, das seinen Anteil am Welt-BIP in den letzten 13 Jahren fast vervierfachte. Russland konnte ihn verdreifachen. Nach Kaufkraftparitäten konnten die G7-Staaten 2000 300 % mehr als die BRICS-Länder aufbringen, 2013 waren es nur noch 25 % mehr. Das UNDP, United Nations Development Program, schätzt diese Entwicklung so ein: ‚Der Aufstieg des Südens hat sich in beispielloser Geschwindigkeit und in einem nie gekannten Ausmaß vollzogen. Nie zuvor in der Geschichte haben sich die Lebensbedingungen und Zukunftsaussichten so vieler Menschen so dramatisch und so schnell geändert.'"[241]

Die entscheidende Frage ist in diesem Zusammenhang, welche Konsequenzen aus der recht raschen Erosion der westlichen Vormachtstellung in der Welt gezogen wurden und werden. Vereinfacht gesagt gab und gibt es hier zwei Schulen: Eine, die auf einen allmählichen Übergang in eine multipolare Welt drängt, in der Macht und Einfluss gemäß der veränderten Lage neu verteilt werden; und eine, die darauf pocht, die westliche Vormachtstellung aggressiv zu verteidigen. Aktuell scheint es vor allem in den USA, aber auch in der EU und in Deutschland für die zweite Position eine Mehrheit zu geben. Als Resultat wurden spätestens seit 2008 unzählige hochrangige Beratungsgruppen zusammengerufen und dabei Strategien entworfen, die allesamt in der Schlussfolgerung mündeten, angesichts seiner bedrohten Vormachtstellung sei es zwingend erforderlich, dass „der Westen" künftig wieder enger und entschiedener bei der Vereidigung seiner „Werte" zusammenarbeitet. Dies mache es gleichzeitig erforderlich, vorhandene Interessenskonflikte hintenanzustellen und gütlich zu verregeln.[242]

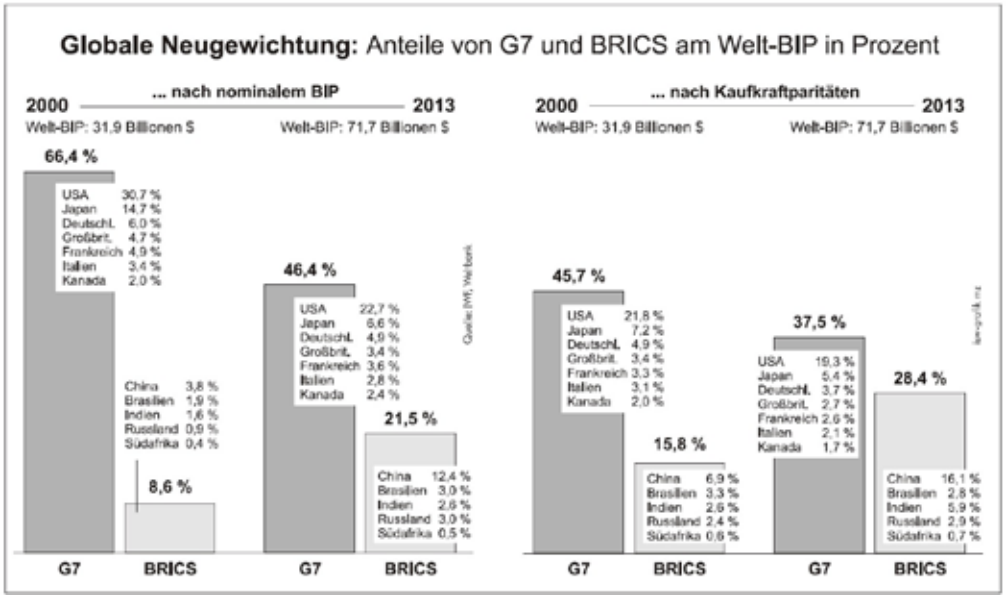
Um nur eines von vielen damaligen Beispielen zu nennen, sei hier Daniel Korski vom European Council on Foreign Relations zitiert: „Die USA und Europa sind die besten Verbündeten, die sie jeweils bekommen können. Ja, sie verfügen über ähnliche Traditionen, teilen dieselben Werte und haben eine lange Geschichte gemeinsamer Zusammenarbeit hinter sich. Aber am Wichtigsten ist, dass sich die USA und Europa auf derselben Seite der heutigen geopolitischen Trennlinie befinden: beide sind absteigende Mächte mit einem gemeinsamen, starken Interesse am liberalen Status quo. [...] Gemeinsam können die USA und Europa sich helfen, ihren kollektiven Abstieg zu managen, womöglich ihn sogar abzumildern. Allein jedoch werden beide verloren sein."[243]

Bahnbrechend war in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung von „Global Trends 2025" im November 2008. In diesem Gemeinschaftsprodukt sämtlicher US-Geheimdienste wurde nicht nur – erstmals – ein gravierender machtpolitischer Abstieg der Vereinigten Staaten, sondern auch zunehmende geopolitische Konflikte bis hin zu drohenden direkten militärischen Auseinandersetzungen mit den Aufsteigern China und Russland prognostiziert.[244] Auch das Institute for Security Studies der Europäischen Union gelangte in dieser Zeit zu dem Ergebnis, dass sich die westliche Vorherrschaft ernsten Herausforderungen ausgesetzt sehen wird. Explizit wies die wichtigste EU-Denkfabrik dabei zudem auf die wieder zunehmenden Schnittmengen mit Einschätzungen der US-Seite hin, wie sie in „Global Trends 2025" vertreten wurden.[245] In Deutschland wurde der Bundesnachrichtendienst mit der Anfertigung einer Studie zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die globalen Machtverhältnisse beauftragt, die den deutschen Eliten als Orientierungshilfe für das künftige Handeln dienen sollte: „Mitte April [2009] sprach BND-Chef Ernst Uhrlau im Präsidialamt vor und präsentierte Bundespräsident Horst Köhler seine Analyse der Auswirkungen der Situation. Von einer ‚Metamorphose der Geopolitik' war im Schloss Bellevue die Rede und von einer Welt, die nach dieser Krise auch politisch nicht mehr so sein wird wie vorher. Kernbotschaft für die Bundesregierung: Europa und Amerika werden absehbar politisch unter Druck geraten, die Konkurrenz mit China wird sich verschärfen, Peking am ehesten zu den Profiteuren gehören."[246]

Zwei Fragen springen hier direkt ins Auge: Weshalb erscheint in diesen Strategiepapieren die Konkurrenz zwischen „Etablierten" und „Herausforderern" derart unversöhnlich, dass mit einer wachsenden Gefahr militärischer Auseinandersetzungen gerechnet wird; und weshalb wird davon ausgegangen, dass die USA und die EU/Deutschland hier quasi Schicksalsgenossen sind, die untrennbar aneinandergebunden für ihre „Werte" streiten müssten. Eine Antwort hierauf findet sich in Global Trends 2025, nämlich, weil grundsätzlich unterschiedliche Vorstellungen über die „Spielregeln der Weltwirtschaft" existieren: „Zum großen Teil folgen China, Indien und Russland nicht dem westlichen liberalen Entwicklungsmodell, sondern benutzen stattdessen ein anderes Model: ‚Staatskapitalismus'. Staatskapitalismus ist ein loser Begriff, der ein Wirtschaftssystem beschreibt, das dem Staat eine prominente Rolle einräumt. [...] Statt die westlichen Modelle politischer und ökonomischer Entwicklung nachzuahmen, könnten sich viele Länder von Chinas alternativem Entwicklungsmodell angezogen fühlen."[247]

In der einzigen ausführlichen Beschreibung des oben erwähnten BND-Papiers zur künftigen weltpolitischen Macht- und Konfliktkonstellation findet sich eine nahezu identische Bedrohungsanalyse: „Die Politik sollte sich deshalb nachdrücklich solchen geostrategischen Krisenabwägungen zuwenden. Denn es ist offensichtlich, dass derzeit noch längst nicht alle möglichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise mitgedacht werden. [Besonders] betrifft dies das ideologische Ringen zwischen Demokratien und Autokratien, wer das attraktivere Zukunftsmodell für die Entwicklung von Gesellschaften liefern kann. Eine ganze Generation westorientierter Regierungschefs in Entwicklungsländern könnte in die Defensive geraten, wie ihre Länder trotz schmerzhafter Reformen in wirtschaftliche Turbulenzen stürzen."[248]

In einer Phase also, in der die Wirtschafts- und Finanzkrise die neoliberale Weltwirtschaftsordnung den letzten Rest an Glaubwürdigkeit gekostet hat, stellen China und Russland somit die wirtschaftspolitischen Spielregeln mit ihrem Alternativmodell grundsätzlich in Frage. Sergei Karaganov, ein führender russischer Politikwissenschaftler, prognostizierte deshalb bereits 2007 eine „Neue Ära der Konfrontation": „Heftige Rivalitäten auf verschiedenen Ebenen – ökonomisch, geopolitisch, ideologisch – werden die Neue Ära der Konfrontation charakterisieren. Russlands Außenminister Sergei Lawrow hat dieses Merkmal der neuen Welt folgendermaßen beschrieben: ‚Das Paradigma der gegenwärtigen internationalen Beziehungen wird vom Konkurrenzkampf im weitesten Sinne dieses Begriffs bestimmt, insbesondere, wenn sich dieser Konkurrenzkampf auf Wertesysteme und Entwick-



lungsmodelle erstreckt. Das Neue an der gegenwärtigen Situation ist, dass der Westen sein Monopol auf den Globalisierungsprozess verliert. Dies erklärt vielleicht am besten die Versuche, die augenblicklichen Entwicklungen als Bedrohung des Westens, seiner Werte und seiner Lebensart darzustellen.‘“[249]

Der gar nicht so neue Konflikt zwischen neoliberalem Kernland (Heartland) und staatskapitalistischen Herausforderern (Contender)[250] resultiert also aus grundlegend unterschiedlichen wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen sowie aus dem Scheitern der Versuche, die Rivalen in den neoliberalen Block zu integrieren. In diesem Zusammenhang wird mit dem „Transatlantischen Partnerschafts- und Investitionsabkommen“ (TTIP) das Ziel verfolgt, den „neoliberalen Westen“ zusammenzuschweißen und unverbrüchlich gegen den „staatskapitalistischen Block“ in Stellung zu bringen. So kommt eine Untersuchung zu den geopolitischen Auswirkungen und Zielsetzungen des Abkommens zu dem Ergebnis, es gehe ganz allgemein um „die Neuformierung und Stärkung des westlichen Machtblocks gegen Rivalen wie China oder Russland“ und ganz besonders darum, „neoliberale globale Standards zu setzen und zu stärken, um so das eigene Ordnungsmodell gegenüber dem angeblich grassierenden ‘Staatskapitalismus’ besser in Stellung zu bringen.“[251]

Auch Peter van Ham vom niederländischen „Clingendael Intitute“ teilt diese Einschätzung: „Der wichtigste Grund, warum die Europäische Union und die Vereinigten Staaten sich das ambitionierte Ziel auf die Fahnen geschrieben haben, ein Transatlantisches Freihandels- und Partnerschaftsabkommen (TTIP) anzustreben, ist geopolitischer Natur. Der Aufstieg Chinas (und anderer asiatischer Länder), kombiniert mit dem relativen Abstieg der USA und der wirtschaftlichen Malaise der Eurozone, sind ein Ansporn für den transatlantischen Westen, seine gemeinsame ökonomische und politische Macht zu nutzen, um neue globale Handelsregeln zu schreiben, die seine ökonomischen Prinzipien (regelbasierte Marktwirtschaft) und politischen Werte (liberale Demokratie) reflektieren. TTIP ist ein zentraler Bestandteil in dieser Strategie.“[252]

Auch hierdurch werden ohnehin vorhandene Blocktendenzen weiter forciert: „Es wäre ein Irrtum anzunehmen, die großen Freihandelsabkommen der USA und der EU würden keine Reaktionen hervorrufen. Sollten TTIP und TPP verwirklicht werden, ist mit Reaktionen vor allem der Schwellenländer zu rechnen. Die BRIC-Staaten werden der Fragmentierung der Welthandelsordnung nicht tatenlos zusehen, sondern eigene Großprojekte initiieren. […] Die Unfähigkeit des Westens, wirtschaftliche und politische Modelle jenseits von Kapitalismus und Demokratie zu verstehen, erweist sich inzwischen als Belastung. Im autoritären Kapitalismus chinesischer oder russischer Prägung ist der westlichen liberalen Demokratie ein neuer Rivale erwachsen. Die heutige handelspolitische Antwort des Westens auf diese neue Konkurrenz heißt Ausschluss und Diskriminierung. Dies ist nicht nur eine unglückliche Entwicklung, sondern auch ein gefährlicher Rückschritt. Denn so wird ein neuer geostrategischer Großkonflikt handelspolitisch flankiert.“[253]

Vor diesem Hintergrund werden die Forderungen nach einer „Renaissance des Westens“ verständlich, wie sie aus dem Umfeld der konservativen EVP-Fraktion im EU-Parlament erhoben werden: „Deutsche Außenpolitik-Experten fordern eine ‘Renaissance’ des transatlantischen Bündnisses zur Verteidigung der globalen westlichen Hegemonie. Die EU müsse in Zukunft ungeachtet gewisser Differenzen wieder enger mit den Vereinigten Staaten kooperieren, heißt es in einem Strategiepapier zweier deutscher Autoren, das der Think-Tank der Europäischen Volkspartei (EVP) unlängst veröffentlicht hat. Demnach lasse sich die ‘liberale Weltordnung’, die den westlichen Ländern seit dem Ende des Kalten Kriegs weltweit die Vormacht gesichert hat, nur bewahren, wenn Europa und Nordamerika sich wieder enger zusammenschlössen – wirtschaftlich, politisch und militärisch. Jegliche Bemühungen, mit Russland enger zu kooperieren, müssten eingestellt werden.“[254]

Solche Sätze sind insofern aufschlussreich, weil sie zusätzlich untermauern, dass der vor einigen Jahren noch vorhandene einzige gravierende Unterschied in den Einschätzungen der US-amerikanischen und deutschen Geheimdienste heute augenscheinlich nicht mehr existent ist. Während Global Trends 2025 Russland 2008 vorrangig als Rivalen behandelte, betrachtete der Bundesnachrichtendienst das Land in seiner damaligen Einschätzung als einen potentiellen Preis. Die Aussichten seien gut, das Land in einen gegen China gerichteten westlichen Block zu integrieren, so die deutsche Einschätzung.[255] Die Art, wie die Ukraine-Krise bearbeitet wurde, legt nahe, dass man dem inzwischen entweder eine geringere Wahrscheinlichkeit als damals beimisst oder schlicht kein größerer Wert mehr

auf Russland als Bündnispartner gelegt wird, wodurch die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein russisch-chinesischer Gegenblock formiert, umso wahrscheinlicher wird.

5.6 Sino-russische Allianz?

Aufgrund der – tatsächlich vorhandenen – verschiedenen Interessenskonflikte zwischen China und Russland halten manche Beobachter eine enge Allianz der beiden Länder für sehr unwahrscheinlich.[256] Doch in Russland ist man sich darüber im Klaren, dass es für das Land ohnehin nicht um eine Partnerschaft auf Augenhöhe geht, sondern darum, wo seine Interessen als Juniorpartner mit größerem Respekt behandelt werden. Und die Antwort fiel schon vor Jahren relativ eindeutig aus, wie der russische Wissenschaftler Sergei Karaganow betont: „Es ist für mich ziemlich offensichtlich, dass die Euroatlantische Zivilisation, die ursprünglich als der Sieger aussah, in der neuen Welt ein wenig hinter China und den asiatischen Ländern hinterherhinkt, die sich als die wahren Gewinner des Kalten Krieges herausstellen. […] Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen ist Amerikas geopolitische Position und sein Führungsanspruch erheblich erodiert – aufgrund von Irak, Pakistan, Afghanistan und der Wirtschaftskrise. Diese Position kann und wird allenfalls teilweise wiederhergestellt werden können. Angesichts der Unmöglichkeit, eines vorteilhaften und gleichberechtigten Zugangs zum Euroatlantischen Raum, tendiert Russland dazu, die Kooperation mit China zu favorisieren – selbst wenn dies als ‚kleiner aber respektierter Bruder' geschieht. Außerdem legt China recht pragmatisch seinen Fokus nicht auf unterschiedliche Werte, auch wenn diese Unterschiede groß sind. Die heutige ‚asiatische Option' ist nicht dieselbe wie die europäische Option der Vergangenheit. Sie sieht aus wie die Wahl zugunsten einer rasch aufsteigenden Zivilisation."[257]

Es liegt auf der Hand, dass der westliche „Umgang" mit dem Ukraine-Konflikt diese Tendenz weiter bestärkt. Zumal im Zuge dessen die Ablehnung des Westens innerhalb der russischen Bevölkerung auf Rekordhöhe nach oben geschossen ist. Umfragen aus dem Januar 2015 ergaben, dass 81% die USA negativ sehen (13% positiv). Fast genauso hoch sind die 71%, die der EU skeptisch gegenüberstehen (20% positiv). Vor Ausbruch der Ukraine-Krise standen „nur" 44% den USA und 34% der EU skeptisch gegenüber.[258] Ähnlich negativ sieht die Bevölkerung Chinas auf den Westen: „Nahezu 55% der [chinesischen] Befragten stimmen damit überein, ‚dass ein Kalter Krieg zwischen den USA und China ausbrechen wird'. Eine unabhängige Untersuchung chinesisch-sprachiger Medien im Auftrag der Sunday Times ergab Aussagen von Navy und Armee-Offizieren, die einen militärischen Showdown vorhersagen und politische Führer, die fordern, dass China mehr Waffen an Amerikas Feinde verkaufen soll."[259]

Daneben existiert mit dem hohen bilateralen Handelsvolumen[260] auch eine materielle Basis für eine sino-russische Allianz. In der Tat gibt es vor allem seit Ausbruch der Ukraine-Krise zahlreiche Anzeichen, die in diese Richtung deuten: Um nur einige zu nennen, wurde im Mai 2014 etwa der informelle Ausschluss Chinas für Investitionen in russische Infrastrukturprojekte beendet. Besonders sensibel ist die Aufhebung der Restriktionen, was den Verkauf von High-Tech Kriegsgerät an China anbelangt, der lange abgelehnt worden war. So kam es beispielsweise im April 2015 zum Verkauf des russischen Systems S-400: „Als erstes Land hat China moderne russische Langstrecken-Flugabwehr-Raketensysteme des Typs S-400 gekauft. Der Rekorddeal hat ein geschätztes Volumen von mindestens 1,5 Milliarden US-Dollar. Viele Staaten buhlen um diese Waffe, die weltweit nicht ihresgleichen hat. Bisher wurde S-400 aber nur an die russische Armee geliefert."[261] Auch der Abschluss der Verhandlungen über einen Vertrag zur Lieferung russischen Gases an China im Umfang von knapp 400 Mrd. Dollar, die sich zuvor über 10 Jahre hingezogen hatten, weil keine Einigkeit über die Preise erzielt werden konnte, wurde rasch nach Ausbruch der Ukraine-Krise im Jahr 2014 zu chinesischen Bedingungen unter Dach und Fach gebracht.[262]

So verwundert es nicht, dass eine Analyse des European Council on Foreign Relations zu dem Ergebnis gelangt, die Ukraine-Krise mache eine Allianz der beiden Länder wahrscheinlicher, was es möglichst zu verhindern gelte: „Sollte sich der Trend fortsetzen lassen, wird sich Russland zu Chinas Juniorpartner entwickeln."[263] Folgerichtig ist in diesem Zusammenhang die Aussage des Journalisten Pepe Escobar, der im April 2015 berichtete, ihm sei von einer hochrangigen EU-Quelle versichert worden, dass von deutscher Seite massiv versucht werde, China dazu zu bewegen, seine Verbindungen zu Russland wieder zu lockern.[264] Im Augenblick spricht allerdings wenig dafür, dass dieser Versuch gelingen dürfte, zumal sich die sino-russische Annäherung im Kontext offensichtlicher Versuche der BRICS-Staaten abspielt, eine Gegenmacht zum Westen aufzubauen. Im Reader Sicherheitspolitik der Bundeswehr heißt es dazu „Der BRICS-Verbund ist somit grundsätzlich zu einem ernstzunehmenden Akteur gereift. Manches weist darauf hin, dass hier nicht nur ein nichtwestliches, sondern ein postwestliches Bündnis entstehen könnte – und damit eine Herausforderung für den Westen und sein globales Ordnungsmodell. […] Dieses Selbstbewusstsein sowie das damit verbundene Mobilisierungspotenzial unter Schwellen- und Entwicklungsländern haben die BRICS bereits mehrfach in konkrete Vetomacht übersetzt. Dies war beispielsweise der Fall auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen 2009, im Rahmen der Doha-Runde der WTO, zuletzt in 2013 auf Bali, oder in der Krimkrise im März 2014, als die BRICS-Außenminister mit einer dem Westen gegenüber kritischen Deklaration die diplomatische Isolation Russlands verhinderten."[265]

6. Eiszeit als Dauerzustand?

Nicht von ungefähr verwies der russische Außenminister Sergej Lawrow bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2015 auf die Rede von Präsident Wladimir Putin, die dieser an selbiger Stelle bereits acht Jahre zuvor gehalten hatte. Für viele seinerzeit überraschend ging er darin scharf mit der westlichen Expansionspolitik ins Gericht und warnte vor einem drohenden Neuen Kalten Krieg, sollte hier kein Kurswechsel erfolgen. Seit diesem Zeitpunkt ist aus russischer Sicht nichts geschehen, um die damals geäußerten Bedenken abzumildern – im Gegenteil. Ein ums andere Mal verwies Putin auf die lange Liste von Problemen, so etwa in seiner Rede zur Aufnahme der Krim am 18. März 2014: „Wir schlagen ständig Kooperation in Schlüsselfragen vor, wir wollen gegenseitiges Vertrauen fördern, wir wünschen, dass unsere Beziehungen auf Augenhöhe stattfinden, dass sie offen und ehrlich seien. Aber wir sehen keinerlei Entgegenkommen. Im Gegenteil, wir wurden Mal ums Mal betrogen, es wurden Entscheidungen hinter unserem Rücken getroffen, man stellt uns vor vollendete Tatsachen. So war es mit der Osterweiterung, mit der Installation von militärischer Infrastruktur an unseren Grenzen. So war es mit der Entfaltung der Systeme der Raketenabwehr. [...] Man versucht ständig, uns in irgendeine Ecke zu drängen. [...] Im Falle der Ukraine haben unsere westlichen Partner eine Grenze überschritten, handelten grob, verantwortungslos und unprofessionell.“[266]

Im Wesentlichen wiederholte Lawrow in München Anfang 2015 diese Kritik, indem er vor allem auf zwei Aspekte abhob: Einmal, dass der Westen auf Expansion setze und nicht bereit sei, Russland an einer tragfähigen Sicherheitsarchitektur zu beteiligen: „Die Welt befindet sich hier an einem Wendepunkt. [...] Es stellt sich die Frage, ob Sie (der Westen) eine Sicherheitsarchitektur mit, ohne oder gegen Russland errichten wollen.“ Und zum anderen betonte er erneut die russische Sichtweise, was in der Ukraine stattgefunden habe sei ein „Staatsstreich“ gewesen, für den der Westen maßgeblich mitverantwortlich sei: „Zu jedem Zeitpunkt haben die Amerikaner, und unter ihrem Druck auch die EU, Schritte unternommen, um den Konflikt zu eskalieren.“[267]

Mehrheitlich wird dies aber im Westen natürlich gänzlich anders bewertet – und zwar nicht nur in den USA. So steht es für Merkel etwa außer Frage, wer die alleinige Verantwortung für die Eskalation zu übernehmen hat: „Meine Damen und Herren, seit mehr als einem Jahr erleben wir nun in der Ukraine-Krise, dass die Grundlagen der europäischen Friedensordnung keineswegs selbstverständlich sind. Denn Russlands Vorgehen – erst auf der Krim, dann in der Ostukraine – hat diese Grundlagen unseres Zusammenlebens in Europa verletzt. Die territoriale Integrität der Ukraine wird ebenso missachtet wie ihre staatliche Souveränität. Das Völkerrecht wird gebrochen. Vor diesem Hintergrund sind auch die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Wales im letzten Jahr zu sehen, mit denen die NATO den Grundstein für eine erhöhte Einsatzbereitschaft der Reaktionskräfte des Bündnisses gelegt hat. Wir rücken damit die kollektive Verteidigung wieder in den Fokus der Allianz, auch mit Blick auf die potentiellen Bedrohungen der sogenannten hybriden Kriegsführung.“[268]

Ganz direkt griff Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei der Münchner Sicherheitskonferenz seinen russischen Amtskollegen an: „Es ist auch Moskaus Aufgabe, gemeinsame Interessen zu definieren. [...] Dazu haben wir wenig, zu wenig gesehen bisher. Und die Rede des Kollegen Lawrow, die Sie gestern gehört haben, hat dazu auch nichts beigetragen.“ Auch Steinmeier bemühte das abgeschmackte Klischee von der westlichen Wertegemeinschaft, die sich einem Russland ausgesetzt sehe, das im

Russischer Kampfpanzer. Quelle: Russlands Verteidigungsamt

Denken um geopolitische Einflusssphären verhaftet sei: „Im Ukraine-Konflikt [...] standen von Beginn an zwei kritische Elemente internationaler Ordnung auf dem Spiel. Zum einen die Konfrontation der mühevoll errungenen europäischen Friedensordnung, die auf Völkerrecht und souveräner Selbstbestimmung fußt, zum anderen die machtpolitische Logik von geopolitischen Einflusssphären, die bereit ist, sich über diese Regeln gewaltsam hinwegzusetzen. Auf diesen gefährlichen Kurs der Annexion der Krim und des von Russland militärisch unterfütterten Konflikts in der Ostukraine haben wir in EU und NATO entschlossen und geschlossen reagiert.“[269]

Größer könnte die Kluft in den jeweiligen (Selbst-) Wahrnehmungen also kaum sein, wie u.a. die Deutsche Welle hervorhob: „Mit voller Wucht prallten in München die Ansichten Russlands und des Westens aufeinander. Dabei ging es nicht nur um die Ukraine-Krise. Das gegenseitige Misstrauen sitzt viel tiefer. Russlands Außenminister steht allein. [...] Von der NATO-Osterweiterung bis hin zu Meinungsverschiedenheiten bei internationalen Abrüstungsabkommen – alles ein einziger Affront gegen Russland, so Lawrows Lesart. Moderator Ischinger wirkt konsterniert: ‘Wir scheinen ein anderes Geschichtsbuch aufzuschlagen als die Russen’, kommentiert der erfahrene Diplomat und stellt eine ‘große Kluft in den Narrativen’ fest, also in jenen Erzählungen, aus denen eine Gesellschaft ihre Identität schöpft.“[270]

Ohne die Einsicht, dass die westliche Politik zumindest eine erhebliche Mitschuld an der jetzigen Eskalation trägt, dürfte aber der aktuelle Kollisionskurs mit Volldampf weiter befahren werden. Alles was aber im Angebot ist, ist eine „Kooperative Konfrontation“, die faktisch nur solange kooperativ ist, wie sich Russland den westlichen Wünschen vorbehaltlos unterordnet.[271] Notwendig wäre ein sofortiges Moratorium für alle aggressiven Maßnahmen, verbunden mit ernsthaften Anstrengungen, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten: „Es geht nicht um einen bloßen ‘Störfall’ von Fehlwahrnehmungen, Missdeutungen und wechselseitigen Überreaktionen. Es hat sich vielmehr beiderseits ein grundsätzlicher und damit noch lange andauernder Disput aufgebaut. Der lässt kaum mehr Raum für Zwischentöne und läuft Gefahr, schrittweise in immer tieferen Antagonismus abzugleiten. [...] Erforderlich wäre die ungeteilte Bereitschaft beider Seiten, sich von der eigenen Handlungsgeschichte zu lösen, zuzuhören (ohne eifernde Verständnisbemühungen), Empathie zu empfinden (ohne die Realität zu verklären) und sich zu einer (zivilisierten) Streitkultur zu bekennen.“[272]

Doch hierfür wäre ein so radikaler Kurswechsel vonnöten, der noch dazu mit einem grundsätzlichen Abschied von dem Anspruch einhergehen müsste, die jahrhundertealte westliche Vormachtstellung mit Klauen und Zähnen zu verteidigen, dass dies aktuell leider nur schwer vorstellbar scheint. Insofern besteht die Gefahr, dass der britische Vize-Kommandeur der Nato für Europa, Adrian Bradshaw, mit seiner eingangs zitierten Rede Recht behalten wird, in der er eine neue „Ära dauernder Konfrontation mit Russland“ prophezeite.[273]

Doch so düster auch die Aussichten sein mögen, es gibt Hoffnung, dass der Großteil der deutschen Bevölkerung, wie auch der in vielen anderen Ländern, diesen Eskalationskurs ablehnt – worum es heute und in Zukunft gehen wird, ist, diese Ablehnung in politischen Protest umzumünzen!

Quelle: Flickr/Uwe Hiksch

Anmerkungen

1 Russian expansionism may pose existential threat, says Nato general, The Guardian, 20.02.2015.
2 Natürlich kann von Interessen „der“ Europäischen Union nicht wirklich gesprochen werden – besonders nicht in der Außen- und Sicherheitspolitik, wo es die großen Nationalstaaten sind, die weitgehend im Alleingang die Agenda bestimmen. In diesem Sinne sollte die Verwendung „der“ Europäischen Union im Folgenden denn auch verstanden werden. Vgl hierzu Lösing Sabine/Wagner, Jürgen: Oligopolisierung des Rüstungssektors?, in: Z - Nr. 94, Juni 2013, S. 89-101.
3 Wiegold, Thomas: Ukraine in München: Es gilt die gefühlte Temperatur, Augengeradeaus, 08.02.2015.
4 Bulletin of the Atomic Scientists: Doomsday Clock: Timeline.
5 Wales Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Wales, Press Release (2014) 120, Issued on 05 Sep. 2014, Absatz 21.
6 Lemann, Nicholas: The Next World Order: The Bush Administration may have a brand-new doctrine of power, in: The New Yorker, April 1, 2002; Richard Perle, Andrew Marshall und Albert Wohlstetter spielten bei der Abfassung auch noch eine wichtige Rolle. Vgl. Mann, James: Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet, New York 2004, S. 209ff.
7 Tyler, Patrick E.: Pentagon Drops Goal of Blocking New Superpowers, The New York Times, 24.05.1992.
8 Halper, Stefan/Clarke, Jonathan: America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order, Cambridge 2004.
9 Russia's Expanding Influence, Statfor, 08.03.2010.
10 Kramer, Mark: No Such Promise, in: Foreign Affairs, November/December 2014; Russlands Anschuldigungen – eine Richtigstellung, NATO Informationsblatt, April 2014; Kramer, Mark: The Myth of a No-NATO-Enlargement Pledge to Russia, in: The Washington Quarterly, Vol. 32, No. 2 (April 2009), S. 39-61. Für eine Gegenposition: Sarotte, Mary Elise: A Broken Promise? What the West Really Told Moscow About NATO Expansion, in: Foreign Affairs, September/October 2014; dies.: Perpetuating U.S. Preeminence. The 1990 Deals to "Bribe the Soviets Out" and Move NATO In, in: International Security, Vol. 35, No. 1 (Summer 2010), S. 110-137.
11 Hassel, Florian: Erst Manöver, dann Krieg, Frankfurter Rundschau, 10.09.2008.
12 Das große Rätsel um Genschers angebliches Versprechen, FAZ, 19.04.2015.
13 Ignorant und Arrogant. Der unglückliche Umgang der USA mit Russland, Weltspiegel, 09.03.2014.
14 Das große Rätsel um Genschers angebliches Versprechen, FAZ, 19.04.2015.
15 Ebd.
16 Gorbachev: how we pulled down the Berlin Wall, Russia Beyond the Headlines, 30.10.2014.
17 Die weiteren Staaten waren Bulgarien, Rumänien, Slowenien und die Slowakei.
18 Neuber, Arno: Schild und Schwert: Aggressive Atompolitik und Raketenabwehr der NATO, IMI-Analyse 2009/012.
19 Dmitri Trenin zit. bei Gerns, Willi: Putinsche Russland, in: Marxistische Blätter, Nr. 1/2015, S. 67-78, S. 74.
20 Häufig wird dem russischen Präsidenten Wladimir Putin eine Art pathologischer US-Hass unterstellt, der noch aus seiner KGB-Zeit her stamme. Kritisch hiermit gehen Fiona Hill und Clifford G. Gaddy ins Gericht, die in ihrem Buch "Mr. Putin: Operative in the Kremlin", das in Auszügen im Atlantic erschien, zu dem Ergebnis gelangen, die US-Handlungen nach dem Kalten Krieg seien für Putins negatives US-Bild verantwortlich, kein wie auch immer tief sitzender Anti-Amerikanismus. Siehe Hill, Fiona/Gaddy, Clifford G.: The American Education of Vladimir Putin. How the Russian leader came to oppose a country he knows little about, The Atlantic, 16.02.2015.
21 Wladimir Putins Auftritt vor dem Bundestag im September 2001 wird gemeinhin als ein Versuch in diesem Zusammenhang interpretiert, als er angab: „Ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.“ Rede des russischen Staatspräsidenten, Wladimir Putin, vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001 in Berlin, dokumentiert in: Internationale Politik, Oktober 2001.
22 Fischer, Sabine: Die russische Politik gegenüber Ukraine und Weißrussland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 08-09/2007, S. 16-23.
23 Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der 43. Münchner „Sicherheitskonferenz“ in deutscher Übersetzung: http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html
24 Analyse: Putin im Harnisch, dpa, 10.02.2007.
25 Hantke, Martin: "Alles wieder offen": Georgienkrieg und imperiale Geopolitik, IMI-Studie 2008/010b.
26 Popularisiert wurde der Begriff vom Neuen Kalten Krieg vor allem von Lucas, Edward: The New Cold War: Putin's Russia and the Threat to the West, New York/Basingstoke 2008.
27 Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008, S. 7.
28 Ikenberry, John/Slaughter, Anne-Marie: Forging a World of Liberty under Law, September 2006, S. 29f.
29 Leonard, Mark: Divided world: the struggle for primacy in 2020, Centre for European Reform, Policy Brief, January 2007, S. 2; Wijk,Rob de: The consequences for Europe of the global crisis, in: Europe's World, Autumn 2009.
30 Busse, Nikolaus: Harte Zeiten für Friedensbewegte. Eine multipolare Welt bringt die klassische Machtpolitik wieder zurück, in: Internationale Politik, Juni 2009, S. 49-53, S. 53.
31 The draft of the European Security Treaty, November 29, 2009: http://eng.kremlin.ru/news/275
32 Klein, Margarete: Medwedews Vorschlag für einen

euroatlantischen Sicherheitsvertrag, in: russland-analysen Nr. 193, 04.12.2009, S. 2.

33 Clinton sagt njet - und umwirbt die Russen, Süddeutsche Zeitung, 17.05.2010.

34 Atilgan, Canan u.a.: Die Eurasische Union. Ein Integrationsprojekt auf dem Prüfstand, in: KAS Auslandsinformationen, 2/2014, S. 8-51.

35 Popescu, Nicu: Eurasian Union: the real, the imaginary and the likely, EUISS, Chaillot Paper, No. 132, 09 September 2014.

36 Meckel, Markus u.a.: Deutsche Außenpolitik und Östliche Partnerschaft, Positionspapier der Expertengruppe Östliche Partnerschaft, DGAPstandpunkt Nr. 1/2012, S. 2, zit. nach Achelpöhler, Wilhelm/Cremer, Uli: Ukraine: Wir müssen über Geopolitik reden, Grüne Friedensinitiative, 04.03.2014.

37 Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt/M 2001 [4. Auflage], S. 74 und 177f.

38 Friedman, George: Russia Examines Its Options for Responding to Ukraine, Stratfor Geopolitical Weekly, 18.03.2014.

39 Russia's Expanding Influence, Part 1: The Necessities, Stratfor, 09.03.2010.

40 Druck aus Moskau treibt Ukraine in die Arme der EU, euractiv, 30.08.2013.

41 Kyrgyzstan and the Russian Resurgence, Stratfor, 13.04.2010.

42 Mehr noch zielte Russland hiermit darauf ab, die vollständige Kontrolle über einen der zentralen Durchleitungswege für russisches Gas nach Westeuropa zu erhalten.

43 Green, Niaii: Die Ukraine und das Ende der „Orangenen Revolution", World Socialist Web Site, 05.03.2010.

44 „Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen haben alle internationalen Beobachter als frei und fair anerkannt." Malygina, Katerina: Ukrainische Präsidentschaftswahlen 2010: Wahl ohne Sieger, in: Ukraine-Analysen, Nr. 67/2010, 26.01.2010, S. 2-4, S. 2.

45 Bidder, Benjamin: Präsidentschaftswahl in der Ukraine. Der Sieger heißt Moskau, Spiegel Online, 17.01.2010.

46 Yanukovych Confirms No Plans to Take Ukraine into NATO, RIA Novosti, 13.02.2010.

47 Ukraine drops Nato membership bid, EUobserver, 04.06.2010.

48 EU oder Russland: Ukraine quält sich mit Dreiecksbeziehung, RIA Novosti, 22.08.2013.

49 Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits, Amtsblatt der Europäischen Union, 57 Jg., 29.05.2014.

50 Wagner, Jürgen: Ringen um die Machtgeometrie. Neoliberales Assoziationsabkommen und europäisch-russische Machtkonflikte, IMI-Studie 2c/2014, S. 5f.

51 Füle, Stefan: Statement on the pressure exercised by Russia on countries of the Eastern Partnership, European Commission, Speech 13/687, 11.09.2013.

52 Gipfel des Scheiterns, Der Spiegel, 48/2014.

53 Ebd.

54 Assoziierungsabkommen, Titel II, Artikel 7, Absatz 1.

55 Bundestags-Drucksache 18/1221, S. 4.

56 Assoziierungsabkommen, Titel II, Artikel 10, Absatz 1.

57 Vogel, Thomas: Wie weiter? Das Assoziierungsabkommen der EU im Spannungsfeld von Wirtschaft und Menschenrechten, in: Ukraine-Analysen, Nr. 103/2012, 08.05.2012, S. 2-6, S. 4.

58 Müller, Klaus: Die Ukraine am Abgrund. Wie oligarchische Politik und ethnische Polarisierung die Ukraine zerreißen, Deutschlandfunk, 20.03.2015.

59 Stürmer, Michael: Russland oder die EU – wer bekommt die Ukraine? Die Welt, 23.10.2013.

60 Fischer, Joschka: Scheitert Europa? Köln 2014, S. 122.

61 Bieling, Hans-Jürgen: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden 2010, S. 53.

62 Schulz, Martin: Die Außenpolitik der Europäischen Union im 21. Jahrhundert: Vision, Ambition, Wirklichkeit, Brüssel, 26.02.2013.

63 Siehe zur „Group on Grand Strategy" ausführlich Wagner, Jürgen: Grand Area. Ein imperiales Raumkonzept für die Weltmacht EUropa, in: Wissenschaft & Frieden, 1-2013, S. 11-14.

64 Rogers, James/Simón, Luis: The new 'long telegram': Why we must re-found European integration, Group on Grand Strategy, Long Telegram 1/Summer 2011, S. 3.

65 Rogers: James: A New Geography of European Power?, Egmont Paper, No. 42, January 2011, S. 16.

66 Ebd., S. 21.

67 Ebd., S. 5.

68 Ebd., S. 4.

69 Ebd., S. 23.

70 Siehe etwa Casarini, Nicola: The European "pivot", EUISS Alert, No. 3, März 2013.

71 Renard, Thomas: Libya and the Post-American World: Implications for the EU, Egmont Security Policy Brief no. 20, April 2011, S. 5.

72 Rogers, James: A letter from Prof. Sir Halford Mackinder to European leaders on Russia's invasion of Ukraine, European Geostrategy, 09.03.2014.

73 Gilli, Andrea/Rogers, James: Enabling the future: European military capabilities 2013-2025: challenges and avenues, EUISS, Report No. 16, May 2013.

74 Five EU countries call for new military »structure«, EUobserver, 16.11.2012.

75 Ashton, Catherine: Preparing the December 2013 European Council on Security and Defence, Final Report by the High Representative/Head of the EDA on the Common Security and Defence Policy, Brussels, 15 October 2013, S. 2.

76 European Global Strategy (EGS): Towards a European Global Strategy. Securing European Influence in a Changing World, Final Report, 28 May 2013, S. 11f.

77 Leaman, Jeremy: Hegemonialer Merkantilismus: Die ökonomische Doppelmoral der Europäischen Union, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2008, S. 76-90, S. 77.

78 Hofbauer, Hannes: EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen, Wien 2007, S. 254.

79 Hofbauer, Hannes: Das Geschäft Osterweiterung läuft, Neues Deutschland, 30.04.2014.
80 Ebd.
81 Wehr, Andreas: Verbriefte Hegemonie, junge Welt, 31.10.2014.
82 Denkbar ist nach der Aufnahme Kroatiens allenfalls noch ein Beitritt weiterer Balkanstaaten – allerdings nur bei deren Wohlverhalten, versteht sich. Mit Blick auf die russische Konkurrenz wurden in jüngster Zeit diesbezügliche Anstrengungen tatsächlich auch intensiviert: „Ausgelöst wurde die Charmeoffensive durch das wachsende Konflikt- und Chaospotenzial in der Region und zunehmende Konkurrenz, insbesondere durch Russland." (Dirmoser, Dietmar: EU-Erweiterung und Sicherheit. Ein Blick zurück in die Zukunft, FES, März 2015, S. 1)
83 Vobruba, Georg: Expansion ohne Erweiterung. Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas, in: Osteuropa, 2-3/2007, S. 7-20, S. 7.
84 Ferrero-Waldner, Benita: „Europa als globaler Akteur – Aktuelle Schwerpunkte Europäischer Außen- und Nachbarschaftspolitik", Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin, 24.01.2005.
85 Die ENP umfasst zusätzlich die Palästinensische Autonomiebehörde und diese 15 Staaten: Im Süden Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien und Tunesien. Im Osten Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien und die Ukraine.
86 Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Partnern, Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 11.3.2003, KOM(2003) 104 endgültig, S. 10.
87 Siehe etwa Hinnebusch, Raymond: Europe and the Middle East: From Imperialism to Liberal Peace? in: Review of European Studies, Vol. 4, No. 3, July 2012, S. 18-31; Teti, Andrea: The EU's First Response to the 'Arab Spring': A Critical Discourse Analysis of the Partnership for Democracy and Shared Prosperity, in: Mediterranean Politics, Nr. 3/2012, S. 266-284; Reynaert, Vicky; Preoccupied with the Market: The EU as a Promoter of 'Shallow' Democracy in the Mediterranean, in: European Foreign Affairs Review, Nr. 16/2011, S. 623-637; Brand, Martin: Die Europäische Nachbarschaftspolitik – ein neoliberales Projekt?, in: Utopie kreativ, H. 217 (November 2008), S. 988-1006.
88 Dimitrovova, Bohdana: Imperial re-bordering of Europe: the case of the European Neighbourhood, in: Cambridge Review of International Affairs, Nr. 2/2012, S. 249-267, S. 254.
89 Größeres Europa 2003, S. 5.
90 Im Zeitraum 2007 bis 2013 waren es ursprünglich 12 Mrd. Euro, wobei dieser Betrag später noch einmal um 1,24 Mrd. Euro aufgestockt wurde.
91 Becker, Joachim: Assoziierung Teil des Problems, nicht der Lösung. Die EU-Strategie im Ukrainekonflikt, in: Weltwirtschaft & Entwicklung, 03-04/2014, S. 1-4, S. 1 (zit. als Becker 2014a).
92 CEPS/IFW/ICPS: The Prospects of Deep Free Trade between the EU and Ukraine, Brüssel 2006.
93 Eine russische Version lag wohl erst im Oktober 2014 vor. Siehe Gipfel des Scheiterns, Der Spiegel, 48/2014.
94 Stefan Füle, Statement on the pressure exercised by Russia on countries of the Eastern Partnership European Commission, Speech 13/687, 11.09.2013. Füle bediente sich hier augenscheinlich der Zahlen folgender Studie: Movchan, Veronika/Giucci, Ricardo: Quantitative Assessment of Ukraine's Regional Integration Options, Institute for Economic Research and Policy Consulting, Policy Paper, 05/2011.
95 European Commission: EU-Ukraine Deep and Comprehensive Free Trade Area, Reading Guide, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/april/tradoc_150981.pdf, S. 2. Bemerkenswert ist auch die zeitliche Abfolge der Zollsenkungen: „Die Abschaffung von Zöllen ist fast komplett. Ihr Rhythmus unterscheidet sich allerdings, wie auch die Europäische Kommission darstellt, gravierend. Er tritt für industrielle Erzeugnisse, bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Autoindustrie in der Ukraine), sofort in Kraft, während im Agrarsektor die Zolleliminierung seitens der EU nur graduell und über 10 Jahre verteilt erfolgen wird." Becker, Joachim: Untergeordnete Integration. Das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Ukraine, in: Kurswechsel, 3/2014, S. 76-82, S. 79.
96 "Die Ukraine trifft die notwendigen Maßnahmen, um ihre Vorschriften schrittweise mit den technischen Vorschriften der EU und den europäischen Normungs-, Mess-, Akkreditierungs- und Konformitätsbewertungsverfahren und dem Marktaufsichtssystem in Einklang zu bringen und den in einschlägigen Beschlüssen und Verordnungen der EU (1) festgelegten Grundsätzen und Verfahren Rechnung zu tragen." (Titel IV, Artikel 56, Absatz 1)
97 „Außerdem wird die Ukraine verpflichtet technische Standards und Regularien der EU weitestgehend zu übernehmen, etwa im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe, bei der Hygiene, bei Herkunftsbezeichnungen oder beim Schutz des geistigen Eigentums. Die Öffnung der Märkte ist vor allem für die exportstarken EU-Länder lukrativ, aber auch die ukrainischen Großunternehmen der Schwer- und Rohstoffindustrie sowie die Landwirtschaft hoffen auf einen großen Absatzmarkt in der EU." Vogel 2012, S. 2.
98 Becker 2014a, S. 1.
99 Hofbauer, Hannes: Europas Schlusslicht, Neues Deutschland, 13.03.2014.
100 Gipfel des Scheiterns, Der Spiegel, 48/2014.
101 Verheugen zur EU-Russlandpolitik: Warum Helmut Schmidt irrt, Spiegel Online, 19.05.2014.
102 Gipfel des Scheiterns, Der Spiegel, 48/2014.
103 Ebd.
104 Partei der Regionen: EU-Assoziierung wird Millionen in der Ukraine arbeitslos machen, RIA Novosti, 13.11.2013.
105 Ukrainischer Premier Asarow bestätigt: Handel mit Russland hat jetzt Vorrang, RIA Novosti, 22.11.2013.
106 Blome, Nikolaus u.a.: Ein Profi für Runde zwei, Der Spiegel 50/2013.
107 Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine

Welt im Umbruch, SWP/GMF, September 2013. Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Seitenzahlen in diesem Kapitel auf dieses Dokument. Vgl. auch ausführlich zu diesem Papier Deppe, Frank: Imperialer Realismus: Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in „Neuer Verantwortung", Hamburg 2014.

108 Bonse, Eric: Europa tickt deutsch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2015, S. 5-8.

109 Gipfel des Scheiterns, Der Spiegel, 48/2014.

110 Kronauer, Jörg: Die widersprüchlichen Imperative der deutschen Ostpolitik, in: Strutynski, Peter (Hg.): Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen, Köln 2014, S. 137- 152, S. 138.

111 „Auf der ‚International Business Conference at Ukraine' in Washington hatte sie [Nuland] am 13. Dezember 2013 allerdings selbst gesagt: ‚Seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 haben die Vereinigten Staaten die Ukrainer darin unterstützt, demokratische Fähigkeiten und Institutionen aufzubauen sowie Bürgerbeteiligung und eine gute Regierungsführung zu fördern – all das sind Voraussetzungen für die Ukraine, damit sie ihre europäischen Bestrebungen erreichen kann. Wir haben mehr als fünf Milliarden Dollar investiert, um die Ukraine in diesen und anderen Zielen zu unterstützen.'" (Rude, Matthias: Die Geister, die sie rufen, Hintergrund, 25.02.2014)

112 European Neighbourhood and Partnership Instrument: Ukraine, National Indicative Programme 2011-2013, URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011_enpi_nip_ukraine_en.pdf

113 „Der Großteil der finanziellen Unterstützung jedoch kommt von einzelnen Mitgliedsstaaten. Diese Mittel ergänzen die EU-Programme und sind oft leichter zu handhaben, insbesondere, wenn die Botschaften der Staaten die Vergabe im Land selbst koordinieren. Die aktivsten Unterstützer ukrainischer Organisationen sind Schweden, Deutschland, die Niederlande, Großbritannien, Polen und Tschechien." (Solonenko, Iryna: Eher Partner als Geber – die EU und die ukrainische Zivilgesellschaft, in: Ukraine-Analysen, Nr. 114, 12.03.2013, S. 6-8, S. 7)

114 Ebd., S. 7.

115 Stewart, Susan: Zivilgesellschaft in der Ukraine: Struktur, Umfeld und Entwicklungstendenzen, in: Ukraine-Analysen, Nr. 114, 12.03.2013, S. 2-5, S. 4.

116 Schuller, Konrad: Inszenierung eines Missverständnisses, FAZ, 14.07.2010.

117 Protestbündnis für Europa, German-Foreign-Policy.com, 26.11.2013. Laut der in der Tagesschau (Klitschkos internationale Verbindungen, 20.12.2013) zitierten KAS-Leiterin in der Ukraine habe sich die Geschichte genau andersherum zugetragen: „2006, als Klitschko führendes Mitglied der politischen Bewegung 'Pora' war, entstand der erste Kontakt zur CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), erzählt die Leiterin des Stiftungsbüros in Kiew, Gabriele Baumann. Als der Oppositionspolitiker vor drei Jahren die Partei Udar (Schlag) gründete, fragte er Hilfe bei der KAS an: 'Vitali Klitschko kam auf uns zu. Er bat um informelle Kontakte zur CDU und zur Europäischen Volkspartei sowie um Unterstützung mit Seminaren und Schulungen.'"

118 Ost-West-Konflikt um die Ukraine: Merkel kämpft für Klitschko, Spiegel online, 08.12.2014.

119 Protestbündnis für Europa, German-Foreign-Policy.com, 26.11.2013.

120 Blome u.a.: Ein Profi für Runde zwei, Der Spiegel, 50/2013.Blome u.a. 2013.

121 Ehlers, Kai: Globaler Maidan? Liste häufig gestellter Fragen, in: Strutynski 2014, S. 80-97, S. 83.

122 Klitschkos internationale Verbindungen, Tagesschau online, 20.12.2013.

123 Rhein-Neckar-Zeitung, 02.12.2013.

124 Blome u.a. 2013.

125 Frankenberger, Klaus-Dieter: Deutschland hat Verantwortung übernommen, FAZ, 22.02.2014.

126 Ukraine: Der Maidan sagt Nein zum Kompromiss, Tagesschau online, 21.02.2014 (21:53 Uhr).

127 Süddeutsche Zeitung, 08.02.2014.

128 Europa-Beauftragte der USA: „Fuck the EU", Focus online, 06.02.2014.

129 http://www.youtube.com/watch?v=tdCVHRKL-y0

130 Was Sanktionen anbelangt, sprechen sich wichtige deutsche Wirtschaftsvertreter immer wieder scharf dagegen aus. So zitiert German-Foreign-Policy.com (Keine Champagnerstimmung mehr, 18.03.2014) den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft: „Wenn jetzt eine Spirale aus gegenseitigen Wirtschaftssanktionen in Gang gesetzt wird, droht die europäische Wirtschaft nachhaltig Schaden zu nehmen". Auch Gernot Erler, der Russlandkoordinator der Bundesregierung, weist deutlich auf die möglichen Auswirkungen von Sanktionen hin: „Es ist kein Zufall, dass sich die EU noch nicht auf konkrete Maßnahmen festgelegt hat. Da wird es noch einen Abstimmungsprozess geben müssen. Denn es ist klar: Ein Land wie Deutschland fügt sich durch die Zustimmung zu Wirtschaftssanktionen auch selbst Schaden zu. 6.200 deutsche Firmen sind in Russland aktiv. Wir haben 20 Milliarden Euro Direktinvestitionen in Russland, das Handelsvolumen betrug im Jahr 2013 76 Milliarden Euro. Von all diesen Zahlen hängen mindestens 300.000 Arbeitsplätze ab. Und es gibt die wechselseitige Abhängigkeit im Energiesektor." („Teile der Ukraine sichern", Das Parlament, 17.03.2014)

131 Rippert, Ulrich: Ukraine-Krise: Linkspartei stellt sich hinter Merkel, World Socialist Web Site, 11.02.2015.

132 Jazenjuks Kamikaze-Kabinett, Zeit Online, 27.02.2014.

133 Rinke, Andreas: Raus ins Rampenlicht, in: Internationale Politik 4, Juli/August 2014, S. 8-13, S. 13. Siehe auch Kronauer, Jörg: Entschlossene Weltpolitik, junge Welt, 26.02.2014 (zit. als Kronauer 2014a): „'Die Ukraine hat gezeigt, was deutsche Diplomatie erreichen kann, wenn sie selbstbewußt auftritt', jubelt der Tagesspiegel. Und: 'Endlich kann man sich vorstellen, was sich die Große Koalition unter einer 'aktiveren deutschen Rolle in der Welt' vorstellt.'"

134 Hellmann, Günther: Ein neuer Kalter Krieg? Russland, die NATO und der Regionalkonflikt in der Ukraine, Reader Sicherheitspolitik, Ausgabe 3/2015.

135 Eipeldauer, Thomas: Euromaidan. Vom Sozialprotest zur Hegemonie der äußersten Rechten, in: Thoden, Ronald/Schiffer, Sabine (Hg.): Ukraine im Visier.

Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen, Frankfurt/M 2014, S. 121-131, S. 129.

136 Ukraine: „Parlamentswahl wird Rechtsparteien stärken, Der Standard, 02.07.2014.

137 Lauterbach, Reinhard: Vom Hoffnungsort zur Räuberhöhle: Aufstieg und Niedergang des Euro-Maidan, in: Strutynski 2014, S. 19-32, S. 25.

138 Ukraine Teil 4: War es ein Putsch?: https://subversivesfieber.wordpress.com/2014/03/09/ukraine-teil-4-war-es-ein-putsch/

139 „Gefahr einer Spirale nach unten", Deutschlandfunk, 18.03.2014.

140 Kronauer 2014a.

141 Bürgermeister in Kiew - die zweite Karriere des Vitali Klitschko, Sächsische Zeitung, 26.05.2014.

142 So gab etwa Marieluise Beck, Sprecherin für Osteuropapolitik der Grünen, folgende triumphierende Pressemitteilung (Ukraine: Bevölkerung bleibt besonnen und wählt Europa, 27.10.2015) heraus: „Die Ukraine ist Europa. Wir müssen ihren Annäherungskurs zur EU noch deutlicher unterstützen. Trotz eiskalter Wohnungen, weil Russland kein Gas liefert, der annektierten Krim und kriegsähnlichen Zuständen im Osten erteilen die Wählerinnen und Wähler den radikalen Parteien eine klare Absage."

143 Schünemann, Manfred: Zu den Ergebnissen der Parlamentswahlen am 26. Oktober in der Ukraine, RLS Online, November 2014, S. 1.

144 Vierertreffen zum Ukraine-Konflikt in Berlin, Tagesspiegel, 01.07.2014.

145 Schünemann 2014, S. 1.

146 Ukraine macht Weg für Nato-Beitritt frei, Die Welt, 23.12.2014.

147 The views and opinions of South-Eastern regions residents of Ukraine, Kiev International Institute of Sociology, April 2014.

148 Socio-political situation in Ukraine , Kiev International Institute of Sociology, March 2015.

149 Hier russisch, da ungarisch, taz, 27.02.2014.

150 Wikipedia: Krieg in der Ukraine seit 2014.

151 „‚In den Gebieten, die diese Bataillone von den prorussischen Separatisten zurückerobert haben, haben sie die gleichen Verbrechen begangen, wie zuvor die Separatisten', sagt Bogdan Ovcharuk, der Sprecher von Amnesty International in der Ukraine. ‚Wir haben Folter dokumentiert, Misshandlungen, Entführungen und Lösegeld-Erpressung. Die fehlende Untersuchung solcher Straftaten und die fehlende Kontrolle dieser Bataillone führen immer wieder zu solchen Verstößen.'" (Kämpfen auf eigene Faust, Tagesschau online, 30.09.2014)

152 Zornig in langen Schlangen, FAZ, 11.05.2014.

153 Behind the Masks in Ukraine, Many Faces of Rebellion, New York Times, 03.05.2014.

154 Tammiga, Oliver: Ein schmaler Grat. Russland zwischen militärischer Eskalation und Deeskalation in der Ostukraine, Ukraine-Analysen Nr. 150, 29.04.2015, S. 7-8, S. 7.

155 So schreibt Norman Paech (Einseitige Unabhängigkeitserklärung verboten, Neues Deutschland, 14.03.2014): „Offensichtlich gibt es in der Verfassung der Ukraine auch keinen Passus, der eine einseitige Sezession eines Landesteils erlauben würde. [...] Seit langer Zeit, und zwar mit dem Entkolonialisierungsprozess, hat es immer ein Problem der Konkurrenz zwischen der territorialen Unversehrtheit und dem Selbstbestimmungsrecht gegeben. [...] Heute, nach der Dekolonisation, hat die territoriale Integrität Vorrang. Insbesondere natürlich auch das Gewaltverbot, Sezession darf nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Das Selbstbestimmungsrecht für Minderheiten reduziert sich darauf, innerhalb der Grenzen des Staates Autonomie, Selbstverwaltung, föderale Strukturen zu bekommen."

156 Merkel, Reinhard: Die Krim und das Völkerrecht, FAZ, 07.04.2014.

157 Ukraine: 1,36 EU-Kriegsmilliarden, IMI-Aktuell, 2015/103.

158 Britain to send army trainers to Ukraine, Deutsche Welle, 24.02.2015.

159 300 US-Fallschirmjäger bilden Nationalgardisten aus, Die Welt, 17.04.2015.

160 „‚Eine Revolution? Nein, die Karten werden einfach nur neu verteilt.' Der Soziologe Wladimir Ischtschenko, Leiter des Sozialforschungszentrums in Kiew, zeigt schon wenige Wochen nach der Flucht von Janukowitsch und der Amtsübernahme der neuen Regierung offen seine Enttäuschung. 'Diese Regierung steht für dieselben Werte wie die vorige: Wirtschaftsliberalismus und persönliche Bereicherung. Nicht alle Aufstände sind Revolutionen. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Maidan-Bewegung zu tiefgreifenden Veränderungen führen wird und deshalb wirklich als Revolution bezeichnet werden kann. Der seriöseste Kandidat bei der Präsidentschaftswahl am 25. Mai ist tatsächlich der 'Schokoladenkönig' Petro Poroschenko, einer der reichsten Männer des Landes.' Während auf dem Maidan die Demonstranten noch unter den Kugeln starben, wurde in den Vorzimmern der Macht bereits der Übergang ausgehandelt - mit den Unternehmern, die in der Ukraine die Kontrolle besaßen." (Dérens, Jean-Arnault/Geslin, Laurent: Schwergewichte aus Donezk. Die Revolution in der Ukraine ist eher ein Oligarchenwechsel, le monde diplomatique (deutsche Ausgabe), 11.04.2014)

161 Ehlers, Kai: Roter Faden durch den ukrainischen Dschungel, URL: http://kai-ehlers.de/texte/artikel-zur-lage/2014-05-07-roter-faden-durch-den-ukrainischen-dschungel-2

162 „Der Unternehmer ist einer der führenden politischen Überlebenden. Der Schokoladenmagnat hatte in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren den damaligen Präsidenten Leonid Kutschma unterstützt, bevor er sich der Bewegung anschloss, die ihn zu Fall brachte. Dann war er Außenminister unter dem ehemaligen Präsidenten Viktor Juschtschenko, der auch Pate seiner Töchter ist. Später wurde er Handelsminister unter Janukowitsch, bevor er die Proteste anführte, die den Präsidenten im Februar zu Fall brachten. Obwohl Poroschenko zum Establishment gehört, verspricht sein Wahlkampfslogan ‚Auf neue Art leben' eine Abkehr von der Vergangenheit. Er will die Wirtschaft des Landes retten, indem er ein Handelsabkommen mit der EU eingeht und einen Kredit des Internationalen Währungsfonds aufnimmt." (Schokoladenkönig Petro Poroschenko will

Ukraine zur Einheit zurückführen, Wall Street Journal, 20.05.2014)

163 Originalton Poroschenko mit Blick auf die ukrainischen Oligarchen: „Sie werden keinen Einfluss auf die Politik haben. Punkt." („Der einzige Ausweg sind Wahlen – und nicht Maschinenpistolen", FAZ, 09.05.2014)

164 Poroschenko, Timoschenko und Co – Anmerkungen zu einem bemerkenswerten Programm, kai-ehlers.de, 09.05.2014.

165 Rötzer, Florian: Die Ukraine vor der Wahl – desolat, Telepolis, 23.05.2014.

166 The New Ukraine Is Run by Rogues, Sexpots, Warlords, Lunatics and Oligarchs, The Observer, 14.01.2015.

167 Starker Exportrückgang im Jahr 2014 trotz massiver Abwertung, Newsletter deutsche Beratergruppe Ukraine, Nr. 77, März 2015.

168 Hinzu kommen noch Gelder aus anderen Quellen: „Die Ukraine rechnet damit, insgesamt 27 Milliarden Dollar von ausländischen Gläubigern, darunter vom IWF, der EU, den USA und der Weltbank, zu erhalten." (Ukrainischer Premier: Westliche Hilfsgelder retteten Ukraine vor Staatsbankrott, RIA Novosti, 06.06.2014)

So imposant sich das zunächst anhören mag, betrachtet man allein die ukrainischen Gasschulden bei Russland, so relativiert sich dieser Betrag schnell erheblich.

169 Wie der Westen ukrainische Reformen sponsert, Deutsche Welle, 08.05.2014.

170 Kein Zuckerschlecken, taz, 26.05.2014.

171 Für Frieden und Freiheit, German-Foreign-Policy.com, 30.05.2014.

172 Pommrehn, Wolfgang: Ukraine: Die Auflagen des IWF, Telepolis, 15.05.2014.

173 Wolff, Ernst: IWF-Kredite an die Ukraine: Ziel ist die vollständige Destabilisierung des Landes, Radio Utopie, 17.02.2015.

174 Wettlauf um die ukrainische Schwarzerde, Die Zeit, 16.03.2015.

175 Ukrainisches Parlament vergrößert Armee um ein Drittel, Der Standard, 05.03.2015.

176 Adarov, Amat u.a.: How to Stabilise the Economy of Ukraine, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Final Report, April 2015.

177 Ehlers, Kai: Roter Faden durch den ukrainischen Dschungel, URL: http://kai-ehlers.de/texte/artikel-zur-lage/2014-05-07-roter-faden-durch-den-ukrainischen-dschungel-2

178 Brangsch, Lutz: Der Krieg der Oligarchen, in: Luxemburg, Juni 2014.

179 Do Ukraine's new nationalist laws justify Kremlin's criticism? Christian Science Monitor, 13.04.2015.

180 Ein längst überfälliger Schritt, taz, 14.04.2015.

181 Beitrag: Krise in der Ukraine - Oligarchen finanzieren Bataillone, Frontal21, 05.08.2014.

182 Sumo-Kampf auf Ukrainisch: Staatschef entlässt Top-Oligarchen, Sputnik, 26.03.2015.

183 A Ukrainian Oligarch Casts Doubts on Unity in Kiev, Stratfor, 25.03.2015.

184 Bereits am 9. April 2015 deutete Strategic Forecast eine mögliche Lösung an, als der Nachrichtendienst meldete, die Regierung plane das Energieunternehmen DTEK Dniproenergo des in Ungnade gefallenen Oligarchen Rinat Achmetow zu verstaatlichen und neu auszuschreiben, nachdem dies „illegal" privatisiert worden sei. Die Nachrichtenagentur spekuliert, Kolomoiski könnte einer der Profiteure sein (In Ukraine, Oligarchs' Ambitions Divide Kiev, Stratfor, 09.04.2015).

185 Cremer, Uli: G7-Außenminister auf Distanz zu Kiew, Grüne Friedensinitiative, 15.04.2015 (das Zitat stammt aus Ukrainische Freiwilligenverbände rücken von Kiew ab, FAZ, 20.2.2015).

186 Ebd.

187 Bruderzwist am Rande des Krieges, FAZ, 02.05.2015.

188 US-Denkfabrik STRATFOR: Deutsch-Russisches Bündnis muss unbedingt verhindert werden, Ausschnitte aus einem Beitrag von George Friedmann auf der Konferenz des „Chicago Council on Global Affairs" am 4. Februar 2015: https://www.youtube.com/watch?v=ZzrsDZ8Uo8M

189 Fragen an den Westen, Süddeutsche Zeitung, 25.02.2014.

190 Umland, Andreas: Tor zum Osten oder Krisenherd? in: Internationale Politik, November/Dezember 2013, S. 108-112.

191 Meister, Stefan: Die Putin-Krise. Europa muss den Dialog mit der russischen Zivilgesellschaft intensivieren, in: Internationale Politik, Mai/Juni 2014, S. 8-15, S. 10.

192 Ebd., S. 15.

193 Dreyer, Iana/Popescu, Nicu: Do sanctions against Russia work?, ISS Brief, Nr. 35/2014.

194 Fischer, Sabine: EU-Sanktionen gegen Russland. Ziele, Wirkung und weiterer Umgang, SWP-Aktuell, März 2015, S. 6.

195 Jäger, Thomas: Lösung des Ukraine-Konflikts eher zweitrangig, Focus online, 21.04.2014.

196 Lauterbach, Reinhard: Bürgerkrieg in der Ukraine. Geschichte, Hintergründe, Beteiligte, Berlin 2014, S. 145.

197 So hart treffen Russland die Sanktionen, Die Welt, 01.02.2015.

198 Jane's Intelligence Review Ausgabe 2/15 zitiert nach griephan Briefe, 09/15, 19. Februar 2015, S. 3.

199 Monthly press conference by NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen, NATO.int, 20.05.2014.

200 Wales Summit Declaration, Absatz 1 und 16.

201 In der NATO-Russland-Akte heißt es außerdem: „Die NATO wiederholt, dass das Bündnis in dem gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld seine kollektive Verteidigung und andere Aufgaben eher dadurch wahrnimmt, dass es die erforderliche Interoperabilität, Integration und Fähigkeit zur Verstärkung gewährleistet, als dass es zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert." (Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation, Paris, 27.05.1997)

202 Schiltz, Christoph B.: Putin zwingt die Nato, sich neu aufzustellen, Die Welt, 01.09.2014.

203 Russland eine „Bedrohung für euroatlantische Sicherheit", FAZ, 31.08.2014.

204 Wales Summit Declaration, Absatz 8.
205 NATO-Speerspitze: Schlüsselrolle für Deutschland, bmvg.de, 05.02.2015.
206 Major, Claudia: Die strategische Anpassung der Nato. Deutschland ist das Rückgrat für die militärische Neuaufstellung der Allianz, SWP-Aktuell, Februar 2015.
207 Pflüger, Tobias: NATO: Aufrüstung gegen Russland - Deutschland führt Speerspitze der NATO, in: AUSDRUCK, April 2/2015, S. 29.
208 Nato-Übung mit politischer Botschaft, NZZ, 08.11.2014.
209 Protokoll einer Überforderung in der Ukraine, Die Welt, 27.04.2015.
210 Rühle, Michael/Grubliauskas, Julijus: Energy as a Tool of Hybrid Warfare, NATO Defence College, Research Paper, April 2015.
211 Europas Großbanken zittern um ihr Geld in Russland, Die Welt, 17.12.2014.
212 Frear, Thomas u.a.: Dangerous Brinkmanship: Close Military Encounters Between Russia and the West in 2014, European Leadership Network, Policy Brief, November 2014.
213 Russia – West Dangerous Brinkmanship Continues, European Leadership Network, 12.03.2015.
214 Moskau: Nato-Aktivitäten an Russlands Grenzen erheblich zugenommen, Sputnik, 16.04.2015.
215 Nassauer, Otfried: Raketentests gegen den INF-Vertrag, Das Blättchen, 16.02.2015.
216 Atomkrieg in Europa? Die Rückkehr der nuklearen Gefahr, Monitor Nr. 674, 09.04.2015.
217 Ebd.
218 Rotes Telefon zwischen NATO und russischem Militär, Neues Deutschland, 03.05.2015.
219 Russia Would See U.S. Moves to Arm Ukraine as Declaration of War, The Moscow Times, 09.02.2015.
220 Stürmer, Michael: Nato-Beitritt könnte den großen Krieg auslösen, Die Welt, 30.08.2014.
221 Das gesamte Zitat in diesem Kontext lautet: „Die wirklich unbekannte Variable in Europa sind die Deutschen. Wenn die USA diesen Sicherheitsgürtel aufbauen, nicht in der Ukraine, sondern mehr zum Westen hin, und der Einfluss der Russen in der Ukraine schwinden wird, da wissen wir nicht, wie dazu die deutsche Haltung ausfallen wird." (US-Denkfabrik STRATFOR: Deutsch-Russisches Bündnis muss unbedingt verhindert werden, Ausschnitte aus einem Beitrag von George Friedmann auf der Konferenz des „Chicago Council on Global Affairs" am 4.Februar 2015: https://www.youtube.com/watch?v=ZzrsDZ8Uo8M)
222 What the BRICS plus Germany are really up to?, Russia Today, 27.02.2015.
223 Brzezinski, Zbigniew, Eine neue Ära der Solidarität?, FAZ, 11.11.2001.
224 US-Denkfabrik STRATFOR: Deutsch-Russisches Bündnis muss unbedingt verhindert werden, Ausschnitte aus einem Beitrag von George Friedmann auf der Konferenz des „Chicago Council on Global Affairs" am 4.Februar 2015: https://www.youtube.com/watch?v=ZzrsDZ8Uo8M
225 Deklassierungsängste (II), German-Foreign-Policy.com, 29.01.2010. Zitiert wird dort aus Thimm, Johannes: Ein Jahr Außenpolitik unter Obama. Rückkehr zum Multilateralismus?, SWP-Arbeitspapier, Januar 2010.
226 Siehe etwa die prominente Unterzeichnerliste eines Aufrufs für eine gemäßigtere Ukraine-Politik: „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!", Die Zeit, 05.12.2014.
227 Ivo Daalder, Michele Flournoy, John Herbst, Jan Lodal, Steven Pifer, James Stavridis, Strobe Talbott and Charles Wald: "Preserving Ukraine's Independence, Resisting Russian Aggression: What the United States and NATO Must Do", The Brookings Institution, The Atlantic Council, and The Chicago Council on Global Affairs, February 2015.
228 So betont etwa Otfried Nassauer im Deutschlandfunk („Öl in das Feuer dieses Konfliktes, 02.02.2015): „Sie [die ukrainischen Regierungstruppen] haben ja auch schon unter den nicht-lethalen, nicht-tödlichen Systemen für die Ortung von Mörsern ähnliches Equipment gekriegt. Sie können Mörser heute orten, während sie weiter entfernte Raketenwerfer, 30, 40 Kilometer entfernte Raketenwerfer, nicht orten können, und das sollen sie zukünftig auch können."
229 Was US-Politiker WIRKLICH über die Deutschen in der Ukraine-Krise denken, Bild-Zeitung, 08.02.2015.
230 USA erwägen doch Waffenlieferungen an die Ukraine, Die Welt, 02.02.2015.
231 Biden, Joseph: Remarks by the Vice President at the Munich Security Conference, February 07, 2015.
232 Ischinger befürwortet Waffenlieferungen, Stuttgarter Zeitung, 04.02.2015.
233 Erschöpfte Kanzlerin will Frieden schaffen ohne Waffen, Die Welt, 07.02.2015. Genauso deutlich wendete sich Außenminister Steinmeier gegen solche Waffenlieferungen: „Deshalb ist es richtig, über die verschiedensten Handlungsoptionen nachzudenken und sie sorgfältig abzuwägen. Manche halten Waffenlieferungen an die Ukraine – eine Art gezielter Gegeneskalation – für einen gangbaren, ja sogar notwendigen Weg. Ich halte das nicht nur für hochriskant, sondern für kontraproduktiv." (Rede von Außenminister Steinmeier bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2015, 08.02.2015)
234 »Die CDU sollte sich bei den ukrainischen Familien entschuldigen, Bild-Zeitung, 06.02.2015.
235 Was US-Politiker WIRKLICH über die Deutschen in der Ukraine-Krise denken, Bild-Zeitung, 08.02.2015.
236 Ukraine-Krise: Nato-Oberbefehlshaber verärgert Alliierte, Spiegel Online, 07.03.2015.
237 Statistisches Bundesamt: Außenhandel 2014, Wiesbaden 2015.
238 Kronauer, Jörg: Allzeit bereit. Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen, Köln 2015, S. 95.
239 Voigt, Karsten: Leitgedanken zur Russlandpolitik. Wir brauchen Zusammenarbeit und Gefahrenabwehr, Internationale Politik und Gesellschaft, 30.03.2015.
240 BRICS ist die Abkürzung für Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.
241 Schuhler, Conrad: Veränderung der globalen Kräfteverhältnisse – ökonomisch, politisch, militärisch, isw, 02.08.2014.
242 Wagner, Jürgen: Metamorphose der Geopolitik, IMI-Studie, 2010/06.

243 Daniel Korski: Partners in Decline, European Council on Foreign Relations, 02.03.2010.
244 National Intelligence Council: Global Trends 2025: A Transformed World, November 2008. Die Einschätzung eines gravierenden US-Machtverlustes fand sich fortan in nahezu jeder Publikation militärischer und strategischer Zirkel: Vgl. Cronin, Patrick M. (Hg.): Global Strategic Assessment 2009: America's security role in a changing World, Institute for National Strategic Studies, Washington, D.C. 2009; Denmark, Abraham M./Mulvenon, James (Hg.): Contested Commons: The Future of American Power in a Multipolar World, Center for a New American Security, January 2010.
245 Grevi, Giovanni: Scanning the future. American and European perspectives, ISS Policy Brief, December 2008.
246 Unheimliche Parallelen, Der Spiegel, 29.04.2009.
247 National Intelligence Council 2008, S. vii; iv.
248 Rinke, Andreas: Metamorphose der Geopolitik. Wie die Finanzkrise das internationale Kräfteverhältnis verändert, in: Internationale Politik, Juni 2009, S. 38 – 43, S. 43. Ein Bericht über ein transatlantisches Expertentreffen zitiert anonym einen Teilnehmer, der die Einschätzung des Großteils der Beteiligten folgendermaßen zusammenfasste: „Ich glaube, wir werden zunehmend harte Auseinandersetzung darüber erleben, wer die Regeln der Politik im 21. Jahrhundert aufstellt und was die grundlegenden Prinzipien für die politischen Spielregeln sein sollen. Die OECD-Welt, die bei diesem Spiel lange mehr oder minder über ein Monopol verfügte, wird vor allem von autoritären Regimen herausgefordert, die über genug ökonomische, finanzielle und damit auch politische Macht verfügen, um ihren eigenen Weg zu gehen." (Kortweg, Rem/Podkolinski, Richard: New Horizons. Finding a path away from NATO's de-solidarisation, The Hague Centre for Strategic Studies, März 2009, S. 25)
249 Karaganov, Sergei: A New Epoch of Confrontation, in: Russia in Global Affairs, Nr. 4, October-December 2007.
250 Die Begriffe gehen zurück auf Pijl, Kees van der: Global Rivalries, London 2006, der den Konflikt auch historisch zurückverfolgt und in einen breiten Zusammenhang rückt.
251 Schumacher, Tim: Geopolitischer Sprengstoff: Die militärisch-machtpolitischen Hintergründe des TTIP, IMI-Studie 2014/05.
252 van Ham, Peter: The Geopolitics of the TTIP, Clingendael Policy Brief, No 23, October 2013, S. 1.
253 Dieter, Heribert: Das Ende des handelspolitischen Multilateralismus, Internationale Politik und Gesellschaft, 04.05.2015.
254 Die Renaissance des Westens (I), German-Foreign-Policy.com, 07.05.2015.
255 „Umstritten ist, ob Russland sich bei einer solchen Entwicklung eher gen Westen wendet wie in dem BND-Planspiel angenommen, um einer Rolle als Juniorpartner des aufsteigenden China zu entgehen. Denkbar wäre schließlich auch, dass Moskau erneut nationalistischere Töne anschlagen und sich offensiv an Peking anlehnen könnte." (Rinke 2009, S. 41)
256 Nye, Joseph: Ein neues chinesisch-russisches Bündnis?, Project Syndicate, 12.01.2015.
257 Karaganov, Sergei: Russia in Euro-Atlantic Space, solon-line, 11.12.2009.
258 Lipman, Maria: How Russia has come to loathe the West, ECFR Commentary, 13.03.2015.
259 Sheridan, Michael: China's hawks demand cold war on the US, The Sunday Times, 07.02.2010.
260 China and Russia vs. the United States? The Diplomat, 02.03.2015.
261 Russland exportiert erstmals sein Raketenabwehrsystem S-400 – China erster Kunde, Sputnik, 13.04.2015.
262 The Significance of the China-Russia Gas Deal, The Diplomat, 24.05.2014.
263 Gabuev, Alexander: A "Soft Alliance"? Russia-China Relations After the Ukraine Crisis, ECFR Policy Brief, Februar 2015, S. 1. Siehe auch New Russia-China alliance latest diplomatic, strategic blow to Obama, Washington Times, 30.04.2015.
264 Escobar, Pepe: Eurasian emporium or nuclear war?, Asia Times, 06.04.2015.
265 Gegenmodell zum Westen? Ambitionen und Potenziale von BRICS als Verbund aufstrebender Regionalmächte, Reader Sicherheitspolitik, Ausgabe 12/2014.
266 Gerns 2015, S. 75.
267 Foreign Minister Sergey Lavrov delivers a speech and answers questions during debates at the 51st Munich Security Conference, Munich, February 7, 2015.
268 Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der 51. Münchner Sicherheitskonferenz, München, 07. Februar 2015.
269 Rede von Außenminister Steinmeier bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2015, 08.02.2015.
270 Frostiger Blick in tiefe Gräben, Deutsche Welle, 07.02.2015.
271 Der Begriff entstammt einem Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik: „Der von Russland geschürte Konflikt um die Ukraine und Moskaus dominanzorientierte Ordnungsvorstellungen für den postsowjetischen Raum zwingen die EU zu strategischer Klarheit in ihrer Politik gegenüber dem östlichen Nachbarschaftsraum. [...] EU und Nato müssten sich dabei auf eine Arbeitsteilung verständigen. Die Assoziierten könnten schrittweise in ein Nahverhältnis zur Nato gebracht werden, wie es heute Schweden und Finnland haben. [...] Sie [die EU] würde eine Einbindung Russlands anstreben, zugleich aber sicherstellen müssen, dass die Nachbarn ihre politische Selbstbestimmtheit wahren können." (Lang, Kai-Olaf/Lippert, Barbara: Optionen der EU für den Umgang mit Russland und den östlichen Partnerländern. »Kooperative Konfrontation« als Richtschnur über den Riga-Gipfel hinaus, SWP-Aktuell, April 2015)
272 Lapins, Wolf: Die Illusion einer Ostpolitik 4.0, Internationale Politik und Gesellschaft, 16.02.2015.
273 Russian expansionism may pose existential threat, says Nato general, The Guardian, 20.02.2015.

Sabine Lösing, MdEP

Büro Brüssel
Europäisches Parlament
Sabine Lösing
Rue Wiertz WIB 03M023
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 7894
Fax: 0032-2-284 9894
Mail: sabine.loesing@europarl.europa.eu
Mitarbeiter/in: Ota Jaksch/Lev Lhommeau

Lokalbüro Hannover
Goseriede 8
30159 Hannover
Tel.: 0511-45008852
Fax: 0511-89703837
Mail: hannover@sabine-loesing.de
Mitarbeiter: Daniel Josten

Europabüro Göttingen
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
Tel.: 0551-50766823
Fax: 0551-50766838
Mail: europabuero-loesing@web.de
Mitarbeiter: Dr. Fritz Hellmer

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT